

Beginnpreis:
Wöchentlich 20 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Woll und Zeit'...

Telegraphische Adressen:
'Vorwärts' Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigenpreisliste...

Anzeigen für die 3. Seite...
müssen die 4 1/2 Uhr nachmittags im...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Köhler 292-295
Verlag: Köhler 2508-2507

Sonntag, den 14. März 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstelle: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abends von 6 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Schiedspruch im Eisenbahnerkonflikt.
Gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer.

In der Streitfrage zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und dem Deutschen Eisenbahnerverband...

- 1. Die Arbeit wird überall möglichst sofort wieder aufgenommen.
2. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.
3. Die Infolge des Streiks angeschiedenen Arbeiter sind möglichst sofort, spätestens aber bis zum 31. März 1925 in ihr altes Dienstverhältnis wieder einzufügen.

1. Die gefordigten, auf die Arbeitszeit bezüglichen Paragraphen des Lohnvertrages vom 11. Juli 1924 werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt...

- 1. Die gefordigten, auf den Lohn bezüglichen Paragraphen des Lohnvertrages werden mit Wirkung vom 1. März 1925 wieder in Kraft gesetzt.
2. Für die Zeit vom 1. bis 14. März bleiben die am 25. Februar 1925 in Geltung gewesenen Löhne bestehen.
3. Mit Wirkung vom 1. März 1925 werden die Grundlöhne der Höchstaltersstufe um 3 Pf. erhöht.
4. Die Lohnerregelung kann erstmalig zum 30. Juni dieses Jahres, sodann auf den Schluß jedes folgenden Kalendermonats mit Frist von einem Monat von jeder der beiden vertragschließenden Parteien schriftlich gefordert werden.

Der Schiedspruch wurde mit der Stimme des Vorsitzenden gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer gefällt. Die Vertreter der Eisenbahnarbeiter waren redlich bemüht, einen Schiedspruch zu erlangen...

Neuer Feldzug der Verleumdung.
Staatsanwaltschaft und Politik.

Die beiden Barmat-Untersuchungsausschüsse haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Die Presse der Rechten desgleichen...

Die Herren wollen also wirklich den Reichspräsidentenwahlkampf mit jenem auf Kosten der Schwerindustrie angekauften und aufgetriebenen Verleumdungsmaterial bestreiten...

Immerhin ist es endlich an der Zeit, einige Fragen zu stellen, die in engstem Zusammenhang mit dieser politischen Verleumdungskampagne der Rechtspresse stehen...

Die zweite Frage lautet: Ist gegen die Barmats bereits Anklage wegen eines bestimmten Deliktes erhoben worden? Ist sich der Staatsanwalt inzwischen klar darüber geworden, welches Delikt er ihnen vorwirft?

Es kommt also nur darauf an, daß mit dem Namen Barmat eine politische Verleumdungskampagne betrieben wird, bei der es den Verleumdern zugute kommt...

Die Geschäftsfreunde des Herrn Geheimrat Nehring, über die im Vrenthidien Untersuchungsbericht für die Vorgänge bei der Landesbrandversicherungsanstalt...

Material für Magdeburg.
Zur Vorgeschichte des 'Novemberverbrechens'.

In Magdeburg hat die deutschnationale Verteidigung gesteuert ihren Bankrott angemeldet, indem sie das Gebiet des Munitionstreifs vom Januar 1918 stichtartig verließ...

Wir sind gern bereit, uns mit Herrn Dr. Quetgebrune über dieses interessante Thema näher zu unterhalten. Fürs erste sei ein Schriftstück abgedruckt, das dem Parteivorstand am 18. Oktober 1918 zugeht...

An den Parteivorstand
Offenbach a. M., 17. Oktober 1918.

Durch Herrn Beigeordneten Rappus, Offenbach a. M., wurde ich zu einer Unterredung mit dem Prinzen Leopold zu Jena gebeten. Die Unterredung fand am Mittwoch, den 16. Oktober 1918, in der Privatwohnung des Prinzen in Darmstadt...

Der Prinz bemerkte einleitend, er wüßte mit mir über zwei Punkte, über die speziell heftige Fragen und über die das Reich betreffende Fragen zu verhandeln. Er erklärte dann, er sei kein Sozialdemokrat, aber durchaus demokratisch gesinnt...

mehr Geist in die Erste Kammer

für die 6 ausgefallenen Standesherren müßten Vertreter der Berufsstände, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft und Arbeiterschaft gewählt werden. Das Recht des Großherzogs, Mitglieder der Ersten Kammer auf Lebzeiten zu bestimmen...

Nach weiteren Mitteilungen über heftige Fragen fährt der Bericht fort:

Zu den Verhältnissen im Reich übergehend, erklärte der Prinz, er habe Fühlung mit fast sämtlichen regierenden europäischen Deutschlands und stehe mit diesen in dauernder Verbindung.

Mit der Beseitigung der Hohenzollern müssen wir rechnen.

Er hält es für ausgeschlossen, daß ein Frieden kommt, ohne diese Beseitigung. Er äußerte sich dann ausführlich über die Kriegslage und Friedensausichten. Dann kam er zu der Frage, wie das neue Deutschland auszusehen habe...

Die Mehrzahl der Herren würden freiwillig zurücktreten.

Wir würden bei einem derartigen Staatenbund aber die Deutschösterreicher gewinnen. Ein Gewinn, der nicht zu unterschätzen sei. Als Bundeshauptstadt könnte vielleicht Frankfurt a. M. in Frage kommen. Nicht wegen der zentralen Lage, sondern auch wegen der dort wohnenden Juden, die man unbedingt gewinnen müßte...

dann in einer neuen Unterredung unsere Ansicht mitzuteilen. Dem stimmte der Prinz zu und bat mich, die Sache in den nächsten Tagen zu erledigen, und würde er dann zu einer neuen Besprechung gerne zur Verfügung stehen.

Daß der Bericht, abgesehen von der Zuverlässigkeit seines Verfassers auch die geschichtliche Wahrscheinlichkeit für sich hat, kann an zahlreichen Urkunden bewiesen werden. Einstweilen genügt es, an den Brief des damaligen bayerischen Kronprinzen Rupprecht an den Reichskanzler Hertling vom 19. Juli 1917 zu erinnern, worin es hieß:

Durch die hier nicht zu erörternden Umstände ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen, und die Verfassung geht so weit, daß ernsthaft denkende Leute bezweifeln, ob die Dynastie Hohenzollern den Krieg überdauern wird.

Der Bericht selbst gibt ein plastisches Bild der Nationalität und Hittigkeit, die damals — 3 Wochen vor dem sogenannten Dolchstoß — in den regierenden Kreisen herrschten. Immerhin war auch dort die Einsicht in die vollkommenen Unhaltbarkeit der gegebenen Zustände vorhanden, man wußte, daß die Tage der alten Herrlichkeiten gezählt waren. Die Bündel waren schon geschnürt, der 9. November gab nur das Signal der Abfahrt.

Am 9. November begriff das Jedermann. Heute aber, da die Dinge von damals schon einigermaßen in Vergessenheit geraten sind, macht man uns Sozialdemokraten Vorwürfe. Warum? Weil wir die Herrschaften nicht zum Bleiben genötigt haben . . . ?

Rund um Jarres.

Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf.

Herr Jarres und die Seinen rechnen immer noch auf die Unterstützung der Bayerischen Volkspartei. Sie fangen es sehr geschickt an, sie zu gewinnen. Im „Reichsboten“ wird zu diesem Zweck für den evangelischen Jarres gegen den ultramontanen Marx Stimmung gemacht. Sie sind so groß in der Wahl der Mittel wie in der politischen Voraussicht. Im „Bayerischen Kurier“ Nr. 71 können wir lesen:

Der laie Zweifel, den Dr. Hergt in die Aufnahme der Kandidatur Dr. Jarres bei den Wählertreffen setzt, welche in Bayern hinter der Bayerischen Volkspartei stehen, ist nicht ohne tatsächliche Unterlage. Und zwar liegen die Gründe in der politischen Persönlichkeit des Herrn Dr. Jarres selbst. Wenn auch die zuständige Parteinstanz der Bayerischen Volkspartei erst am Samstag endgültig Beschluß fassen wird, kann doch jeder Kenner der Verhältnisse heute schon mit Bestimmtheit aussprechen, daß die überwiegende Mehrheit der Parteianhänger Herrn Dr. Jarres als Präsidentschaftskandidaten scharf ablehnt. Seine staatspolitischen, sozial- und kulturpolitischen Auffassungen bewegen sich so ausgeprägt in einer von der unseren abweichenden und ihr entgegengesetzten Richtung, daß für die föderalistisch eingestellten, sozial denkenden und auf die kirchliche Freiheit bedachten Wähler der Bayerischen Volkspartei die Kandidatur des Herrn Dr. Jarres als Reichspräsident nicht in Frage kommt.

Das ist deutlich gesprochen. Aber warum sollten Herr Jarres und die Seinen nicht hoffen bis zum letzten Augenblick? So schreibt die Nachrichtenagentur „Tag“:

Nach den bisherigen Erklärungen ist nicht damit zu rechnen, daß die Bayerische Volkspartei die Kandidatur Marx unterstützen wird, und damit ist die Unterstützung der Kandidatur Jarres durch die Bayerische Volkspartei wahrscheinlich.

Noch am Grabe pflanzt er die Hoffnung auf!

Der geprügelte Stresemann und das kleine Format von Jarres.

Herr Stresemann hat den Reichsparteien die Kandidatur Jarres verschafft. Da die Reichsparteien während des Wahlkampfes um des Ergebnisses willen notwendig Herrn

Jarres als den besten Mann loben und preisen müssen, sollten sie von Rechts wegen Stresemann eine Medaille zusprechen. Sie sollten auch ihm ein Teil des Lobes zollen, und rühmen: seht, das ist der brave Mann, der uns zu Herrn Jarres verholfen hat.

Aber voll Staunen sehen wir, daß es ganz anders kommt. In der „Deutschen Tageszeitung“ lesen wir bittere Klage über Herrn Stresemann:

Allerdings gebietet die Gerechtigkeit, in der Beurteilung der Schuldfrage nicht Hohn zu machen vor höchst bedauerlichen, aber auch charakteristischen Vorgängen im Lager der Rechten selbst, nämlich bei der Deutschen Volkspartei. Daß deren Führer, Herr Dr. Stresemann, dem Herrn Fehrenbach vom Zentrum gegenüber vermeintliche außenpolitische Bedenken gegen eine Kandidatur Gehler äußerte, war für die Ausflüchtler im Zentrum ein höchst willkommener Vorwand. . . .

Wir wollen über die Motive zu dem Verhalten Dr. Stresemanns jetzt nicht sprechen; aber daß es alles andere als politisch weitichtig und politisch logisch gewesen ist, und daß er sich damit in Widerspruch gesetzt hat zu dem Willen und Wünschen weitaus der Mehrheit, die in diesem Falle nicht irgendwelchen Parteiegoismus, sondern nur die große Sache im Auge haben, das kann keinem Zweifel unterliegen.

So kann nur klagen und anklagen, wer Herrn Gehler lieber gesehen hätte wie Herrn Jarres. Herr Stresemann wird die empfangenen Prügel knirschend hinnehmen und schmerzlich empfinden. Wir stark muß erst sein Freund Jarres die indirekt erhaltenen Prügel fühlen! „Wählt Jarres!“ so steht über dieser Klage. In Wahrheit heißt die Parole der „Deutschen Tageszeitung“: „Nieder mit Stresemann, er hat uns Jarres eingebracht!“

Armer Herr Jarres! Zu allem Unglück versichert ihm die „Kreuz-Zeitung“ noch:

Jarres ist zwar nicht die Persönlichkeit, die schon historisch großes Format besaß, aber er ist ein Mann ruhigen und durchaus pflichtbewussten Charakters.

Und die „Deutsche Zeitung“ fügt hinzu:

Man steht — bei aller Anerkennung, die wir dem Verwaltungsbeamten und Kämpfer im Streite gegen die Franzosen zollen, — ist der Herr Dr. Jarres nicht aus dem Holze geschnitten, aus dem wir uns den Mann an der Spitze des Reiches geformt denken.

Da kann man freilich verstehen, warum die Deutschnationalen auf Herrn Stresemann so wild sind!

Der Mann der nationalen Phrase und Schwerverindustrie.

Da Herr Jarres der Mann der Volkspartei, oder besser gesagt des Herrn Stresemann ist, muß ihn die „Zeit“ loben und preisen, besonders wenn die deutschnationale Presse so ausgezeichnete negative Propaganda für ihn macht. Also rühmt ihm die „Zeit“ nach:

Als Reichsinnenminister ist Jarres auf der politischen Linie geblieben, die er schon als 1. Vorsitzender des rheinischen Provinziallandtages eingenommen hat. Hier hat er bereits im Jahre 1920 eine Arbeitgemeinschaft zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei und auch den Demokraten herbeigeführt, um vor allem die Kräfte zusammenzufassen, von denen es sicher war, daß sie niemals in eine Abtrennung der Rheinlande vom Reich einwilligten, sondern stets zu den Gegnern des Separatismus zählen würden.

Das soll wohl heißen, daß das Zentrum und die Sozialdemokratie dem Separatismus zugänglich gewesen wären? Die Herren von der schwerindustriellen Partei hätten allen Anlaß, solche Verdächtigungen beiseite zu lassen. Will Herr Jarres so für sich Propaganda machen, dann wird man seine politische Tätigkeit als Bollwerk gegen den Separatismus etwas nachprüfen müssen.

Nach dieser Leistung folgt eine Anpreisung: Jarres — der Mann des Bürgerblocks:

In zielbewusster Fortsetzung dieser seiner Tätigkeit, die eine Zusammenarbeit aller nationalen und großbürgerlichen Kräfte erstrebte, war er vom ersten Tage seiner Berufung zum Innenminister und Vizetanzler bemüht, durch verständnisvolles Eingehen auf die nationalen Gefühle und Empfindungen des deutschen Volkes auch die bisher in starrer Opposition verharrenden Vaterländischen Verbände und sonstigen nationalen Organisationen allmählich mit den gegenwärtigen Verhältnissen auszuöhnen, für die unmittelbare positive Arbeit am Aufbau des Staates zu gewinnen und damit kräfteverzehrende, ja gefährliche Reibungsflächen zu vermindern und auszuschalten. Seine ganze Politik bewegte sich also durchaus in der Linie, die in der Bildung einer bürgerlichen Reichsregierung zum Ausdruck gekommen ist.

Vaterländische Verbände — die nationalistische Phrase. Großbürgertum — die Plutokratie. Herr Jarres wird demnach angepriesen als der Mann des Bürgerblocks und der nationalistischen Phrasenhelden.

Sein gefährlichster Gegner.

Im Kampf gegen den brutalen Egoismus des Besitzblocks, gegen die sozialreaktionären Kräfte der Plutokratie steht die Sozialdemokratie voran. Deshalb versichert die „Deutsche Tageszeitung“:

„Run gibt es für die erste Entscheidung am 29. März nur zwei ernsthafte Kandidaten, das ist der Kandidat der überwiegenden Mehrheit des Bürgertums, Herr Dr. Jarres, und der Kandidat der Sozialdemokratie, Herr Otto Braun.“

Und die „Kreuz-Zeitung“ sekundiert:

„Sein größter Gegner ist der Sozialdemokrat Braun.“

Allerdings sein größter Gegner, ein Gegner mit großem Format gegenüber dem Herrn Jarres, von dem deutschnationalen attestierten kleinen Format! In Otto Braun und Jarres stehen sich zwei große staatspolitische Ideen einander gegenüber. Hier der Wille zur demokratischen Republik, dort der Wille zum plutokratischen Obrigkeitsstaat.

Darum geht die Auseinandersetzung des ersten Wahlganges, und darum: wählt Otto Braun!

In eigener Sache.

In Nr. 356 vom 31. Juli v. J. erschien im „Vorwärts“ unter der Überschrift „Abbaufelderer“ ein Artikel gegen den Ministerialrat Schellen, dem vorgeworfen wurde, sich vorzeitig um die Nachfolgerschaft Scheidemanns als Oberbürgermeister in Kassel beworben zu haben.

Dieser Artikel ist Gegenstand einer Privatklage gewesen. Im Verlaufe des Verfahrens überzeugten wir uns, daß Herr Ministerialrat Schellen bei Abfertigung seines Schreibens an den Kasseler Magistrat von der Ueberzeugung ausgegangen war, daß die Stelle Scheidemanns bereits frei sei. Wir stehen darobhin nicht an zu erklären, daß die Grundlage für die gegen Herrn Schellen erhobenen Angriffe hinfällig ist und daß wir die dort gegen ihn gerichteten Ausdrücke mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen.

Redaktion des „Vorwärts“.

Ein neuer Skandal.

Die Sozialdemokraten beantragen im Preussischen Landtag, einen neuen Untersuchungsausschuß, der die Kredit der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) an die Firma Paul Schmidt & Co. prüfen soll. Insbesondere soll festgelegt werden, welche politischen Einflüsse für die gegen Herrn Schmidt erhobenen Angriffe hinfällig ist und daß wir die dort gegen ihn gerichteten Ausdrücke mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen.

Redaktion des „Vorwärts“.

Lendenlahme Tementis.

Auf die Mitteilungen des „Sozialdemokratischen Pressebundes“, wonach der ehemalige Annoncenakquisiteur der „Kreuzzeitung“, Paul Schmidt, durch die Empfehlung des Grafen Westarp von der „Kreuzzeitung“ zu Kreditgeschäften mit öffentlichen Kassen gefom-

Im Märchenreich.

Von Adolf Lau.

Die dunklen Abendstunden haben das Licht des Tages überwunden. Durch die aufleuchtenden Straßen des Berliner Ostens leuchte ich meine Schritte. Und mit mir wandern unzählige Menschen: Arbeiter, die vom Tagewerk heimkehren; Geschäftsteute, die schnell noch einige Verhandlungen mit Geschäftsfreunden zu erledigen haben; Frauen, die einige letzte Einkäufe besorgen; Bureauwädel, denen auch bereits die Stunde des Kontorschlusses schlägt; alle streben irgendeinem Ziele zu, das gewöhnlich vom materiellen Sein des Lebens bestimmt wird. Rich aber verlangt es, anderes zu schauen.

Im Zentrum des Berliner Ostens verläuft an der kalten, glatten Wand eines düsteren Schulgebäudes ein Schild, daß sich hier die „Kinderlesestube des Ostens“ befindet. Ich durchschreite schnell den hell erleuchteten Flur. Im ersten Stockwerk liegt das städtische Jugendheim. Warme Töne klingen beim Eintritt entgegen. Geschmackvoll ausgestattete Räume wirken Ruhe und Frieden. Blumen auf den Tischen erfüllen das Bild mit Lebendigkeit. Hier versammelt sich an zwei Tagen in der Woche wissensdurstige Jugend.

Die freundliche Leiterin der Lesestube und ihre Helfer sind gerne bereit, mir einige Auskünfte zu erteilen. Erst seit dem ersten Januar dieses Jahres besteht die Lesestube, und dennoch zeigt ihre Entwicklung bemerkenswerte Seiten. Die Besucherzahl stieg schnell von 40, 70 und 100 auf mehr denn 200 Kinder. Die wenigen Tage des Jahres an denen die Lesestube geöffnet war, sahen insgesamt rund 3200 kleine Leser. 500 Bände der verschiedenartigsten Jugendliteratur — gut ausgewählt — warten hier sehnstuchvoller Kinderherzen, die sich an ihren Schönheiten, an ihrem Reichtum erfreuen sollen. Am meisten werden Märchen und Sagen gelesen, die letzteren in der Hauptsache von den Jungen, da hier andere „lustige Sachen“ wie Kriegs- und Indianergeschichten, „Leider“ nicht zu kriegen sind. Wilhelm Busch erfreut sich besonderer Beliebtheit und die Helfer oder Helferinnen haben genügend zu tun, um allen Anforderungen Befriedigung zu gewähren.

Das kleine Publikum ist natürlich oft in Gestalt und Aussehen verschiedenster Natur. In der Hauptsache sammeln sich Mädchen und Jungen von 10 bis 12 Jahren. Einigen, die sich in der Bedeutung des Ortes wohl geirrt hatten, mußte man zwar die Tür weisen, aber im allgemeinen sind die Erfahrungen mit den kleinen Besuchern durchaus erfreulicher Gestalt. Ein feines Band schlingt sich bald um Helfer und Kinder. Um auch das Studium unbekannter Werke anzuregen, veranstaltet die Leiterin hin und wieder kleine Vorlesungen, die einen durchweg guten Erfolg zeigten. Manche der kleinen Geister haben sich zweifellos noch nicht richtig eingelebt, sie betrachten das Ganze mehr als ein Unterhaltungsspiel, wollen „mal sehen, was das los ist“, und erfreuen sich daher in besonderen an den hübschen Bildern, ohne selbst zu lesen. Aber sie werden bald durch Zeit und Umgang zum Lesen „erzogen“ sein. Im allgemeinen herrscht

Ruhe und Frieden im Raume. Ein Stammpublikum ist bereits vorhanden, das eifrig studierend in den Winkeln sitzt, um sich an den Kunstwerten in Poesie und Prosa zu erbauen. Ich lasse meine Blicke durch den Raum schweifen und finde, ein glänzender Schimmer des kindlichen Frohsinns liegt auf den Gesichtern armer gequälter Körper, die hier inmitten des brandenden Lebens der Großstadt einen Ruhepunkt fanden, von dem Freude und Erholung dem kindlichen Gemüt zufließt. Wie im Märchenreich vergehen hier die Stunden, herausgehoben aus dem irdischen Alltagsdasein. Und ich glaube schon, daß auch den Helferinnen „dieses Leben Freude“ bringt. Schwer nur trennt man sich von diesem Ort des Friedens.

Pflasterer im Schnee. Der Nordost blüht über den weiten Platz. Die arbeitsigen Bäume an der Chaussee erschauern vor seiner Kühle. Jäh macht er Halt vor ihnen. Halb wendet er sich und breitet die riesigen Fänge. Zart und schüchtern tanzen Schneeflocken vom Himmel. Die fängt er in seinem riesigen Schoß und wirbelt sie herum, daß sie einander schleifen und scharf werden wie Tannennadeln.

Jetzt hat er ein Spielzeug erpäht. Am Rande des Platzes hocken Männer in grauer Reihe. Die Pflasterer. Ping, pang, ping klingen die Hämmer. Dava schwingen sie herum in den rissigen Händen. Breit frist sich das Schaufelende in die Erde. Schon fliegen Steine in die Löcher. Hammer herum. Ping, pang ping.

Jauchzend pfeift der Wind heran. Das scheinen lustige Kerle zu sein. Eine lange Schleuder schleift er den Schnee hinterher. Jetzt — — — Haha, — — — Duden und Sprung — — — Haha! Schon frist er in den braunen Nacken und belst und raspelt. Jetzt — Schnee in die platternde Haut. Willenlos fliegen die Nadeln aus Eis.

Ping, pang — grimmiger wird der Schlag der Hämmer, frist sich die Schaufel in frierende Scholle.

Hoch oben tollert der Wind: Warum laßt ihr Trottel denn nicht? Jetzt rost er von vorn an die beinerne Mauer. Noch Kalkstaub pulst er vor sich her. Das frist die Augen wie Messer. Widerwillig taumelt der Schnee hinterher.

Ping, pang, ping.

Ganz ferne jubelt der Wind. Unbehindert fallen die Flocken. Silberne Sterne, liegen sie auf den Inorrigen Köpfen. Noch schmilzt sie die Wärme der Haut. Sterben die Flocken: Warum kochen die Männer denn nicht? Die nasse Kälte impanzert die Rippen: Warum laßt ihr denn nicht?

Zum Schleier sind die Flocken geworden, jetzt sind sie Wand.

Dahinter liegt Arbeit und Lohn, Wärme, Essen und Kleidung.

Wäde kriechen die Pflasterer aus der Bodenwelle. Brennend blicken die entzündeten Augen in den Schnee.

Der liegt weiß und unschuldig.

B. R.

Platinfieber. Die Nachrichten von der Entdeckung großer Platinlager in dem Andenengebiet von Transvaal haben eine Fieberwunderung nach diesen Gebieten hervorgerufen, und es herrscht ein „Platinfieber“, das an Stärke den Zeiten des größten Goldfiebers

nicht nachsteht. Die geologischen Berichte stellen fest, daß Platin in einem Landstreifen von 100 Kilometern Länge im Tale des Steelportflusses gefunden worden ist. Die neuen Platinfunde haben nicht nur unter der Bevölkerung eine wilde Aufregung hervorgerufen, sondern machen sich auch auf dem südamerikanischen Markt und sogar an den europäischen Börsen bemerkbar. Die Aktien der Gesellschaften, die an den Bergwerken in Lydenburg interessiert sind, steigen beständig. Platin ist ja bekanntlich das kostbarste Metall, und es besteht eine Nachfrage, die bei weitem nicht befriedigt werden kann. Besonders für die elektrischen Industrien wird es in zunehmendem Maße gebraucht. Der Preis liegt daher weit über dem Goldpreis; man zahlt augenblicklich nach einem Londoner Bericht 24 Pfund für eine Unze Platin, während Gold die Unze nur mit 87 Schilling bezahlt wird. Die bisherige Hauptquelle für Platin, der Ural, ist infolge der russischen Wirren fast vollständig verfloßt, und auch aus Kolumbien und Südafrika konnten nur beschränkte Mengen ausgeführt werden.

Die Geheime eines Denkmals. Das Denkmal, das Union Vanwou zur Erinnerung an den Burenpräsidenten Paul Krüger geschaffen hatte, hat merkwürdige Schicksale durchgemacht. Die Engländer gestatteten nach der Besetzung der Buren nicht die Errichtung dieses Monumentes, sondern brachten die meisten Figuren und Plaketten des grobangelegten Kunstwerks als Kriegsbeute nach Hause, die Figuren wurden zum Teil im Londoner Broome Port aufgestellt. 1921 aber erfolgte die Rückgabe der geräuberten Figuren an die südafrikanische Republik, und das Denkmal erhielt nunmehr eine vorläufige Aufstellung im Prince Park zu Pretoria. Zur Feier des 100. Geburtstages von Krüger soll nun aber das Monument eine Neuenthüllung erfahren und auf dem schönen Platz gegenüber dem Hauptbahnhof von Pretoria aufgestellt werden.

Eine internationale Vogelzug-Konferenz. Wie Stockholmer Blätter berichten, hat die schwedische Regierung beschlossen, mit den Regierungen von Deutschland, Großbritannien, von Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen und Finnland in Verbindung zu treten, um eine internationale Konferenz über den Schutz gewisser wilder Vögel zu veranstalten. Der Entschluß ist dadurch herbeigeführt worden, daß die neuen dänischen Jagdgesetze das Fortbestehen einiger Vogelarten schwer bedrohen und daß man diese Vögel nur wirksam schützen kann, wenn sie auch während ihrer Züge allgemein geschützt werden.

Die Stoßfischen Museen, und zwar Altes und Neues Museum, Kaiser-Friedrich-Museum, Sammlung für deutsche Volkstümte, Zeughaus, Schloßmuseum und Museum Prinzen-Albrecht-Str. 7, sind vom 1. April ab im Sommerhalbjahr (April/September) von 10 bis 4 Uhr und im Winterhalbjahr (Oktober/März) wie bisher von 9 bis 3 Uhr für den Besuch des Publikums geöffnet. Das Museum für Vögelkunde, das zurzeit wegen Unzugänglichkeit geschlossen ist, wird nach deren Beendigung wie die oben genannten Museen geöffnet sein.

Die Galerie Dr. Goldschmidt-Dr. Wallerstein, Schöneberger Ufer 15a, zeigt vom 15. ab Aquarelle von H. Ch. Drexel, Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen von Anton Kerschbaumer und plastische Objekte der Bildhauerin Emma Koeber.

Völkerverbund und Veredelung. Das Internationale Bureau zur Bekämpfung des Mädchenhandels beabsichtigt, dem Völkerverbund den Antrag zu unterbreiten, eine internationale Kommission mit der Aufgabe der Bordenverhältnisse im besetzten Gebiet zu beauftragen.

Vor dem Schiedsgericht.

Die Reichsbahnverwaltung will keine Verständigung.

Ueber die gestrigen Verhandlungen entnehmen wir dem Bericht der B.S.-Korrespondenz: Bis 7 Uhr abends (bei Schluß des Berichts) waren die Dinge noch vollständig ungeklärt. Bis zu dieser Zeit war eine Verständigung noch nicht möglich gewesen, vielmehr hatte es den Anschein, als ob die Gegensätze auf beiden Seiten eher eine leichte Verschärfung erfahren hätten.

Bis gegen 2 Uhr mittags war eine allgemeine Aussprache vorgesehen und nach einstündiger Pause begann der Schlichter, der sich bemühte, ein Uebereinkommen zu erzielen, zunächst mit den Vertretern der Reichsbahn, dann mit denen der Eisenbahnarbeiter. Sonderbesprechungen abzuhalten, die sich bis in die späten Nachmittagsstunden hingenogen. Die Vertreter der Reichsbahn machten geltend, daß die gewünschte Lohnerhöhung nicht tragbar sei ohne eine Tarifierhöhung. Man könne die Gütertarife jedoch nicht in die Höhe setzen, da die Wirtschaft infolge der allgemeinen Finanzkalamität eine solche Belastung nicht ertragen könne, und dann eine allgemeine Preiserhöhung folgen müßte. Der Reichsbahn seien größere private Kredite nicht erschließbar und ihre Reparationsverpflichtungen veranlassen sie,

ein: Vollst. größerer Sparmaß

(Bei den Arbeiterlöhnen) d. Red. d. B.) durchzuführen. Vor allem müsse die Bahn erst die Reparationszahlungen sicherstellen. In der Infanzzeit seien 80 Proz. der Einnahmen für fällige Ausgaben, 20 Prozent für Lohn- und Gehaltszahlungen verwendet worden, heute aber erforderlichen die Zahlungen für das Personal etwa 60 Proz., die Ausgaben für Neuanstellungen, Gleisbauten usw. rund 30 Proz., während der Rest für Zinsdienst usw. verwendet werden müsse. Dazu komme, daß die Reichsbahn alle Neubeschaffungen von Material, die sehr kostspieligen Bauleistungen auf denen von der Regie betriebenen Strecken aus ihren Betriebseinnahmen decken müsse. Man sei heute auch bei allen Neuanstellungen zu höchster Sparsamkeit gezwungen und man könne keine Ausgaben verantworten, die nicht irgendwie wieder durch Mehreinnahme hereingebracht werden könnten. Demgegenüber erklärten die Gewerkschaftsvertreter, daß sie ihre ursprünglichen Forderungen, nämlich eine Lohnaufbesserung für alle Arbeiter um 6 Pfennig pro Stunde aufrecht erhalten wollten. Man habe auch bei der letzten Verhandlung mit der Reichsbahn, die bekanntlich scheiterte, die Lohnforderung nicht, wie dies die Reichsbahn offenbar irrtümlich aufzufasse auf drei Pfennig ermäßigt, sondern lediglich gefragt, ob Generaldirektor Deiser eine solche Lohnerhöhung gegenüber dem Bewirtschaftungsrat vertreten wolle. Die Gewerkschaftsvertreter wehrten sich gegen die Behauptung der Reichsbahn, daß die Eisenbahnler ohne die Reichsbahn nicht leben könnten. Ein Vergleich sei hier vielfach überhand nicht möglich, dagegen bestände die Tatsache, daß viele Gemeinden ihren Arbeitern in vergleichbaren Kategorien Entschädigungen zahlten, die bis zu 12 Pfennig über den Eisenbahnerlöhnen lägen. Es wurde dann ferner von den Gewerkschaften auf die Gefahr hingewiesen, die darin läge, daß

die Eisenbahnarbeiter sich nicht mehr halten ließen.

wenn in der Schlichtungsverhandlung kein Uebereinkommen zustande käme. In diesem Falle müsse man mit einer starken Verbreiterung der Streikballe rechnen.

Sehr umstritten war auch die Frage der Arbeitszeit bei der Eisenbahn. Auch hier erklärte die Verwaltung der Reichsbahn, daß die Forderung nach der Achtstundentage für sich aus reinen finanziellen Gründen untragbar sei. Eine gleichzeitige Verminderung der Arbeitsstunden in Verbindung mit der gewünschten Lohnerhöhung würde Riesensummen erfordern, wenn man bedenke, daß allein die Lohnerhöhung 36 Millionen Mark Mehrkosten erfordere. Die Verwaltung sei bereit, hier und da etwa vorhandene Härten zu mildern, doch könne die Gewerkschaftsforderung in ihrer weitgehenden Form nicht anerkannt werden. Demgegenüber betonten wieder die Gewerkschaften, daß die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters gegen früher sich verhalte wie 3:2. Die Dinge lägen so, daß vielfach die Arbeiter freiwillig aus den Betrieben auswichen, weil sie das verlangte Mindestmaß zu erreichen physisch nicht imstande seien. Die Gewerkschaften machten dann einen Vorschlag, daß die Reichsbahn sich mit einer Uebergangsarbeitszeit von 5 1/2 bzw. 4 3/4 Stunden einverstanden erklären sollte. Auch das bezeichneten die Delegierten der Reichsbahn zunächst nicht als tragbar.

Eine gütliche Verständigung zwischen beiden Parteien war bis gegen Abend nicht zu erreichen und so dürfte es vielleicht erst in später Abendstunde zu einem Schiedspruch kommen.

Die Reichsbahndirektion Berlin sucht Streikbrecher.

Sie gibt die Zahl der Streikenden im Direktionsbezirk auf etwa 2485 an. In seiner Mitteilung im gestrigen Abendblatt über die Stilllegung des Bahnhofes Wustermark wird als in keiner Weise den Tatsachen entsprechend bezeichnet. Von 153 Rangierern streikten nur 18. Hocherfreut teilt die Berliner Direktion mit, daß infolge

des Streiks die Möglichkeit der Neueinstellung gesunder, kräftiger Arbeiter „mit der Aussicht auf Uebernahme in den Dienst der Reichsbahn bei Bewährung“ bestehe. Als ob der Dienst bei ihr, bei langer Arbeitszeit und niedrigem Lohn, so sehr begehrt wäre für die Arbeiter, um ihre Gesundheit dafür aufs Spiel zu setzen!

Der Prozentrechner der Reichsbahnverwaltung.

der das Prozentverhältnis zwischen der Zahl der gemeldeten Streikenden und der der Gesamtarbeiterzahl festzustellen hat, ist am Donnerstag auf 23 Proz. gekommen. Die Gesamtzahl der Streikenden im Reich betrage 10 000. Im übrigen aber sei überall alles ruhig — wie bei Waffenstillstand zu erwarten. Das ist der Disziplin der gewerkschaftlich geschulten Eisenbahner zu danken, keineswegs aber dem Verhalten der Reichsbahnverwaltung.

Die Beamtenfreundlichkeit der Regierungsparteien.

Wir wir gestern früh meldeten, sollte der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Erhöhung der Bezüge der Beamten der Besoldungsgruppe 1-6 gestern im Haushaltsausschuß des Reichstags beraten werden. Er war zu diesem Zweck als Punkt 2 auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der Punkt 1 — Reichswehretat — sollte nach einer Bemerkung auf der Tagesordnung um 2 1/2 Uhr abgebrochen werden, um die Beratung der Rostfandsmaßnahme für die Beamten zu ermöglichen. Nach dem Willen der Regierungsparteien ist es aber anders gekommen. Zwar hat der stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Abg. Schulz-Bromberg (Dnat.), die Verhandlungen des Reichswehrretats zu dem angegebenen Zeitpunkt abgebrochen, gleichzeitig erklärte er aber, daß eine Anregung eingegangen sei, den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Besoldung von der Tagesordnung abzuziehen. Es bedarf keiner Betonung, daß diese Neuherung bei der sozialdemokratischen Fraktion als auch den anderen Oppositionsparteien maßloses Erstaunen und heftigsten Widerspruch auslösten. Dieser wurde noch stärker, als sich der Abg. Guérard (Z.) dem Verlangen des deutschnationalen Vorsitzenden an schloß. Auf Antrag des Abg. Steinlopp (Soz.) wurde über den Antrag des Vorsitzenden abgestimmt, und es ergab sich, daß sämtliche bürgerlichen Parteien rechts der Demokraten für die Ablehnung der Rostfandsmaßnahme von der Tagesordnung waren. Dies Verhalten ist um so bezeichnender, als die Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrags aus dem Unterausschuß an den Haushaltsausschuß und seine schleunigste Beratung in diesem von den bürgerlichen Parteien selbst angeregt und verlangt worden war. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese ganze Komödie nur aufgeführt wurde, um die Entscheidung hinauszuzögern. Der Haushaltsausschuß soll sich nunmehr am Dienstag, den 17. März, nochmals mit der Frage beschäftigen. Ob nach dem Verhalten der bürgerlichen Parteien mehr als gestern herauskommen wird, ist nach der Erfahrung von gestern nicht anzunehmen. Die Beamten aber sollten sich diesen Vorgang zur Lehre dienen lassen.

Schuhmacherstreik bei Leiser und bei Stiller.

Die Arbeiterschaft der Schuhreparaturwerkstätten der Firma H. Leiser Nachf., Dranienstr. 34 und Schuhwarenhaus Carl Stiller, Jerusalemstr. 32/33, ist gestern in den Streik getreten, da die Firmenleiter jede Lohnverbesserung strikte abgelehnt haben. Die letzte Lohnregulierung erfolgte im Mai 1924. Bereits im Oktober 1924 beantragte die Arbeiterschaft die Erhöhung des Stundenlohnes für die Zeilohnarbeiter und eine Anpassung der Stücklöhne für die Akkordarbeiter an die Stückzeiten des allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages der Schuhmacher der Stadtgemeinde Berlin. Die gleichen Anträge wiederholten die Arbeiter im Februar 1925. Die anschließenden Verhandlungen scheiterten. Auf Antrag der Gewerkschaft veränderte der Schlichtungsausschuß nach vorheriger mündlicher Verhandlung in der Sitzung am 11. März folgenden Beschluß:

„Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in den Werkstätten des Schuhmachersgewerbes beschäftigten Arbeitnehmer sind durch den zwischen dem Zentralverband der Schuhmacher und der Innung abgeschlossenen Tarifvertrag geregelt. Dieser Vertrag, der außerdem für allgemein verbindlich erklärt worden ist, findet auch auf die Betriebe der Antragsgegner Anwendung. Sofern die besonderen Verhältnisse dieser Betriebe eine Abänderung des allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages zu Gunsten der Arbeitnehmer notwendig machen, muß es den Parteien überlassen bleiben, die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen. Die Kammer ist nicht in der Lage, durch Schiedspruch einen Vorschlag zu machen.“

Durch diesen Beschluß hat der Schlichtungsausschuß festgestellt, daß die von den Arbeitern geforderte Erhöhung der Stückzeiten dem Tarifvertrag entsprechend gerechtfertigt ist. Das war jedoch nicht

der Zweck der Errichtung des Schlichtungsausschusses. Es handelte sich vielmehr darum, auf friedlicher Basis eine Verständigung zu erzielen. Die Feststellung des Schlichtungsausschusses, daß der allgemein verbindlich erklärte Tarifvertrag auch für die beiden Betriebe gilt, bezeugt nur, daß die Stückzeiten des Tarifvertrages auch für die beiden Firmen als Grundlage zu dienen haben, läßt aber die Streitfrage offen, ob der bisherige höhere Stundenlohn als die Grundlage der Akkordberechnung auch weiterhin zu gelten hat. Da d. Schlichtungsausschuß grundsätzlich zu einer Verständigung beitragen soll, ist es erklärlich, daß er diesbezügliche Vorschläge in Form eines Schiedspruches ablehnte.

Die Arbeiterschaft war nunmehr zu dem von ihr vorgenommenen Schritte gezwungen und hat am 13. März den Streik beschlossen. Die Kollegenschaft der Schöf. und Reparaturbranche wird zur Solidarität aufgerufen und ersucht, bei den bestreikten Firmen keine Arbeit anzunehmen. Der Betriebsleiter der Firma H. Leiser, Herr Becker, hat bereits erklärt, daß sämtliche Streikenden entlassen werden und Arbeitswillige eingestellt würden. Kollegen und Klassenossen, macht das Vorhaben der Firma durch eure Solidarität zunichte!

Zum Schlichtungsverfahren im Bankgewerbe.

MTB. berichtet: Die Durchführung des vom Reichsarbeitsminister eingeleiteten Schlichtungsverfahrens im Bankgewerbe stößt auf große Schwierigkeiten. Nachdem der Schlichter die Verfahren zwischen den Bankleitungen und den verschiedenen Angestelltenverbänden zwecks einheitlicher Verhandlung verbunden hatte, entzogen sich zunächst die bisher nicht am Tarifvertrag beteiligten Verbände den Verhandlungen, indem sie ihren Antrag auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zurücknahmen. Hierauf erklärte der Reichsverband der Bankleitungen, sich nicht mehr an dem Verfahren beteiligen zu können, solange die Gefahr einer nochmaligen Verhandlung mit den ausgeschiedenen Verbänden bestehe. Unter diesen Umständen hat sich der Schlichter gezwungen gesehen, die Verhandlungen auszusuchen. Er hat den Parteien vorgeschlagen, zunächst die Frage, ob die bisher aufstehenden Verbände derartige Bedeutung im Bankgewerbe besitzen, daß ihre Zulassung zum Reichstarifvertrag gerechtfertigt erscheint, einem aus unabhängigen Sozialpolitikern zusammengesetzten Schiedsgericht zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten, um auf diese Weise die Schwierigkeiten, die einer sachlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse im Bankgewerbe seit Jahren entgegenstehen, ein für allemal zu beseitigen. Die Verbände werden ihre Stellungnahme zu diesem Vorschlag dem Reichsarbeitsminister bis zum kommenden Dienstag mitteilen.

„Wiederaufnahme der Arbeit bei Maffei u. Schwarzlopp“

Der Zentralverband der Maschinen- und Feinwerkzeughersteller Groß-Berlin, legt Wert auf die Feststellung, daß er der mit vorliegender Ueberschicht versehenen Kotiz in Nr. 119 des „Vorwärts“ fernsteht.

Erregung unter den Arbeitern der Mansfeld A.-G.

Die Arbeiter der Mansfeld A.-G. werden bis heute mit Hungerlöhnen abgepeist. Die Tarifschlichter über 21 Jahre alter Arbeiter betragen bis zum Jahresluß 1924 von 2,10-2,20 M. Facharbeiter mit 12-stündiger Schichtzeit erhielten einige Pfennige mehr. Diese erbärmlichen Lohnsätze wurden durch Schiedsprüche vom November und Dezember mit je 10-20 Pf. pro Schicht gesteigert und festgelegt, daß für über 21 Jahre alte Personen nicht unter 3 M. gezahlt werden soll.

Die erheblich gebesserte Wirtschaftslage der Mansfeld A.-G. veranlaßt die Tariforganisationen, höhere Löhne zu fordern. Infolge der ablehnenden Stellungnahme der Mansfeld A.-G., Lohnzufriedenheit zu machen, fällt der zuständige Schlichter einen Schiedspruch, der den Ecklohn (Hauptlohn) auf 3,75 M. festlegte. Auch dieser Schiedspruch mit seiner geringen Erhöhung wurde von der Mansfeld A.-G. abgelehnt und bekämpft. Das Reichsarbeitsministerium unterstützte die ablehnende Haltung durch die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches.

Zu diesem skandalösen Vorgang nahm eine von 150 Funktionären besuchte Konferenz der Organisationen Stellung, die unter schärfstem Protest die Stellungnahme der Mansfeld A.-G. sowie die des Reichsarbeitsministeriums verurteilte und eine Forderung in der Lohnpolitik forderte. In 17 überfüllten Versammlungen nahmen die Arbeiter der Mansfeld A.-G. Stellung zu dieser Art Lohnpolitik. Die Aufforderung, wieder eine geschlossene gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, um eventuell höhere Löhne erkämpfen zu können, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Die Mansfeld A.-G. hat es in der Hand, eine Lohnpolitik zu treiben, die die berechtigten Interessen der Arbeiter erfüllt oder aber sie muß die Verantwortung dafür übernehmen, die sich aus der Weigerung, höhere Löhne zu geben, ergibt.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gahrman; Gewerkschaftsbegehrung: A. Steiner; Neuheiten: A. H. Eißner; Soziale: und Soziale: Fritz Rastbach; Wagnis: H. Glöck; Inhalt: in Berlin; Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin; und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin E 30 28, Vandenbrücke 2, hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

SONDER-ANGEBOTE

Reinseidene
Unterröcke
aus erg. wählbar billig, gute Ausstattung
9⁷⁵ 13⁷⁵

Damen-Strümpfe 1²⁵
Kunstseide, mit Doppelsohle und Hochferse
Herrn-Socken 55 Pf.
ein- farbig, mit vorzüglicher Spitze und Ferse
Füßlinge prima Make and Seidenform mit Doppelsohle 38 Pf.

Quadrate 40 Pf.
Halb linnen, viergezeichnet

Kissenplatten 1⁴⁰
aus Halbleinen u. Ripa, viergezeichnet

Mengenabgabe vorbehalten
Damen-Schlüpfer 95 Pf.
leine Baumwolle, weiß und farblich
Einsatzhemden 2²⁵
für Herren, ganzleicht, alle Größen
Hemden und Hosen 2⁷⁵
für Herren, wollgemischt, makofarbig, alle Größen
Hemdosen 3⁴⁵
für Damen, echt Make, weiß, fein gewirkt, alle Größen

Flausch-Morgenröcke 7⁵⁰ 11⁵⁰
reine Form, reich bestickt

Kostüm-Cheviot 3⁵⁰
marin, 130 cm breit

Tischtücher 7⁷⁵ Servietten
ein- farbig, reine
damast-Muster, 100x150, Stück 165

Damen-Hemden 1⁴⁵ 1⁵⁵
Trägerform, mit schöner Stickerei
Hüftkorsette 2⁵⁰ 3⁷⁵
mod. Form, J. appl. rd. 1 St.
3 Halter, aus guten Drellstoffen
Unterkleider 4⁹⁰ 4⁹⁰
aus Kunstseide, amerikanische Wickelart
Schlupfbeckkleider 4⁵⁰ 8⁵⁰
Kunstseide, Hohlbaum, verärrkt. Mitte

Crépe de Chine-Kleider 19⁷⁵
in schönen, jugendlichen Fassons, hell und dunkle Farben

Washbare Kunstseide 2⁷⁰
gestreift, doppeltbreit, Mtr.

Knaben-Anzüge 12⁷⁵
für 2-8 Jahre, kleiner Knabenform, marine Cheviot, Aer. - stoff, erel. ... für ca. 2 Jahre

Lederstrassenschuhe 10⁹⁰
für Damen, Pelzsohle, warm, Futter, hob. Ab., braun, schwarz
Kamelhaarart-Umschlagschuhe 2⁵⁰
für Damen, fra. Sohle, Ab. st.

Selbstbinder 2⁹⁰
rein Seiden, gemastert
Oberhemd 5⁹⁰
farbig gestreift, gest. rts Brust u. Kragen
Herrnhüte 4⁹⁰
in vielen Farben und grosser Auswahl

Knaben-Schürzen 75 Pf.
verschied. Größen

Damen-Schürzen 1²⁵
Wiener Form, Wasser und bunte Kreuze

HERMANN TIETZ

Wie märkische Kleinstädte aussehen:

Storkow.

Wer gut zu Fuß ist, erreicht Storkow, in älteren Reisebüchern als „freundliches Landstädtchen“ bezeichnet, von Fürstenwalde zu Fuß über die Rauenschen Berge; der bequemere Tourist wird die Bahnfahrt über Königswusterhausen vorziehen. Leider ist diese Bahnverbindung noch keine sehr gute: auch die Storkower, die in Beeskow, wohin der Schienenstrang weiter führt, ihre Behörden, vor allem das Finanzamt, haben, müssen fast einen ganzen Tag opfern, wenn sie in der Kreisstadt Geschäfte abzuwickeln haben. Für den Berliner, der ja meist durch die Wahl seiner Wohnung sich als nördlich, westlich usw. gerichtet zeigt, bedeutet die Fahrt über Königswusterhausen eine Auffrischung meist vergessener Erinnerungen; er wird mit Staunen die Entwicklung der verschiedenen Orte längs der Spree und der Dahme verfolgen, allerdings auch konstatieren müssen, daß an Fabriken in dieser Gegend kein Mangel ist, daß der Baumbestand sich bedeutend gelichtet hat — alles Werkzeuge des unaufhaltsamen Vordringens der Großstadt. Nur in Storkow weht ihm ein anderer Wind entgegen: die freundliche Landstadt ist noch immer Landstadt geblieben, und auch das Freundliche mag ihr noch wie vor zugesprochen werden.

Lage und Geschichte.

Das reiche Wasser — namentlich Seegebiet, das sich zwischen Spree und Dahme vorfindet — gibt auch Storkow zum großen Teil seine Bedeutung. Vom Scharnhüfsee geht durch den Storkower See und den Storkow-Kanal eine direkte Verbindung zur Dahme, und die in der Nähe gelegenen Kalksandsteinfabriken senden ihre Produkte in Kahnlasten von 50 000 Steinen auf diesem Wege nach Berlin. Andererseits kann Storkow auch als Ausgangspunkt für die Dampferfahrt auf dem Scharnhüfsee gelten; mit einiger Energie sollten die Storkower sich ihren Teil an dem stets wachsenden Verkehr nach Saarow-Bieskow sichern können. Auf alle Fälle bringt der Wasserverkehr etwas Abwechslung in die sonst monotone Gegend. Das ganze Gebiet ist flach, oft mit jenem Sand bedeckt, der der Mark im Urteil der nicht brandenburgischen Volksgenossen eine so liebliche „ote verschafft hat. Aber das Städtchen Kanal mit Schleuse, das

dort ein holländisches, hier ein italienisches Bild. Wenn die Frühlingssonne erst die jetzt sich etwas fürwärtig hervorwogenden Knospen zur Entfaltung gebracht hat, sind solche Wasserränder mit dem italienischen Drum und Dran von Kleinhäusern, Brückensteigen, Booten ein beliebtes Studienobjekt für die Künstler. Storkow hat keine weltbewegende geschichtliche Vergangenheit: Das sich vorfindende alte Schloß (resp. der damit verbundene Rest der ursprünglichen Burg) war bis zum Jahre 1518 Besitz der Herren von Bieberstein. Durch Kauf gelangte es in das Eigentum der an Völkern reichen Bischöfe von Lebus, die auch Beeskow besaßen und nicht in Lebus, sondern seit 1385 in Fürstenwalde residierten. Käufer war der gelehrte Bischof Dietrich von Bülow, der erste Kanzler der Universität Frankfurt a. d. O. Aber nicht lange sollten die geistlichen Herren sich des Besitzes erfreuen; die Reformation machte ihrer weltlichen Herrschaft ein Ende, und 1535 gelangte Beeskow-Storkow an den Markgrafen Johann von Kurlin, der sich 1556 in Schloß Storkow huldigen ließ. Nach seinem Tode gingen die Besitzungen in die Hände des Kurfürsten Johann Georg über. Nachdem das Schloß lange Zeit als Sitz des Rentamtes und anderer Behörden gedient hatte, ist es nunmehr Privatbesitz geworden. Im großen und ganzen hat das Städtchen Storkow die gleichen Schicksale durchgemacht, wie die Mehrzahl der im Süden von Berlin liegenden Ortschaften; die Kriege brachten die üblichen Brandschöpfungen und Verheerungen; in der napoleonischen Zeit lag es in der Richtung der Armeemärsche nach und von Rußland und mußte gehörig bluten. Das seitdem verstrickene Jahrhundert hat die Verhältnisse dann wieder in Ordnung gebracht — nach Reichthümern sieht die Mehrzahl der Häuser und der Vertauselungen nicht aus, aber eine gewisse Behaglichkeit liegt über dem Städtchen, das jedenfalls seinen ausgesprochenen agrarischen Charakter trägt, was auch die letzten Wahlschriften bezeugen. Die durch einige Fabriken vertretene Industrie läßt weitere materielle Entwicklung erhoffen. Lobenswert ist, daß den Besuchern der Stadt, aber auch den circa 5000 Einwohnern, ein menschenwürdiges Pflaster der Bürgersteige dargeboten wird.

Ein Gang durch das Städtchen.

Vom Bahnhof führt eine etwas gewundene Straße zur Hauptverkehrsader der Stadt, die sich bald zum Markt verbreitert und dann an der Kirche und Schule vorbei zum Kanal führt, über den die bereits erwähnte Klappbrücke den Gang zu den letzten Häusern freigibt. Rechts und links sind noch einige kleine Straßenzüge, von denen man durch die Torwege hindurch auf die weite Acker- und Wiesenfläche der Umgebung blickt. Kleine Häuser herrschen vor; Fachwerkbauten sind vorhanden, wenn auch vielfach an der Vorderseite durch Steinmauern umgebaut. Am Markt, auf dem das fast 100 Fuß hohe, vom hohen Turm überragte Rathaus sich erhebt und ein Kriegerdenkmal für 1870 sich zwischen Baumreihen befindet, hat die Reuzzeit einige der alten, mit den Giebeln nach der Straße gerichteten Häuser modernisiert, ohne aber großen Schaden anzurichten; die Häuserzeile wirkt noch recht erfreulich und ist jedenfalls frei von Rammthauten, die in den dem Einfluß von Berlin mehr ausgelegten Ortschaften so beleidigend auf das Schönheitsgefühl wirken. Die Kirche ist ein einfacher gotischer Bau, dem man in neuerer Zeit den früher vorhandenen Turm seitlich angefügt hat, da der unsichere Baugrund eine andere Stellung des Turmes verbot. Die vor 33 Jahren erfolgte Renovierung der Kirche hat dem Innern eine leichte Lösung gegeben; durch bunte Glasfenster fällt ein mattes Licht in den einfachen Raum, der hinsichtlich Altar, Kanzel, Orgel, Gestühl mit anderen alten märkischen Kirchendebauten sich nicht messen kann.

Die Hauptschenswürdigkeit

Ist das alte Schloß im Osten der Stadt, mit wenigen Schritten erreichbar. Am Eingang steht zwar „Eintritt verboten“, aber da das etwas altersschwache Tor ein wenig offen steht, treten wir mit gutem Gewissen ein. Zur Rechten dehnt sich der mit alten Bäumen bestandene Garten, mit Steinfiguren aus der Zopzeit geschmückt, z. B. niedlichen Putten, die Frühling, Sommer, Herbst und Winter geschildert charakterisieren. Der Burghof selbst, zu dem wir emporsteigen, ist ein Viereck auf künstlich errichtetem Hügel, so daß die Fundamente des rechts gelegenen Schlosses tief in den Garten hinein-

ragen und die mächtige alte Südmauer, jetzt der letzte Rest der einstigen Burg, wie eine Bastion — auch die Schießcharten fehlen nicht — sich von dem tiefliegenden Gemüsegarten erhebt. Den Eingang zur Schloßanlage bewachen zwei geharnischte Ritter, aber die auf dem Hofe in Winde flatternde Kinderwäsche zeigt mildere Sitten an. Eine freundliche junge Frau gestattet das Nähertreten — der Besucher ist im Auslande. Der Schloßbau ist mehr auf Festigkeit als auf elegante Linienführung gestellt gewesen; zwei Meter starke Mauern sprechen für die Gründlichkeit des Bauens in früheren Jahrhunderten. Das Verdienst um die Wiederwohnbarmachung des Schlosses gebührt dem Architekten Schaudt, der es dann wieder veräußerte; es ist jetzt wohl schon eine Reihe von ehemaligen Schloßherren vorhanden. Vielleicht heißt es auch hier wie selbsterzeit bei den „hochherrschaflichen Villen“ mit den korinthischen Säulen: Zwei glückliche Tage — man kauft und — verkauft. In einem solchen Kastell sich wohl zu



Ein „holländischer“ Winkel.

fühlen, mag nicht jedermanns Sache sein. Da hat der Tourist es besser; er genießt das Gute und hält sich die Sorgen des Besitzes fern. Hier an milden Sommerabenden unter den Linden des Schloßhofes zu sitzen und Stadt, Land und See mit einem Blick zu umfassen, ist zweifellos ein Genuß, dem man sich gern hingeben wird. Aber der Wanderer zieht keine Wanderstube nicht aus; er weiß, daß solche Wäyle seiner noch anderswo warten. Immerhin ist er glücklicher als die in den Luxusautos verstaubten Menschenpafete, die sich zur Riviera des Scharnhüfsees befördern lassen. Etliche hundert Kraftwagen rasen dann durch Storkow, und wohl nur ausnahmsweise zitiert einer von ihnen das klassische „Verweile doch!“

Daß über diese Richtung und den Staub, die Gefahr der Straßenbenutzung und das Getöse die Storkower nicht sehr erbaunt sind, läßt sich begreifen. Nicht einmal vor dem neuen Denkmal für die Toten des Weltkrieges — einem mächtigen steinernen Sockel, vom Adler gekrönt, von der Kriegermaske geschmückt — möhigen die modernen Schnellfahrer das Tempo; der Schnelligkeitswahnsinn besiegt sowohl die Freude am Genuß wie die Pietät.

Konzert des Sinfonie-Orchesters der Schutzpolizei. Am 27. März, 8 Uhr abends, veranstaltet das Sinfonie-Orchester der Schutzpolizei sein fünftes (letztes) Wohlthätigkeitskonzert, dessen Reinertrag für die Hinterbliebenen der Opfer des Dortmund-Bergwerksunglücks bestimmt ist. Dirigent: Generalmusikdirektor Leo Blech. Das Konzert findet in der Volksharmonie statt.



Das alte Schloß in Storkow.

im Städtchen zu schauen ist, läßt die Abwesenheit sonstiger Naturschönheiten vergessen; man guckt interessiert dem Emporwinden der Klappbrücke zu, wenn ein hochbordiger Kahn sich durchschleusen läßt, und amüsiert sich über die Wäscherinnen am Mühlenbach, die in dem schnell dahinströmenden klaren Wasser die Winnenstücke spülen —

Der Apfel der Elisabeth Hoff.

45] Von Wilhelm Hegelet.

Sein Murmeln wurde schwächer und ferner. Als er wieder zu sich gekommen war, lag er schweigend, apathisch da. Elisabeth wagte nicht einmal seine Hände zu berühren, ließ nur ihre Tränen über ihre Wangen rinnen.

Nach einer Weile kam der Arzt noch einmal. Während er mit Hoff sprach, hatte Elisabeth sich entfernt. Aber sie hörte noch, wie ihr Mann sagte:

„Bedeuten Sie doch meiner Frau, daß sie mich allein läßt. Ich möchte schlafen, es ist mir aber in ihrer Gegenwart nicht möglich.“

Da ging sie still aus dem Zimmer.

Professor Hoff reifte am nächsten Tag nicht ab. Elisabeth hatte den Arzt gebeten, ihrem Mann dies Vorhaben auf jede Weise auszureden. Aber es bedurfte des Zuredens nicht. Wie nach einer schweren Krankheit lag er apathisch im Bett, ließ es sich gefallen, daß seine Frau ihn pflegte, ohne durch irgendein Zeichen zu verraten, was ihre Gegenwart auf ihn wirkte. Wenn sie betrefis einer Kleinigkeit nach seinen Wünschen fragte, war seine stete Antwort: „Wie du willst.“ Sie hatte bald gemerkt, wach eine Ueberwindung es ihn kostete, auch nur die kleinste Entscheidung zu treffen, und handelte still nach ihrem Ermessen.

Es war als wenn der heroische Eigensinn, womit Hoff alle natürlichen Regungen in sich unterdrückt und sein Wesen vergewaltigt hatte, nach diesem übermenschlichen Energieaufwand nun sich rächte durch eine völlige Auflösung seiner Willenskräfte. Er war sich über seinen Zustand halb und halb klar und suchte dagegen anzukämpfen. Eines Tages sagte er wieder, er würde nun abreisen. Elisabeth antwortete, sie hätte nach Berlin geschrieben, daß er erkrankt sei, und um Urlaub für ihn gebeten. Die Bewilligung sei eingetroffen. Er dankte ihr mit einem Blick mehr der Verwunderung als der Freude, aber gleich darauf schlief er fest ein.

Es lag noch ein anderer Gast im „Lindenhaus“, den man hinübertransportiert hatte, da das abgelegene Forsthaus keine Möglichkeit zu seiner Pflege bot. Der Schicksalspieler, der so beizintlos veragtes Glück sich hatte erlassen und so fürwärtig eines andern Glück hatte machen wollen, war nun selbst von

des Schicksals Uebergewalt getroffen worden, seine Lebensregel war beinahe auf Zero gerollt, und wenig fehlte, so wäre es mit ihm ausgewesen. Aber in aller seiner Schwäche und obwohl er einem von den Händen des Todes ausgepreßten Schemen ähnlicher sah als dem blühenden Menschen, der er vor kurzem gewesen war, er doch immer noch der alte, der Unruhige und Unruhefänger. Margret, die seine Pflege übernommen hatte und Nachtwache bei ihm hielt, war oft nahe daran, zu verzagen. Sie konnte noch so oft sein Kissen zurechtücken und ihn in die richtige Lage beiten, er wollte nicht Ruhe halten. Abends begann er regelmäßig zu phantasieren. Wenn im Haus und auf der Straße die Geräusche erstorben waren und die Nacht sich selbst in Schlaf lullte mit dem monotonen Plätschern der Brunnenröhr, lauschte die Ueberwachende mit Grauen dem aufgeregten Gemurmel, das fremd und trüb aus unterirdischen Bezirken zu kommen schien. Gewöhnlich sprach er englisch, und seine Befehle klangen unsäglich müde und gehehrt. Dann wieder war er in Deutschland, sprach von Menschen und Begebenheiten, die sie nicht kannte. Aber in dem trafen Wogen seiner Erinnerungen schien ein Vorfall ihn besonders zu beschäftigen, den sie, obwohl er nicht Elisabeths Namen nannte, mit der Schwester in Erinnerung brachte. Er sprach von einer Frau unter einem Apfelbaum, schön und blank wie ein halb geschäfter Apfel, die einen Apfel hätte aus der Hand rollen lassen . . . er wollte wissen, wo er wäre . . . seine Finger griffen unruhig in die Luft, suchten unter der Bettdecke, mit unsäglich Anstrengung mühte er sich den Kopf zu erheben . . . immer erregter und trostloser klang sein Flüstern und ihr beruhigender Zuspruch war vergeblich.

Als er in der nächsten Nacht wieder so gequält und halbtot auf dem Gewoge seiner Phantasie umhertrieb, zeigte sie ihm einen bunt gesammeten Apfel, hielt ihn in der erhobenen Hand und ließ ihn sackt auf die Bettdecke fallen, nahm ihn wieder auf und ließ ihn von neuem rollen. Nach wenigen Augenblicken wurde das gehehrt Flüstern seiner Stimme still. Während sie bis dahin keinem unbestimmt leeren Blick angemerkt hatte, daß er sie nicht sah, wenn er sie auch manchmal ansah; verriet er jetzt eine beruhigte, zusammengefaßte Aufmerksamkeit. Allmählich wurde ihr Rücken durch die unbequeme Haltung steif, ihr Arm erlahmte, auch dachte sie, ihn selbst müsse das Spiel auf die Dauer ermüden, so ließ sie den Apfel verschwinden. Eine kleine Weile hielt sein Bild sich noch in stiller Gespanntheit auf sie gerichtet, aber dann erglitt er, als wäre ein Licht gelöscht, in trübes Dunkel, das Murmeln begann wieder, und während er den Kopf gehehrt hin- und

herwarf, wurde sein Geist von neuem der Wurfball der alten fesselnden Gewalten. Da lodte sie ihn wieder zu sich mit dem schimmernden Gebilde in ihrer Hand, und augenblicks glättete sich seine Miene, still und kindlich beglückt sah er ihrem Spiel zu, das sie nun fortsetzte, ohne auf die Zeit zu achten, indes ihre Gedanken sich in Erinnerungen verloren an ihrer beider erstes Begegnen, als sie ihn auch durch einen im Scherz gereichten Apfel zufrieden gestimmt und beglückt hatte. Jetzt aber war ihr zumut bei dem Spiel mit der siebergelächelten Schattengestalt, die der Tod umschloß, so dicht und dunkel wie sie selbst in dem kleinen Bezirk der Lampe die ringsum braunende Nacht, als mühte sie sein verzudendes Licht durch diese bunte Täuschung seithalten und das entgleitende Herz mit neuer Luft und Hoffnung ans Leben binden. Sie wurde nicht müde, den Apfel auf ihn zurollen zu lassen und wieder aufzufangen, bis einmal der runde Ball und die nach ihm greifende Hand so nahe der seinen kam, daß er sie beide berührte und umschloß, worauf er in einem Ton, der klarer und irdischer klang als das trübe Gemurmel bisher, „Elisabeth“ flüsterte. Nach einer Weile schloß er die Augen, ohne daß sie wagte, ihm ihre Hand zu entziehen; erst als die seine von selbst hinuntergeglitten war, erhob sie sich und legte sich beim Morgengrauen für einige Stunden in ihrem nebenan befindlichen Zimmer nieder.

Er selbst verbrachte, nachdem das Fieber sich gelegt hatte, den nächsten Tag in ruhigem Schlaf, der nur, wenn er Nahrung zu sich nahm, durch ein halbes Wachsein unterbrochen wurde. Als aber am Morgen der Arzt den Verband wechselte, fühlte er sich frisch genug, um zu fragen, was vorgefallen und warum er hier sei.

Der Arzt, der sich durch sein bäuerliches Klientel etwas rauhe Manieren und vor allem eine laut knarrende Stimme angewöhnt hatte, beantwortete seine Frage mit der Gegenfrage, ob sich Knecht denn nicht auf seinen Spaziergang im Wald und was ihm dort passiert sei, bestimmen könnte, und als dieser verneinte, erzählte er ihm mit behaglicher Breite, soviel er selbst wußte, hinzufügend, daß er bei allem Unglück noch ein großes Glück gehabt hätte, indem erstens ein solcher Kunstschütze wie der Förster Schmunt an ihm einen Fehlschuß getan und zweitens der Professor Hoff für ihn gewissermaßen sein Blut verspricht und drittens eine so samose und aufopfernde Pflegerin wie das Fräulein Margret sozusagen als ein Engel bei ihm gewacht hätte. Aber nun müsse er sich noch einige Tage hübsch still verhalten, das ewige Herumzappeln verzögere nur die Heilung. (Fortsetzung folgt.)

Rolandstandbilder.

Hunderttausende pilgern, den Kopf voller geschäftlicher Gedanken, am Märkischen Museum vorbei. Nur wenige schenken dem dortigen Standbild des Roland einen kurzen Blick. Noch weniger wissen, wie eine solche Figur entstanden ist und was sie zu bedeuten hat. Der ursprüngliche Roland von Berlin stand vor Jahrhunderten auf dem heutigen Marktplatz. Er wurde auf Befehl des Markgrafen Friedrich II., der den Städten Berlin und Köln fast alle ihre Vorrechte entriß, besetzt. Nichts mehr davon ist vorhanden, auch nicht mehr ein Bild. Die heutige Rolandfigur vor dem Märkischen Museum wurde erst 1906 errichtet und ist eine getreue Nachbildung des Rolands von Brandenburg a. d. H. Die Brandenburger Figur stammt nach einer eingemeißelten Inschrift aus dem Jahre 1474, aber schon im Anfang des 15. Jahrhunderts soll hier nach dem Stadtbuche ein anderer Roland gestanden haben. Das erklärt sich wohl daraus, daß die alte Havelstadt früher aus drei selbständigen Städten, der Altstadt, der Neustadt und der Dominsel, bestand.

Nachweisbar sind die ersten deutschen Rolandssäulen im 14. Jahrhundert errichtet worden. In anderer Form war ihre Bedeutung als Warnungs- und Hoheitszeichen des Marktrechtes, im weiteren Sinne auch des Stroßzugsrechtes, schon viel früher bekannt. Niemand durfte ohne harte Strafe den „Königsban“ oder „Königsfrieden“ der mit Marktrecht besetzten Orte brechen. Zu diesem Zweck war ein hochragendes Kreuz mit einem eisernen oder hölzernen Handschuh am Duerbalken aufgestellt. Später traten eine Fahne, ein Schild oder ein Schwert hinzu. Vielleicht war es ein letzter Rest dieser Marktrechtssitte, daß man eine Amisnahme noch vor einigen Jahrzehnten auf den Berliner Wochenmärkten hieße. Im 14. Jahrhundert dachte man schon etwas geschmackvoller und kam auf die Idee, das Kreuz durch eine Ritterfigur in doppelter und dreifacher Lebensgröße zu ersetzen. Man wählte unter dem Einfluß des damals besonders blühenden Rolandstufes den vielbesungenen Ritter Roland, den Rieffen und Paladin Karls des Großen. In jener Zeit müssen die Rolandssäulen an Hunderten von Marktplätzen entstanden sein. Bischof wurde der hölzernen oder steinernen Figur eine Krone aufgesetzt, wovon sicher der noch jetzt auf dem Kopfe mancher Rolands zu sehende Pflanzenkranz herührt.

Heute sind neben manchen Abarten (Staup- und Prangerfäulen) Rolandfiguren meistens vor dem Rathaus noch in 14 märkischen Orten, außer in Berlin und Brandenburg, beispielsweise in Angermünde, Königsberg (Neumark), Perleberg, Prenzlau, Stendal, sowie außerhalb der Mark in 17 Orten, darunter in Bremen, Burg bei Magdeburg, Erfurt, Halberstadt, Halbe, Kolbe, Nordhausen, Quedlinburg, Zerbst, zu sehen. Reste echter alter Rolandfiguren befinden sich in verschiedenen Museen.

Verbrecherjagd um den Erdball.

In Peru verhaftet und nach Berlin ausgeliefert. Der Schrecken der Banken vor im Sommer 1922 eine internationale Bande von Taschendieben und Scheckfälschern. Sie hatte es besonders auf Amerikaner abgesehen, die damals in großer Zahl nach Deutschland kamen. Fast auf jedem Dampfer und in allen Bandungsplätzen waren Mitglieder dieser Bande an der Arbeit. Sie stahlen den Reisenden mit größter Gewandtheit die Briefschlösser und erbeuteten so u. a. sehr viele Treuveler-Schecks und Juwelen aller Art.

Nach langen Nachforschungen und Beobachtungen gelang es im August 1922, eines dieser Bandenmitglieder, einen gewissen Blindbaum, in Berlin zu ermitteln und festzunehmen. Er wurde zu einer Zuchthausstrafe verurteilt, die er jetzt verbüßt. Das Haupt der Bande war aber weiter noch lange unbekannt. Endlich konnte die Kriminalpolizei feststellen, daß es ein russischer Kaufmann Gang war, der als Juwelenhändler auftrat. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß Blindbaum und Gang die Schecks, die sie selbst stahlen, oder die ihnen von ihren Helfershelfern zugehen, auf eine eigene Art fälschten. Der einen amerikanischen Treuveler-Scheck vorlegte, muß sich nicht nur durch Papiere ausweisen, sondern auch dadurch, daß er auf der Bank eine Probe seiner Unterschrift abgibt. Gang und Blindbaum wuschen nun auf den erbeuteten Schecks die Namen sorgfältig weg und ersetzen sie durch andere, die ihnen gefällig waren und die mit denen auf ihren Ausweispapieren übereinstimmten. So konnten sie ohne Zögern immer die verlangte Unterschrift leisten, ohne sich zu verraten. Bis der eingestohlene Scheck an die Ursprungsbank in Amerika zurückkam und dann der Schwindel aufgedeckt wurde, vergingen Monate. Die Banken wurden so um große Summen betrogen. Um die Juwelen ungefährdet zu Geld zu machen, beteiligte sich Gang selbst an Pfandleihen. Als die Kriminalpolizei ihn entlarvt hatte und zugreifen wollte, ergab sich, daß er unter Zurücklassung seiner Familie aus Berlin verschwunden war. Der Kriminalkommissar Vinnemann fand Spuren, die nach dem Westen führten, und setzte sich mit der Kriminalpolizei von Köln, Brüssel und Paris in Verbindung. Zugleich nahm der Bankdetektiv Martin Knopf die Verfolgung auf. In Europa aber war der Dieb und Fälscher nicht mehr zu finden. So wurden die gemeinsamen Ermittlungen der internationalen Kriminalpolizei und des Bankdetektivs auf den ganzen Erdball ausgedehnt. Unterdessen verschwand auch die Familie des Flüchtigen aus Berlin. Es wurde nur noch festgestellt, daß Gang, in dessen Wohnung früher die Verteilung der Beute unter die Bandenmitglieder stattgefunden hatte, in Brüssel und Paris noch mit Helfershelfern zusammengetroffen war. Endlich wurde Gang in Peru ermittelt und von der dortigen Behörde, die von Berlin aus ebenfalls unterrichtet war, festgenommen, gerade in dem Augenblick, als seine ihm nachgereifte Familie bei ihm eintraf. Die beantragte Auslieferung wurde bewilligt. Gang wurde auf einen deutschen Dampfer gebracht. In Colon, dem Eingangshafen zum Panamakanal, gelang es ihm, an Land zu kommen. Bald war er wieder eingekerkert, und jetzt wurde er unter besonderer Bewachung an Bord gehalten. Berliner Kriminalbeamte suchten ihm noch Holland entgegen, nahmen ihn dort in Empfang und brachten ihn über Hamburg nach Berlin in das Untersuchungsgefängnis.

Ermäßigte Visa-Gebühren: Deutschland—Amerika.

Bekanntlich hat die deutsche Regierung, um die Reiseflust von Amerikanern nach Deutschland zu fördern, die Gebühren für die Einreisefähigkeit, die eine Gültigkeit bis 6 Monate haben, von 10 auf 2 Dollar ermäßigt. Für die Amerikaner, die in deutschen Häfen landen und in Deutschland nur wenige Tage verbringen wollen, wird ein bis 4 Wochen gültiges Visum zum Preise von 50 Cent ausgeben. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbundung von unterrichteter Seite erfährt, ist in Amerika ein Gesetz in Vorbereitung, das die amerikanische Regierung ermächtigt, auch ihrerseits die Gebühren für Einreisefähigkeit von Deutschen nach den U.S.A. den Grundätzen der Gegenseitigkeit entsprechend zu ermäßigen. Dieses Gesetz ist bereits vom Präsidenten unterzeichnet, und es ist zu hoffen, daß der Senat die Genehmigung dazu erteilt. Die auf Grund dieses Gesetzes gewährte Ermäßigung würde sich natürlich nur auf Geschäfts- und Vergnügungstouristen erstrecken. Die Gebühren der Einwanderung werden davon nicht betroffen.

Auf dem Wege zu einem städtischen Verkehrsbureau.

Der Magistrat hat sich mit der von der Stadtverordnetenversammlung im November 1924 bei der Begründung der Gemeinnützigen Messe- und Ausstellungsgesellschaft m. b. H. anregten etwaigen Einrichtung eines städtischen Fremdenverkehrsbüros eingehend beschäftigt und hat sich der Meinung der Stadtverordnetenversammlung, daß die Schaffung eines solchen Verkehrs-

büros notwendig sei, angeschlossen. Zweck der Einrichtung ist allgemeine Förderung aller Bedürfnisse des Fremden- und des Berliner Verkehrs, vor allem der Auskunftsverteilung über Berliner Einrichtungen und Behörden, über Verkehrsmöglichkeiten, die Mitarbeit an der Veranstaltung von Kongressen und Ausstellungen und die Unterstützung der Reisenden bezüglich ihrer Unterkunft. Außerdem soll die Bildung einer Gemeinschaft aller in Berlin dem Fremdenverkehr dienenden Organisationen angestrebt werden. Die Arbeit des städtischen Fremdenverkehrsbüros soll sich selbstverständlich auch auf allen Wegen der modernen Verkehrspropaganda bewegen. Für die Einrichtung des Büros und die Betriebskosten im ersten Jahre sind 250 000 Mark notwendig. In den folgenden Jahren hat sich das Verkehrsbüro selbst zu erhalten. Magistrat und Verkehrsdeputation haben nunmehr die erforderlichen Mittel bereitgestellt, damit das Büro möglichst noch zum 1. April 1925 eingerichtet werden kann und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin

Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 1/2 Uhr im großen Saal der Philharmonie, Bernburger Str.

4. Sitzung

Länge nach moderner Musik ausgeführt vom Ballett der Staatsoper / Künstlerische Leitung: Herr Ballettmeister Max Terpis unter Mitwirkung von Elisabeth Grube (Prima Ballerina), Dorothea Aldu (1. Charakter-Tänzerin), Harald Kreuzberg (1. Solotänzer) u. vier Tänzerinnen vom Ballett d. Staatsoper / Pr. N. 120

Der „Landfriedensbruch“ in Budow.

Der erschlagene Pfadfinder.

Der Prozeß gegen die drei Mitglieder der kommunistischen Jugend, Kaminiski, Beste und Ebeling, hat bereits sein Ende erreicht und zu einer Verurteilung von zwei Angeklagten geführt: Ebeling und Kaminiski wurden zu je 2 Jahren Gefängnis verurteilt, Beste wurde freigesprochen. Den Verurteilten wurden 10 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Bild:

Das Vorbild zu dem blutigen Ereignis am Ostermontag hatte eigentlich schon am Sonnabend stattgefunden. Ein Trupp kommunistischer Wanderjugend erkannte unter einigen Pfadfindern frühere Bismarckhändler. Eine freundliche Begrüßung durch einen derselben wurde vom Angeklagten Ebeling ausgeschlagen. Dagegen sollen gegen die Pfadfinder Drohungen laut geworden sein, die sich auf ihren Fahlschmuck bezogen. Diese Bismarcker — vier an der Zahl — schloßen sich bedrohlich und begaben sich zum Bürgermeister, der sie zum Polizeibeamten schickte. Als sie den Beamten nicht antrafen, nahen sie ihrer ein Budower Knechtler an, der sie schließlich zur Jugendherberge geleitete, wo sie auch übernachteten. Am nächsten Morgen suchten sie auch den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei auf. Indes wurden sie schon in den Vormittagsstunden von einem rabaulstigen Trupp roter Wanderer angegriffen. Anstatt nun der kommunistischen Jugend aus dem Wege zu gehen und ihrer Osterwanderung eine andere Richtung zu geben, begaben sie sich demonstrierend an den Ort, wo die kommunistische Jugend lagerte, nämlich zu den Bollersdorfer Höhen. Allerdings nicht allein, sondern in Begleitung des Försters und seines Gehilfen, die zu ihrer Abwehr als gute Stahlhelmlente noch weitere Stahlhelmmänner mitnahmen. Sie sollten ihnen helfen, Ordnung zu schaffen. Als dieser Trupp nun anlangte, ging das Hölle los. Es hieß, die Pfadfinder hätten gepeit. In die bis dahin harmlose Schaar der Spielenden und Tanzenden kam eine Unruhe, es entstand die Stimmung eines bedrohlichen Raudtums. Als nun die Förster, anstatt ihre Schützlinge, die Pfadfinder, mit sich zu nehmen, sie am Rande der Wälder allein mit den Stahlhelmlenten zurückließen und sich selbst in die Schonung begaben, umringte eine Menge von etwa 40 Mann die Pfadfinder und die Stahlhelmlente. Ein kurzer Wortwechsel und das Handgemeine ging los. Kommunistische Knüppel sausten nieder, die Pfadfinder rückten zur Verteidigung ihre Messer, die Stahlhelmlente arbeiteten rührig mit ihren Stöcken. Schon aber eilten die Förster mit erhobenem Revolver herbei, die Menge stob auseinander und auf dem Boden lag einer der Pfadfinder mit einem Messerstich im Rücken. Die Stahlhelmlente allerdings bearbeiteten hinterher noch die auf der Wiese liegenden jungen Leute derot mit ihren Spazierstöcken, daß einer von den jungen Kommunisten bewußtlos liegen blieb. Dies der Todesstoß, wie er sich aus den widerprüchlichen Aussagen beider Parteien herausstellte. Der Staatsanwalt beharrte auf der Anklage des schweren Landfriedensbruchs und beantragte für Ebeling 3 Jahre, für Kaminiski und Beste je 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht sprach Beste frei, verurteilte aber die beiden anderen zu je 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft; Bewährungsfrist wurde abgelehnt. In der Begründung hieß es unter anderem, daß es sich hier nicht um einen zufälligen Zusammenstoß, sondern um ein organisiertes Unternehmen gehandelt habe.

Wie das Ereignis am Ostermontag fordert auch das Urteil selbst eine kritische Betrachtung heraus. Ueber den Anlauf der gegenseitigen Anrempelung der Jugend, insbesondere in Jugendherbergen und bei Wanderungen verlohnt es sich wahrlich, kein Wort zu verlieren. Die Jugend muß erkennen, daß Raudstum ihrer un- würdig ist. Geistige Kämpfe müssen anders als durch physische Gewalt ausgetragen werden. Insofern war die kommunistische Jugend im Unrecht, als sie die Pfadfinder anrempelte. Daß die Pfadfinder sich zu derselben Jugend begaben, von der sie sich bedrückt fühlten, ist vielleicht noch aus dem jugendlichen Draufgängerum ihrer Jahre zu verstehen. Daß aber der Gruppenführer der Stahlhelmlente, der Förster, verstärkt durch andere Stahlhelmlente die Pfadfinder dahin führte, war nichts anderes als eine bewusste Provokation und wurde natürlich als solche auch empfunden. Daß dann die kommunistische Jugend über die Pfadfinder herfiel, und dazu noch in so großer Ueberzahl, ist ein bedauerliches Zeichen stülicher Verrohung, ein um so bedauerlicheres, als es sich um Arbeiterjugend handelt. Eins steht jedoch fest: an einem Ort, der als so beliebter Ausflugsort für die Arbeiterjugend gilt,

Das Rundfunkprogramm.

Sonabend, den 14. März.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule. (Abt. Bildungskurse). Sprachunterricht: Direktor Julius Glück: „Esperanto“. 4.30 bis 5.40 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Segelstiller Martens: Zweck und Ziele des Segelfluges“. 7—7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Hochschulkurse). 7 Uhr abends: Dr. Franz Leppmann: Deutsche Lyrik von Hölderlin bis Werfel. 3. Vortrag: „Heinrich Heine“. 7.35 Uhr abends: Professor Dr. Gustav Leithäuser: Ueber die Empfangstechnik der drahtlosen Telegraphie und Telephonie. 8.30 Uhr abends: Konzert des Musikkorps des 3. Bataillons Pionier-Inf.-Regiments Nr. 9. Dirigent: Obermusikmeister Adolf Becker. 1. Akademische Festouvertüre, J. Brahms. 2. Ungarische Rhapsodie Nr. 1, Fr. Liszt. 3. Die Parade-Märsche der 4. Garde-Inf.-Brigade: Armeemärsche Nr. 145 (Franz) und Nr. 186 (Augustaner). 4. Konzertaria für die Posaune, E. Paupert (Herr Franotaky). 5. Rheinischer Pestmarsch, P. Zerba. 6. Volkszene (Kuglerzone) aus der Oper „Der Evangelmann“, W. Kienl. 7. Weizsälzlied, O. Peters. 8. Historische Märsche, von den Anfängen bis zur Neuzeit, E. Kaiser. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

paßt nicht ein so kranke mit dem Stachelnadelgehenden geschwächten Stahlhelmer hin wie der Förster Riesende, der in der Gerichtsverhandlung die unglaubliche Dreifaltigkeit besaß. — ohne allerdings von Vorhänden zur Ordnung gerufen zu werden — den roten Wimpel der Jugend als Taschentuch oder Fächer zu bezeichnen. Seine demonstrative Taktlosigkeit wie sein jahrlängiges Verhalten gegenüber seinen Schützlingen trugen letzten Endes mit dazu bei, daß es überhaupt zu dem blutigen Ereignis kam. Zum Urteil selbst ist zu sagen: Solche harten Urteile wirken mehr verbitternd als abschreckend. Die Besandung der Jugend muß andere Wege gehen. Ebenso unerschütterlich scheint die Ablehnung der Bewährungsfrist. Gerade in solchen Fällen wäre sie äußerst angebracht. Völlig unbegreiflich ist es aber, daß zehn Monate vergehen mußten, ehe bei diesem ganz einfachen Tatbestand die Hauptverhandlung eröffnet werden konnte. Wer wird den freigesprochenen jugendlichen Jense für die zehn Monate verbüßte Untersuchungshaft entschädigen?

Potsdam als Fremdenstadt.

In der Generalversammlung des Potsdamer Verkehrsvereins wurden im Jahresbericht die Verkehrsziffern vorgelegt, die Potsdam im Jahre 1924 aufzuweisen hat, aus denen klar hervorgeht, welche Anziehungskraft die Naturschönheiten und Runkelzüge auf die Fremden ausüben. In Potsdam sind auf den Bahnhöfen Potsdam, Charlottenhof und Wildpark 3 063 770 Fahrlarten verkauft worden. Die Dampfstraßenbahnen beförderten 1 042 750 Personen. Interessant ist die Statistik über den Besuch der Schloßer. Den stärksten Besuch hat das Schloß Sanssouci mit 189 000 aufzuweisen. Dann kommt das Neue Palais mit 133 772, in weitem Abstand das Stadtschloß mit 26 501, die Bildergalerie mit 11 056, Schloß Charlottenhof mit 4 008, die römischen Bäder mit 4 666 Besuchern, das städtische Museum wurde leider nur von 1 400 und das Garnisonmuseum von 4800 Personen aufgesucht.

„Das Schicksal der Wuhelheide“ lautet das Thema einer öffentlichen Protestversammlung am Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr, in Oberlößnitz, Körners Blumenarten. Das Referat hat der Bürgermeister des 15. Verwaltungsbezirks, Brunow, übernommen. Alle Einwohner von Oberlößnitz und der demnach benachbarten Ortsteile, denen die Erhaltung der Wuhelheide am Herzen liegt, müssen an dieser Versammlung teilnehmen. — Herr Oberbürgermeister Böß und Herr Gartendirektor Broderick sind zur Versammlung eingeladen.

Erster Nachtzug in Berlin. Am 24. März d. J. findet im Sportpalast, Potsdamer Str. 72, der erste Nachtzugtag in Berlin statt. Der Erlass III zur Errichtung einer Verlehmühle in Berlin bestimmt, starten zu 1 R. im Vorverkauf bei Berthelm, Bote u. Bod und an der Abendkasse.

Auf den Wochen der Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin e. V. sind bei der Beerdigung des Reichspräsidenten anwesend und noch nicht abgeholt worden ein Damentag, eine Sportliche, zwei Kienalchen, ein Turniergürtel und ein Spazierrod. Die Gegenstände liegen Sonnabends nachmittags von 6—8 Uhr in der Geschäftsstelle der Kolonie Schönholzer Str. 30 zur Abholung bereit.

Die Jerse Schulgemeinde Charlottenburg veranlaßt am Dienstag, den 17. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Schaulräumen des „Nächtlichen Fests“, Berliner Str. 53, unmittelbar an der Kolonnenbrücke, unter Mitwirkung des Gesangschores der SKJ, Werbedirektor Keltowitsch, zugunsten ihrer Jugendpflege einen Elternabend. Das reichhaltige Programm bietet u. a. Regitation, Abhüllische Tänze und Ueber zur Route. Zur Aufführung gelangt das Festspiel „Sommernacht“ von Kurt Hiller. Sämtliche Vorträge werden von Schülern und Schülerinnen vorgelesen. Eintrittskarten zu 30 und 25 Pf. sind bei den Funktionären und an der Abendkasse erhältlich.

Bezirksbildungsausschuß, Arbeiterbildungsschule. Der Kursus des Genossen Brunwald: „Colonisches Seminar“ wird am Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr, in der Bibliothek Lindenstr. 3, weitergeführt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind Berlin S.W. 62, Lindenstraße 3.

Achtung, Abteilungsleiter!

Für die Jahnenwoche sind Jahnen preiswert in jeder Größe in unserer Vertriebsstelle, Lindenstr. 3, 2. Hof 2 Tr. rechts, Zimmer 11 (Jugendsekretariat), zu haben. — Geöffnet von 9 bis 5 Uhr, Mittwochs und Freitags von 9 bis 7 Uhr.

2. Kreis Wedding. Sonntag, den 15. März, nachm. 5 Uhr, in den Thurns-Alten, Wälderstr. 143, Mitarbeiter in Verbindung mit einer Föhnweide. Alle Genossen sind herzlich eingeladen. Die Abteilungsleiter werden erbeten, die Fahnen bis 4 Uhr nach den Thurns-Alten zu schicken. Spenden für die Tombola sind beim Genossen Kreis Wälderstr. 21, abzugeben.
7. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, den 14. März, 7 1/2 Uhr, Runkelzug in der Königin-Luise-Schule, Dönhofsplatz. 2000 Karten sind nach bei den Mitleitern des Bildungsausschusses sowie am Gasseningang zu haben.
8. Kreis Wilmersdorf. Die Donstette und Wälder für die Wählerversammlung am Mittwoch, den 15. März, sind heute abend bei Kreis abzugeben.
11. Kreis. Sonntag, den 15. März, nachm. 3 1/2 Uhr, Sommerfest für die Demonstration zur Ehrung der Kapp-Opfer Friedrich „Manke Höll“, Uebermuthstraße 3 Uhr nachm. Die Abteilungen haben Banner und Fahnen mitzubringen.
12. Kreis Stiglitz, Hiltelstraße, Prenzlau. Die Parteigenossen und -genossinnen werden zum Fest eingeladen, das unsere Jugendweide am Sonntag, den 22. März, im Konföderierten-Kasernenmuseum stattfinden.
14. Kreis Rosenthal. Sämtliche Abteilungsleiter, Ob- und deren Stellvertreter Sonntag vormittags 10 Uhr bei Schöber, Gelmerstr. 12, wichtige Sitzung.

Heute, Sonnabend, den 14. März:

12. St. Rosenthal. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Schöber.

Morgen, Sonntag, den 15. März:

22. St. Sämtliche Genossenschaftler der 21. Verkaufsstelle treffen sich früh 8 Uhr im Wälderstr. 143 bei Schöber.
25. St. 1/2 Uhr treffen sich die Genossen bei Wolff, Forster Str. 44, zur Wahlhilfe für die Konsumhilfe.
24. St. Rosenthal. Karten zur Jugendweide sind bei allen Bezirksleitern erhältlich.
25. St. Krenzschaf. Zur Konsumhilfe treffen sich die Genossen Poststr. 50, und bei Frau, Reiter-Wälderstr. 64, Werberstraße, vormittags.
26. St. Rosenthal. Zur Wahlhilfe zu den Konsumhilfen treffen sich die Genossen bei Frau, Dönhofsplatz, 64, und Wälder, Dönhofsplatz, vorm. 9 Uhr.
26. St. Krenzschaf. Zur Wahlhilfe für die Konsumhilfe treffen sich sämtliche Genossen um 9 1/2 Uhr im Rinderort, Wildenbruchstr. (Altes Zimmer).
27. St. Rosenthal. Vorm. 1/2 Uhr Treffpunkt für alle Genossen und Genossinnen zur Vorbereitung wichtiger Angelegenheiten bei Heimann.
28. St. Rosenthal. Die Genossen beteiligen sich am Schoppenfest an dem Sonntag vormittags von 9—1 Uhr im Lokal Schneider, Hauptstr. 3, hiesigen Konsumhilfe.
29. St. Sämtliche Gruppen Krenzschaf, Eichen, Friedländerstr. und Rosenthal. Gemeinliche Fahrt nach Potsdam. Treffpunkt Sonntag früh 8 Uhr am Schloßpark Bahnhof, Gropius Platz. Eds. Wälderstr. Gruppe Scharberg. Zur Jugendweide bei im Kapp-Opfer Genossinnen teilnehmen sich die Genossen und Genossinnen auf dem Runkelzug-Wälder-Platz vor dem Hiesigen Rosenthal um 1/2 Uhr. Abends 7 Uhr Pionierabend beim Genossen Paul Redde, Gelmerstr. 12, Str. 3 Tr.

Geschäftliche Mitteilungen.

„G.“ (nämlich der gute Conrath-Lad-Schuh) im Urteil seiner Zeitgenossen eine ebenfalls originelle wie Lebensernte Aufkommenstellung von „Strapazen aus dem Reichsarchiv der Schulbibliothek Conrath Lad u. Co. R.-G. Burg b. W. Der Händler der Firma hat zu den Briefmarken Parafixuren geschaffen, die als Ankerkett selbsten bezeichnet werden müssen und bis die Olfen in der Schenkensammer beginnende Ankerkett, in der so mancher Briefträger seine Briefe demut leben wird. Die Sammlung der einzelnen Ankerkett ist nicht, da deren Einblendung zur Teilnahme an einem neuen Preiswettbewerb notwendig.

Wetter für Berlin und Umgegend. Ueberwiegend bewölkt mit Niederschlägen bei zeitweilig steigenden Temperaturen und aufsteigenden westlichen Winden. — Für Deutschland. Im Norden kalte, im Süden abmälige Erwärmung, weitverbreitete Niederschläge.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Rittergut-Straße 16-26

176 Lebensmittel- geschäfte	4 Warenhäuser	6 Fleischabgabe- stellen
--	-------------------------	---------------------------------------

Sonntag, den 15. März, vormittags von 9-1 Uhr finden die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung unserer KGB. statt

Aus diesem Anlaß sind die bisherigen Delegierten unserer Generalversammlung, die der Kommunistischen Partei angehören, von ihrer Partei veranlaßt worden, ein Flugblatt herauszugeben. Auf die in diesem Flugblatt enthaltenen politischen Ergüsse einzugehen, ist nicht unsere Aufgabe. Die kommunistische Parteileitung glaubt aber offenbar nicht an die Durchschlagskraft ihrer politischen Argumente und hat daher dieses Flugblatt mit einer Anzahl verleumderischer Angriffe gegen die Verwaltung unserer KGB. gespickt, um ihre Anhänger zur Wahlurne zu bringen. Wir sehen uns veranlaßt, auf einige dieser Angriffe einzugehen.

Das kommunistische Flugblatt, das mit „Die Delegierten der KPD.“ unterschrieben ist, behauptet, die Jahresbilanz der KGB. sei zum Schaden der Genossenschaftsmitglieder „frisirt worden, wie es ein Kaufmann tue, der seine Gläubiger betrügen will“. Diese Behauptung ist eine Verleumdung. Unsere Generalversammlung vom September 1924 hat die eingehend geprüfte Bilanz, die angeblich „frisirt“ sein soll, genehmigt, und zwar einschließlich der Stimmen der Kommunisten. Dieselbe Generalversammlung hat mit den Stimmen der Kommunisten dem Vorstände der KGB. Entlastung erteilt. Wenn jetzt die Delegierten der Kommunistischen Partei der Verwaltung vorwerfen, sie habe „die Bilanz frisirt“, so bleibt nur zweierlei übrig, entweder, daß die Kommunisten in der Generalversammlung vom Jahre 1924 nicht wußten, was sie taten, oder daß ihre jetzige Behauptung, die Bilanz sei frisirt, eine bewußte Verleumdung ist. Das letztere trifft zu.

Das kommunistische Flugblatt behauptet weiter, die Aufwertung der Geschäftsanteile auf 15 Proz. und der Spareinlagen auf 20 Proz. sei „eine betrügerische Manipulation“ und ein „Skandal“. Mit dieser prozentualen Aufwertung von 15 und 20 Proz. ist die KGB. über das hinausgegangen, was andere Unternehmen getan haben, zumal die Aufwertung für unsere Mitglieder zu günstigeren Bedingungen durchgeführt wird, als sie gesetzlich vorgeschrieben sind.

Wir ersparen es uns, auf diesen Punkt weiter einzugehen. Denn der Versuch, die Verwaltung der KGB. für die verheerenden Wirkungen der Inflation verantwortlich zu machen, zeugt von so bodenloser Dummheit oder grenzenloser Verlogenheit, daß selbst nicht einmal die Anhänger der Kommunistischen Partei auf diese Wahldemagogie hereinfließen werden.

Auf einer ähnlichen Stufe stehen die sonstigen Behauptungen des kommunistischen Flugblattes. Die innere Unwahrhaftigkeit des ganzen Flugblattes ergibt sich auch daraus, daß es der Verwaltung zum Vorwurf macht, die Rückvergütung betrage nur 2 Proz. Das behauptet dieselbe Partei, deren Vertreter sonst immer verlangen, die KGB. dürfe überhaupt keine Rückvergütung gewähren, weil das ungenossenschaftlich sei.

Das kommunistische Flugblatt behauptet ferner, die KGB. habe keine Verbindung mit den Gewerkschaften. Auch diese Behauptung ist unwahr. Tatsächlich haben die Gewerkschaften ihre Mitglieder zur genossenschaftlichen Betätigung aufgefordert und selbst ihre Sympathie für die Genossenschaften zum Ausdruck gebracht, wie dies insbesondere auch im vergangenen Jahre bei dem 25jährigen Jubiläum unserer KGB. zum Ausdruck gekommen ist.

Das kommunistische Flugblatt beschuldigt unsere Verwaltung, sie habe nichts unternommen gegen die „vom Unternehmertum organisierten gelben Werkkonsumvereine“. Auch das ist falsch. In unserer eigenen Zeitschrift „Die Konsum-Genossenschaft“ haben wir wiederholt gegen die Werkkonsumvereine Stellung genommen. Dies ist auch immer wieder in unseren Versammlungen geschehen. Die Werkkonsumvereine werden aber sehr lebhaft durch die kommunistische Parteileitung unterstützt. Denn die Hetze, die die Kommunistische Partei gegen unsere auf dem Recht der Selbstverwaltung der Mitglieder beruhende Genossenschaft betreibt, hat natürlich den Erfolg, daß ihren Parteimitgliedern unsere Genossenschaft verekelt wird, und so finden wir denn, daß gerade die kommunistischen Arbeiter in den Werkkonsumvereinen kaufen, die ja von der kommunistischen Parteileitung nicht kritisiert und nicht verleumdet werden. Die ganze Agitation der Kommunistischen

Partei hat nicht eine Stärkung des Genossenschaftsgedankens zur Folge, sondern treibt die Kommunisten geradezu in die Werkkonsumvereine und schürt nur den Haß gegen unser Unternehmen.

Das kommunistische Flugblatt erhebt den Vorwurf, in unserem Unternehmen würden Angestellte und Arbeiter gemafregelt. So sei vor einigen Tagen ein weibliches Angestelltenratsmitglied aus dem Angestelltenrat hinausgeworfen, weil es infolge seiner österreichischen Staatsangehörigkeit als Ausländerin angesehen werden muß. Auch das ist unwahr. Selbst die kommunistische Parteileitung müßte wissen, daß der Angestelltenrat nicht von der Verwaltung eines Unternehmens, sondern von den Angestellten gewählt wird. Sie weiß das offenbar auch, tut aber so, als wüßte sie es nicht, um die Verwaltung der KGB. zu verleumden. Ebenso unwahr ist der kommunistische Vorwurf, in einem unserer Warenhäuser sei der Buchhandel deswegen eingestellt, um eine Angestellte entlassen zu können.

Das kommunistische Flugblatt behauptet, Herr H. Bästlein sei als Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Reichswirtschaftsrat für die Erhöhung der Umsatzsteuer eingetreten. Auch das ist eine Lüge — eine Lüge, die schon hundertmal als solche nachgewiesen ist.

Das kommunistische Flugblatt wirft unserer Verwaltung vor, daß sie nicht auf den von den Kommunisten vorgeschlagenen Steuerstreik eingegangen sei. Der Steuerstreik, d. h. wenn die Verwaltung unserer Genossenschaft die sie gesetzlich treffenden Steuern nicht zahlen würde, würde unsere Genossenschaft nicht von den Steuern befreien, sondern lediglich die Folge haben, daß die Steuerbehörde unser Bankguthaben beschlagnahmt und unserer Genossenschaft Zwangsvollstreckungskosten entstehen würden. Darum hat die Verwaltung den kommunistischen Steuerstreik abgelehnt. Darum haben auch diejenigen Konsumvereine, die von Kommunisten geleitet werden, keinen Steuerstreik geführt. Und die kommunistischen Zeitungsunternehmen führen auch keinen Steuerstreik: sie zahlen alle Steuern. Auch die Geschäfte, die Sowjet-Rußland in Deutschland macht, werden versteuert. Aus alledem ergibt sich, daß der Vorschlag des Steuerstreiks gar nicht ernst gemeint ist. Der kommunistische Vorwurf, daß unsere Verwaltung das „frevelhafte Spiel des Steuerzahlens“ geduldet habe, ist daher nichts weiter als eine üble Wahldemagogie, die wohl ebenfalls zu dumm ist, als daß ein vernünftiger Mensch darauf reinfallen wird.

Die KGB. ist von der Verwaltung durch die schweren Jahre des Krieges und der Nachkriegszeit, insbesondere der Inflationsjahre hindurchgeführt worden. Unser Unternehmen steht unerschüttert und kräftig da, weil die Geschäftsleitung eben anders gehandelt hat, als die kommunistische Parteileitung erwartet hat. Hätte die Verwaltung den Steuerstreik durchgeführt, hätte die Verwaltung die Papiermarkzettel der Inflation ihren Mitgliedern als Goldmark abgenommen und was dergleichen unsinniger kommunistischer Vorschläge mehr waren, dann würde es freilich keine KGB. mehr geben. Hätte unsere Verwaltung alljährlich die Erübrigung unserer Genossenschaft kommunistischen Parteizwecken zugeführt, wie es tatsächlich von Kommunisten verlangt, aber von uns abgelehnt worden ist, dann würde das kommunistische Flugblatt wahrscheinlich auch nicht über eine „Frisierung der Bilanz“ gejammert haben.

Die Verwaltung der KGB. hat den ihr im Genossenschaftsgesetz übertragenen Pflichten eines ordentlichen Geschäftsmannes genügt; sie hat dem Genossenschaftsgedanken Rechnung getragen. Der Erfolg hat sich in der ständig wachsenden Zunahme der Mitglieder gezeigt. Der Erfolg ist trotz der verminderten Kaufkraft vieler Mitglieder zum Ausdruck gekommen in der steigenden Zahl unserer Lebensmittelabgabestellen. Dank der Gewißheit, daß die Geschäftsleitung ihren Pflichten nachkommt und die Bankrottspolitik der kommunistischen Flugblattschreiber unter allen Umständen ablehnt, wird unsere Genossenschaft auch weiter wachsen.

Der gesunde Sinn unserer Mitglieder wird sich am Wahltage offenbaren.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

c. G.
m. b. H.

Zusammengebrochene Verleumdungen.

Barmats angebliche Parteiuferstützung. — Robert Schmidt vor dem Ausschuss.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Barmat Lieferische ausgeführt habe, die nach kaufmännischen Regeln nicht korrekt waren, auf die er aber Bezahlung erhalten habe, verweist der Zeuge darauf, daß das Sachverhalte der einzelnen Reichsstellen gewesen sei. Es sei ihm aber bekannt, daß Differenzen solcher Art auch bei anderen Lieferanten entstanden seien.

Der Vorsitzende Saenger verliest ein Schreiben der Reichsstelle vom 24. Juli 1919, in dem sehr scharf über Barmat geurteilt wird. Der Zeuge erklärt dazu, daß ihm das Schreiben wohl bekannt geworden sei, damals seien aber die Verträge mit Barmat schon abgeschlossen gewesen. Die Reichsstelle habe diese ungünstigen Erfahrungen mit Barmat gemacht; auch die Reichsstelle sei später noch mit Barmat in Verbindung getreten. Die Beurteilung des geschäftlichen Verhaltens Barmats sei mehr subjektiver Art gewesen.

Es kommt nun zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dauch (D.Vp.) und dem Zeugen über die Finanzierung der Geschäfte mit Barmat, über die Art der von ihm ausgeführten Lieferische. Sie hat ein negatives Ergebnis, da das Angelegenheiten der Reichsstelle gewesen sind. Der Abg. Dauch glaubt aber feststellen zu können, daß Barmat dem Reich gar keinen Kredit gegeben habe, sondern daß umgekehrt vom Reich an Barmat Kredite gegeben worden seien.

Es kommt dann ein Vertrag mit der Export-N.G. zur Sprache. Diese Firma ist auf Grund einer Empfehlung des Abg. Pfeiffer an das Reichswirtschaftsministerium den Reichsstellen überwiesen worden.

Der Zeuge sagt, sie habe zu den diesen Firmen gehört, die große Besprechungen über Lieferung von Lebensmitteln gemacht hätten. Der legitime Handel sei bei den Lieferungen an das Reich bevorzugt herangezogen worden. So sei mit der bekannten Firma Refle allein ein Vertrag über Lieferung von 300 000 Rosten abgeschlossen worden. Die Geschäfte mit Barmat und ähnlichen Lieferanten hätten nur einen Bruchteil der Gesamtgeschäfte des Reiches ausgemacht.

Es wird jetzt die Frage erörtert, ob sich besondere Einflüsse geltend gemacht hätten, um mit Barmat Geschäfte abzuschließen. Der Zeuge sagt dazu, es seien viele Leute zu ihm gekommen. Er habe auch viele Abgeordnete und Minister gekannt, er könne sich aber nicht daran erinnern, daß zugunsten Barmats ein Einfluß ausgeübt worden sei. In unerklärlicher Weise sei jedenfalls Barmat nicht vorwärts geleitet worden. Vom Reichswirtschaftsministerium sei die Weisung gekommen, Barmat in kaufmännischen Formen zu behandeln. Eine Empfehlung sei jedenfalls nicht gegeben worden. Der Zeuge habe es auch nicht als „Miß“ aufgefaßt, höchstens „daß es gern gesehen werde“. (Beifriedigung bei den Abgg. Rosenfeld und von Bruhn.)

Rum folgt die

Berechnung des Ministerialdirektors Niklas.

Jetzt im bayerischen Landwirtschaftsministerium, früher bayerischer Vertreter in der Reichsstelle und deren Vorsitzender. Er habe die Aufteilung und Verteilung des im Inland vorhandenen Weizens unter sich gehabt. Mit den Barmats sei er niemals in Berührung gekommen. Bei Besprechung der Reichsstelle an Fleisch sei einmal der Name Barmat gefallen, er wolle nicht in welchem Zusammenhang. Es sei damals eine außerordentlich schwierige Situation gewesen, man habe nicht gewußt, wie man die Anforderungen erfüllen sollte. Abgeordnete seien niemals an ihn herangeritten.

Ministerialrat Kommel

Im Jahr 1919 Vorsitzender der Reichsstelle. Barmat sei nie bei ihm gewesen. Was er über ihn wisse, habe er aus zweiter Hand. Der diktorische Ausschuss habe Eingriffe in die Geschäfte der Reichsstellen vorgenommen und Richtlinien vereinbart. Das hätten die Reichsstellen als Benormung empfunden und geglaubt, sie seien nicht verpflichtet, ihr Folge zu leisten. Darüber sei es häufig zu Auseinandersetzungen gekommen. Auch wegen Barmat habe es Differenzen gegeben, und im Amt habe man den Eindruck gehabt, daß man mit den Einwänden gegen Barmat nicht durchkomme. Es sei einmal die Meinung gefallen, Barmat habe dem deutschen Volke solche Dienste geleistet, daß es nur billig sei, wenn man sich ihm erkenntlich zeige.

Von wem das geäußert wurde, wissen wir nicht. Man habe auch davon gesprochen, daß Barmat in guten Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei stehe und sich besonders um die Belieferung des Transportarbeiterstreiks in Rotterdam verdient gemacht habe. Es habe einmal eine Besprechung zwischen Barmat und dem ehemaligen Ernährungsminister Hermes stattgefunden, an der der Abg. Sauer teilgenommen habe und wo Beschwerden Barmats besprochen wurden, daß er an den Lieferungen nicht beteiligt worden sei. Daß Prozedere der Sozialdemokratische Partei gezahlt worden seien, wisse er nicht.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt habe niemals einen Druck zugunsten Barmats ausgeübt.

Der Widerstand gegen Barmat in der Reichsstelle sei eine Folge der ungünstigen Erfahrungen mit ihm gewesen. Die schlechten Zustände über Barmat seien hauptsächlich von dem Leiter der holländischen Vertreter der Reichsstelle ausgegangen. Auch dieser Zeuge wolle nicht, wie Barmat zur Kenntnis der über ihn gegebenen schlechten Zustände gelangt ist. Das letzte Geschäft mit Barmat sei im August 1919 über Lieferung von Kondensmilch abgeschlossen worden. Die Abwicklung habe sich bis Mai 1920 hingezogen. Der Zeuge erklärt weiter, daß der diktorische Ausschuss wirklich diktorisch aufgetreten sei und die Reichsstellen zur Abwicklung auch solcher Geschäfte gezwungen habe, mit denen die Reichsstellen nicht einverstanden gewesen seien. Der Vorsitzende verliest dazu die Richtlinien für den diktorischen Ausschuss, aus denen hervorgeht, daß er im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt hat.

Abg. Schred (Soz.) fragt den Zeugen: Was Ihre Aussagen war zu entnehmen, daß Sie persönliche Beobachtungen über den Geschäftsverkehr mit Barmat nicht gemacht haben. Sie stützen sich auf Berichte, die Ihre Herren Ihnen erstattet haben. Es haben wohl darüber Konferenzen stattgefunden? Finden Sie sich nicht dazu veranlaßt, mit dem zuständigen Minister die Angelegenheit zu besprechen?

Zeuge: Ob ich mit dem Minister persönlich darüber gesprochen habe, kann ich nicht sagen, daß aber in Berichten davon die Rede war, ist schon richtig.

Abg. Schred: Sie hatten Ihrer Aussage nach den Eindruck, daß durch Barmat eine Schädigung des Reiches erfolgt sei. Finden Sie sich nicht dazu veranlaßt, einen Kabinettsbeschluss dazu herbeizuführen?

Zeuge: Das konnte nur durch den vorgelegten Minister geschehen.

Abg. Schred: Haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt?

Zeuge: Eine Veranlassung dazu lag nicht vor.

Abg. Schred: Diese Feststellung genügt mir.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

An der Nachmittagsitzung wurde

Rechtsanwalt Dr. Hugel

genommen, der Rechtsanwalt der Butterhandelsvereinigung ist. Er berichtet über den ersten Verleumdungsprozess, der im

Jahre 1919 gegen Barmat angehängt wurde, um festzustellen, weshalb Barmat bevorzugt worden sei und warum ihm Lieberpreise von 10 bis 15 Pf. für das Kilo Butter bewilligt wurden. Der Zeuge hatte damals geglaubt, daß der Minister Schmidt an der Bevorzugung Barmats interessiert gewesen sei.

Seitdem habe er sich aber davon überzeugt, daß Minister Schmidt damit nichts zu tun gehabt habe.

Es sei ihm berichtet worden, daß einem Angestellten der Reichsstelle von Barmat eine Kiste Importzucker zugewandt wurde. Es sei dann am 18. Oktober 1919 eine Eingabe an das Wirtschaftsministerium wegen der angeblichen Bevorzugung Barmats gerichtet und um Aufklärung gebeten worden. In der Antwort vom Januar 1920 wurde auf ein Dementi hingewiesen, das inzwischen durch die Reichsstelle verbreitet worden war. Weitere zwei Eingaben seien nicht beantwortet worden. Barmat sollte 50 Waggons Butter aus Holland liefern, es seien aber nur 10 Waggons geliefert, die Restlieferung sei Barmat erlassen worden. Dem Zeugen sei mitgeteilt worden, daß Barmat an die Kassen der holländischen und der deutschen Sozialdemokratie größere Beträge gezahlt habe, das habe aber wohl nicht mit den Geschäften im Zusammenhang gestanden, die Barmat mit dem Reich gemacht habe. In dem Prozess sei Barmat am 25. April 1921 wegen Verleumdung zu 2000 M. verurteilt, in der zweiten Instanz sei aber ein Vergleich geschlossen worden.

Auf eine Frage des Vorsitzenden Saenger sagte der Zeuge, in einer Sondergerichtsverhandlung zu Berlin sei darüber gesprochen worden, daß man an Barmat heran könne, weil Barmat in guten Beziehungen zum Reichswirtschaftsministerium stehe. Dem Zeuge seien drei Fälle bekannt geworden, in denen Barmat Bestechungsversuche an Beamten unternommen habe. Durch Befragen wird dann festgestellt, daß die Butterhandelsvereinigung zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung mit Butter im Frühjahr gegründet wurde, es seien ihr laufend namhafte Beihilfen zur Verfügung gestellt worden, um die Lieferungen ausführen zu können. Akzente in deutscher Mark seien damals nicht abzusetzen gewesen. Es bestand damals in Händlerkreisen die Auffassung, daß Barmat bevorzugt worden sei. Man habe auch geglaubt, daß durch die Art der Kreditforderung durch das Reich der deutsche Handel benachteiligt werden solle.

Rummehr wird der Kassierer des sozialdemokratischen Parteivorstandes,

Landtagspräsident Bartels,

genommen, und zwar für die Behauptung, daß Barmat von seinen Geschäften mit dem Reich bestimmte

Beiträge an die SPD.

abgeführt habe.

Bartels: Ich habe die Kassengeschäfte der SPD vom November 1913 bis Ende 1923 geleitet und kann daher genaue Auskunft geben. Im Herbst 1924 — vor den Reichstagswahlen — ist uns durch Vermittlung des Abg. Heilmann ein Scheck über 20 000 M. von Herrn Barmat übergeben worden. Wir hatten keine Veranlassung, den Betrag zurückzugeben, da uns gesagt wurde, daß Barmat unserer Partei sympathisch gegenüberstehe. Vielleicht hat Barmat vorher unter Decknamen oder auf Sammellisten kleinere Beiträge gezahlt. Ich habe daraufhin die Parteikasse aus früheren Jahren nachgeprüft und gefunden, daß Barmat nur einmal einem Parteigenossen, der eine Auslandsreise machte, in Holland 50 bis 60 Gulden zur Weiterfahrt nach London leihweise gegeben hat. Dieser Betrag wurde bei uns gebucht, er ist bisher nicht zurückgezahlt worden. Vielleicht haben sich solche Fälle wiederholt, aber uns wurde davon nichts bekannt; es könnte auch nur in kleinerem Umlage geblieben sein.

Vors. Saenger: Können Sie die Frage beantworten, ob die SPD mit bestimmten Abgaben an den Warengeschäften Barmats beteiligt gewesen ist und daß solche Geschäfte nur abgeschlossen wurden, weil Barmat verpflichtet war, bestimmte

Beiträge an die SPD abzuführen?

Bartels: Diese Behauptung ist schon im vorigen Jahre vom Parteivorstand durch eine Erklärung als durchaus falsch zurückgewiesen worden.

Es ist ein statter Schwindel, daß die SPD jemals bei Barmat oder bei jemand anders an derartigen Geschäften beteiligt war.

Wenn das von dritter Seite vorgebracht worden wäre, so wäre das sofort zurückgewiesen worden. Franz Krüger soll 1920 eine ähnliche Abmachung getroffen haben, und wir haben darüber gesprochen. Es wurde aber festgestellt, daß Franz Krüger niemals eine solche Abmachung gemacht oder daß auf solche Weise Geld in die Parteikasse geflossen sei. Es wäre auch sofort zurückgewiesen worden. Es wäre natürlich denkbar gewesen, daß an örtliche Organisationen derartige Zahlungen geleistet worden sind. Ich habe mich deshalb mit dem Kassierer der Berliner Organisation, Pagels, in Verbindung gesetzt und festgestellt, daß auch hier keinerlei Zahlungen dieser Art gemacht wurden. Weder direkt noch indirekt jemals an die SPD. solche Zahlungen geleistet worden. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratische Partei derartige Abmachungen getroffen hat. In erster Veröffentlichung ist auch ein Herr Wucherpsennig genannt worden, der solche Zahlungen vermittelt haben soll. Ich habe niemals diesen Namen gehört, ob er der SPD jemals angehört hat, konnte ich nicht ermitteln. Er gehörte wahrscheinlich der SPD gar nicht an. Wie er dazu gekommen sein sollte, für unsere Partei Abmachungen zu treffen, ist mir ganz unverständlich.

Abg. Pfleger (Bayer. Pp.): Besteht die Möglichkeit, daß durch eine der vielen Gesellschaften der SPD Gelder zugeführt worden sind?

Bartels: Auch das ist ganz ausgeschlossen. Der Parteivorstand hat in keiner dieser Gesellschaften Beziehungen gehabt.

Abg. Pfleger: Ist es möglich, daß durch bestimmte Persönlichkeiten, die Herrn Barmat nahe standen, direkt oder indirekt derartige Zahlungen gemacht wurden? In diesem Zusammenhang sind doch die Namen Wels und Heilmann genannt worden.

Bartels: Es ist natürlich vorgekommen, daß nicht nur Wels, sondern auch andere Mitglieder des Parteivorstandes Beiträge an die Parteikasse überwiesen haben. Es ist aber ganz ausgeschlossen, daß irgend welche Vorbedingungen daran geknüpft wurden.

Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge wiederholt mit der größten Bestimmtheit, daß außer der bereits aufgeführten Zahlung vor der Wahl

keinerlei Zahlungen an die Kasse des Parteivorstandes geleistet worden sind. Vielleicht habe Barmat auf Sammellisten kleinere Beträge gezahlt, wie das in jeder Partei üblich ist. Anfang 1919, als von Barmat noch keine Rede gewesen sei, habe der Parteivorstand einen Aufruf für den Bahlsfonds erlassen. Damals hätten manche Leute erklärt, die der Partei nur sympathisch gegenüberstanden. Schließlich stellt Bartels fest, daß freiwillige Zahlungen an die Partei selbst in der schwierigsten wirtschaftlichen Zeit nur einen geringen Bruchteil der Gesamteinnahmen

ausgemacht hätten. Die finanzielle Kraft der Partei beruhe lediglich auf den regelmäßigen Beitragszahlungen ihrer

Mitglieder. Darauf beruhe das feste Fundament der Partei.

Rechtsanwalt Siegbert Coewy wird darüber vernommen, ob es richtig sei, daß er sich zu Rechtsanwalt Kube dahin geäußert habe, die SPD habe Zuwendungen von Barmat erhalten. Der Zeuge stellt das entschieden in Abrede. Er kenne Kube schon seit 20 Jahren, und es sei möglich, daß er einige scherzhafte Bemerkungen gemacht habe. Er könne niemals etwas derartiges gesagt haben. Ihm sei nichts davon bekannt, daß früher Barmat etwas an die Partei gezahlt habe, nur vor der Wahl im vorigen Jahre habe Barmat, dessen Rechtsbeistand er war, einen größeren Betrag auf eine Sammelliste gezahlt. Aber selbstverständlich ohne jede Voraussetzung. Er wisse nur einen Fall, in dem geschäftliche Dinge eine Rolle spielten. Das war nach dem Abbruch eines größeren Geschäfts mit Sachsen, wo Barmat einen größeren Betrag zur Errichtung eines Kinderheimes gezahlt habe. Bekannt sei dem Zeugen, daß Barmat der holländischen Sozialdemokratie ein großes Darlehen gegeben habe, und zwar zur Gründung der Zeitung „Vorwärts“ in Rotterdam.

Im Anschluß daran erklärt der Zeuge Bartels, daß Barmat an den Berliner „Vorwärts“ niemals eine Zuwendung gemacht hat.

Weder der Parteivorstand in seiner Gesamtheit noch eines seiner Mitglieder habe zugunsten Barmats irgendeine Aktion unternommen, die als Begünstigung ausgelegt werden könne. Der frühere Abgeordnete Bauer habe niemals dem Parteivorstand angehört. Auch auf dem Wege über die holländische Partei seien der deutschen Parteikasse niemals Gelder zugeführt worden.

Rächster Zeuge ist der

Kaufmann Pollwitz,

der 1919 in der Reichsstelle für Fette tätig war. Es habe damals außerordentlicher Mangel an Schmalz, Butter und Milch geherrscht. Da diese Sachen nur gegen Kassa verkauft wurden und Devisen knapp waren, war man bemüht, gegen Kredite die Ware zu erhalten. Selbst wenn die Preise etwas teurer waren, so mußte das doch hingenommen werden, um nur Lebensmittel heranschaffen zu können. Barmat sei ihm zugewiesen worden, und die mit ihm abgeschlossenen Kontrakte seien für das Reich sehr günstig gewesen. Er sei damals nach Holland gefahren worden, um für das Reich Lebensmittel einzukaufen. Bei dieser Gelegenheit habe er Barmat besucht und einen sehr günstigen Eindruck von ihm und seinem Geschäftsbetrieb erhalten. Später seien die Vertreter des Fachhandels gekommen und haben sich darüber beschwert, daß Barmat zu Butterlieferungen herangezogen werde, trotzdem er kein Fachmann sei. Als der Zeuge die Herren fragte, ob sie zu denselben Bedingungen wie Barmat liefern wollten, hätten sie verneint. Kein Mensch könne Butter auf Ziel verkaufen. Es sei dann zu Differenzen mit Barmat gekommen, weil er zu langsam geliefert habe. Barmat habe sich darüber beschwert, daß er auch bei sinkendem Goldkurs noch zu den alten Marktpreisen liefern solle. Ueber die Empfehlungen für Barmat konnte der Zeuge aus persönlicher Kenntnis nichts sagen, auf jeden Fall lag bei ihm die Entscheidung über den Abschluß der Geschäfte. In der Diktatorzeit sei damals ganz falsch über diese Vorgänge berichtet worden. Man habe das Bestreben gehabt, überhaupt nicht Beiträge auf Ziel abzuschließen, um auch von anderer Seite sechs Monate Kredit zu erhalten. In einem von Barmat im Zentralhotel veranstalteten Essen hat der Zeuge mit Genehmigung der Borgeleiter teilgenommen. Heute habe er den Eindruck, daß Barmat mit den Akzepten des Reichs Kursgewinne erzielen wollte.

Staatssekretär Peters,

der unter dem Reichswirtschaftsminister Schmidt die Ernährungsfragen geleitet hat, kann aus eigenem Wissen nichts über Barmat sagen. Es hätten damals besonders die alten Beamten über den diktorischen Einfluß gewacht, der Herr habe aber die Relation aber für richtig gehalten. Er habe niemals den Eindruck gehabt, daß Minister Schmidt sich irgendwie in seinen Entscheidungen habe beeinflussen lassen.

Ministerialrat Freiherr v. Massenbach

vom Reichswirtschaftsministerium habe mit Barmat nichts zu tun. Er halte es als seine Pflicht, als alter Beamter festzustellen, daß Minister Schmidt in keiner Weise beeinflusst worden sei. Er habe eine feste Gewissenshaftigkeit an den Tag gelegt. Er habe Veranlassung gehabt, dem Minister kein rückhaltloses Vertrauen entgegenzubringen. Er halte sich verpflichtet, diesen Eindruck, den er als alter Beamter vor der Tätigkeit Robert Schmidts gehabt habe, dem Ausschuss mitzuteilen.

Abg. Ludwig:

Seit dem 1. Januar 1923 seien die Bücher des Parteivorstandes unter seiner Aufsicht geführt worden.

Vors. Ist Ihnen bekannt, daß Barmat Geldbeträge an die Sozialdemokratische Partei gegeben hat, die in Verbindung mit seinen Geschäften bestanden haben, und waren sozialdemokratische Führer daran beteiligt?

Ludwig: Mir ist nicht ein einziger solcher Fall bekannt. Den Betrag von 20 000 Mark, den Barmat zu der Wahl im Jahre 1924 gegeben hat, habe ich durch die Bücher laufen lassen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß etwaige Zuwendungen, die Barmat an Kreisorganisationen gemacht hat, irgendwie im Zusammenhang mit jenen Geschäften standen.

Vors.: Welche der Betrag von 20 000 Mark Sozialdemokratischen Partei aus?

Ludwig: Es handelt sich hierbei um einen winzigen Prozentsatz. Für die Wahl sind insgesamt 1 200 000 Mark eingegangen, und auch das ist nur ein Teil der Gesamteinnahmen der Partei. Auf einige Fragen des Abg. Pfleger erklärt der Zeuge, daß ihm nur aus der Presse bekanntgeworden sei, daß Barmat nach einem Geschäft mit Sachsen einen größeren Betrag für ein Kinderheim gestiftet habe. Es sei ganz ausgeschlossen, daß jemals eine Zuwendung an den „Vorwärts“ gelangt sei. Abg. Bruhn macht hier den Versuch, eine Zwischenfrage in den Ausführungen des Zeugen festzustellen. Abg. Pfleger wiederholt die Fragen und stellt fest, daß der Zeuge ganz eindeutig bejaht habe, daß keinerlei Zuwendungen an die Partei erfolgt seien, die mit den Geschäften Barmats in Verbindung gestanden hätten. Abg. Aufhäuser vermahnt sich dagegen, daß der Abg. Bruhn es wiederholt versuche, den Aussagen des Zeugen bestimmte Tendenzen unterzulegen. Der Ausschuss habe nur die Zeugen zu vernehmen, Werturteile könnten die einzelnen Mitglieder nicht daran knüpfen.

Der Zeuge Pflischow wird noch einmal über den Eindruck gefragt, den Barmat auf ihn gemacht habe. Barmat habe in den Unterhaltungen wiederholt die Ansicht geäußert, daß Deutschland wieder hoch kommen werde, an eine weitere Verschlechterung der deutschen Baluta habe er damals nicht geglaubt. Bei der Bearbeitung der Kontrakte mit Barmat sei ihm die optimistische Auffassung von Barmat aufgefallen, und so sei es zu erklären, daß sie häufig Abschlüsse zu ihren Ungunsten gezeichnet hätten, um deren Abänderung oder Aufhebung sie dann erzielten.

Abg. Robert Schmidt:

Ich war vom 31. Oktober 1918 bis zum Februar 1919 im Reichsernährungsministerium und führte es dann bis zum 15. Juni 1919. Nach der Zusammenlegung mit dem Reichswirtschaftsministerium habe ich dieses dann bis zum 25. Juni 1920 geleitet. Ich war weiter Reichswirtschaftsminister vom 10. Mai 1921 bis 22. November 1922 und habe das Wiederbauministerium vom 18. August bis 3. November 1923 geführt. Als ich in das Reichsernährungsministerium berufen wurde, befand sich Deutschland in einer furchtbaren Ernährungsfrage. Es mußte versucht werden, alles hereinzubekommen, was nur erreichbar war. Nach Beendigung des Waffenstillstandes hatten wir die neun Monate lange Blockade. Mit Zustimmung der Entente durften über neutrale Staaten Nahrungsmittel eingeführt werden, für die Einfuhr von Getreide mußte eine Milliarde in Gold bereitgestellt werden. Außerordentlich schwierig war die Einfuhr der Lebensmittel, besonders von Fleisch, Speck, Milch usw. Wir waren gezwungen, jedes Angebot aus dem Ausland anzunehmen, weil im Inlande nichts aufzutreiben war. Es wurde unter diesen Verhältnissen auch manches von solchen Leuten angenommen, die nicht ganz einwandfrei waren. Um mich burschikos auszudrücken, so wurde damals geschoben, was das Zeug hielt. Die Militärverwaltung hatte eine eigene Organisation für die Lebensmittelbeschaffung; wir mußten beide Augen dazu zudrücken. Unglaubliche Verhältnisse herrschten an den Grenzen. Hunderte und Tausende von Geschäftsleuten waren in das neutrale Ausland gegangen, so daß uns von Holland und Dänemark erkärt wurde,

die Ausfuhr würde überhaupt gesperrt werden, wenn wir sie nicht von diesen Elementen befreiten.

Die Preise gingen unausgesetzt in die Höhe, der Markt war beengt. Wir waren genötigt, den ausländischen Handel heranzuziehen, um Ware zu bekommen. Wir versuchten, direkt mit Amerika in Verbindung zu treten. Das gelang uns nicht. Wir bekamen für unsere Vertreter weder dahin noch nach England Einreiseerlaubnis. Es traten viele faule Geschäftsleute auf, die versuchten, erst Geschäftsabschlüsse in Speid usw. abzuschließen und dann die Ware hereinzuholen. Dazu kam die Schwierigkeit, daß wir keine Kredite im Ausland hatten. Bald setzten die Beschwerden des inländischen Handels und sonstiger Leute ein, die sich zurückgezogen fühlten. Alle diese Beschwerden wurden geprüft, oft habe ich diese Beschwerdeführer persönlich empfangen und sie in der Regel an die beteiligten Reichsstellen verwiesen. Es ist möglich, daß ich manchen dieser Leute, um sie loszuwerden, sagen mußte, ihre Bünde würden berücksichtigt werden. Dazu erschienen täglich vier, fünf und noch mehr

Ausschüsse aus dem Lande, die darüber klagten, daß sie keine Lebensmittel geliefert bekämen.

Zu alledem kamen Beschwerden über bürokratische Abwicklung der Geschäfte bei den Reichsstellen. Angebote seien wochenlang unerledigt liegen gelassen worden. Um diesen berechtigten Beschwerden abzuhelfen, setzte dann die Regierung den sogenannten diktatorischen Ausschuss ein, der über alle Reichsstellen zu verfügen hatte und nach dessen Anweisungen diese arbeiten mußten. Mit Direktor Britschow, der an leitender Stelle des diktatorischen Ausschusses stand, hatten wir die besten Erfahrungen gemacht.

Barmat hatte damals schon Lebensmittel eingeführt. Wie ich glaube, soll er sich dabei den Weisungen der holländischen Regierung für die Ausfuhr entzogen haben. Er kam dann auf die schwarze Händlerliste Englands. Die deutschsprachige Presse hat diese Tatsache noch mit Feitdruck hervorgehoben. Das konnte aber noch den damaligen Verhältnissen keine Befreiung für ihn bedeuten. Von meinem Standpunkt aus diene ihm das als Empfehlung. Barmat war zwei- bis dreimal bei mir. Er wandte sich mit Beschwerden an mich, daß er beim Abschluß von Lieferungen zurückgesetzt worden sei. Ich nahm Veranlassung, seine Beschwerden prüfen zu lassen; er hatte Empfehlungen von Holland, er war mir von anderen Seiten als vertrauenswürdigem Geschäftsmann empfohlen worden. Er hat später noch wiederholt versucht, zu mir zu kommen; ich habe ihn aber nicht wieder vorgelesen, weil keine auferlegte Art, keine Geschäfte vorzusetzen, mir nicht gefiel, und weil ich auch nicht die Möglichkeit hatte, in die einzelnen Geschäfte einzugreifen.

Wie vorichtig ich bei solchen Besuchen war, geht daraus hervor, daß ich meinen Sekretär, Ministerialrat Stauchinger, stets bei mir hatte, hinter Barmat herzugehen, damit er nicht in die Lage komme, bei den Reichsstellen zu sagen, der Minister habe ihm irgendwelche Zusagen gemacht. Das gleiche Mistrauen hatte ich allerdings auch gegen andere Geschäftsleute, auch gegen solche, die nicht meine Parteigenossen waren. Ich hatte keine Veranlassung, Barmat von vornherein von den Geschäften mit dem Reich zurückzuweisen. Am 27. Oktober 1919 gab die Amsterdamer Handelskammer die Auskunft, daß Julius Barmat sein Geschäft im Jahre 1908 gegründet habe; am 25. Juli 1916 sei es an die erweiterte Gesellschaft Amegima übergegangen. Die Firma stehe im guten Ruf und ihre Erklärungen könne voller Glauben geschenkt werden. Eine andere Auskunft der Commerc. und Disconto-Bank vom 28. Juli 1919 besagte, daß Barmat bei ihr ein größeres Guthaben unterhalte und daß er alle eingegangenen Geschäftsverbindungen glatt abwidle. Er sei ein sehr gewandter und zuverlässiger Kaufmann; eine Geschäftsverbindung sei nur zu empfehlen. Die Amsterdamer Filiale der Bank für Handel und Industrie gab am 17. März 1919 die Auskunft, daß der Ruf von Barmat von besonderem Wert sei. Man solle ihm, wenn er Auskunft haben wolle, zur Hand gehen und man solle schon jetzt dafür besonderen Dank. Das bekannte Bankhaus Mendelsohn u. Co. in Amsterdam gab am 28. November 1920

die Auskunft, daß die Barmatische Export- und Importgesellschaft einen größeren Umfang habe und sehr lösungsfähig sei. Sie habe in Amerika große Zahlungen stets aus eigenen Mitteln und prompt geleistet; die Firma sei durchaus vertrauenswürdig. Daneben kamen sehr günstige Referenzen von Parteigenossen aus Belgien und Holland, die ich nicht verlesen will, weil Bedenken laut werden könnten, als ob sie nicht objektiv seien. Wir hatten also keinen Anlaß, Barmat für unzuverlässig zu halten. Nun wurde in den Angriffen der Presse gegen Barmat behauptet, er sei in holländischen Händlerkreisen als unzuverlässig bekannt. In den Akten habe ich darüber ein

anonymes Schreiben

gefunden, das bei der Lübecker Handelskammer eingegangen war. Es war von dieser an das Ministerium gesandt und um Auskunft gebeten worden. Die Bochumer Handelskammer hat gleichfalls einen anonymen Brief zu den Akten gegeben, aber nicht veranlaßt, daß die Presseangriffe, die sich darauf stützten, ein-

Konsumgenossenschaftsmitglieder! Parteigenossen! Morgen

Sonntag, 15. März, von vormittags 9 bis mittags 1 Uhr Konsumgenossenschafts-Vertreterwahlen

Jedes Mitglied der Genossenschaft erscheine rechtzeitig im Wahllokal seiner Verkaufsstelle und gebe seine Stimme ab für die Liste **Genossenschaftsaufbau**

Als Legitimation gilt das Genossenschafts-Mitgliedsbuch. Die Parteigenossen werden um Mithilfe bei den Wahlarbeiten ersucht. **Wahlzeiten: Sonntag früh 9 Uhr bei dem Vertrauensmann der Liste Genossenschaftsaufbau im Wahllokal. Das Wahllokal jedes Wahlbezirks ist in der Verkaufsstelle durch Anschlag bekanntgegeben.**

Der Ausschuss der Fraktion Genossenschaftsaufbau (SPD.)

gestellt wurden. Dieses Verfahren der Bochumer Handelskammer finde ich ungeheuerlich. Wochen- und monatelang gehen jetzt schon die lächerlichen Behauptungen durch die deutschsprachige Presse, die dieses anonyme Schreiben der Bochumer Handelskammer zur Grundlage haben.

Diese findet aber nicht den Ehrbegriff, um der Offenlichkeit zu sagen, daß sie keinerlei Material besitzt.

Ich halte es für notwendig, das hier festzustellen. Wodurch sind die ungünstigen Urteile über Barmat hervorgerufen worden? Zunächst dadurch, daß Barmat aus kleinen Anfängen hervorgegangen ist. Ich halte das für kein Verbrechen, wenn ich auch nicht weiß, ob das immer mit einwandfreien Mitteln geschehen ist. Ein anderer Teil der Angriffe rührt aus dem Verhalten Barmats während des Streiks der Hafenarbeiter in Rotterdam im Frühjahr 1920 her. Barmat hatte für die Arbeiter namhafte Beträge gegeben. Als die Sache bekannt wurde, wollten die holländischen Handelsleute mit einem Manne, der sich einer solchen Tat schuldig gemacht hatte, nichts zu tun haben. Noch eine andere Tatsache stand damit in Verbindung, die mich günstig für Barmat stimmt. Wir hatten im Rotterdamer Hafen sehr große Warenmengen liegen, die etwa eine Milliarde Mark ausmachten. Es befanden sich nur wenige Lieferungen von Barmat darunter, meist gehörten sie anderen Firmen, die wir benötigt waren, abzunehmen. Wir kamen auf die Idee, eine Arbeiterabordnung nach Rotterdam zu schicken, damit die Streikenden unsere Waren herausliehen.

Wir befanden uns damals in großer Bedrängnis; es war eine furchterliche Situation für uns, auch in politischer Beziehung.

Unsere Vertreter in Holland, auch die deutsche Gesandtschaft in Haag, vertreten den Standpunkt, daß ein Vermittlungsversuch gar keinen Zweck habe, da der Streik schon in zwei Tagen zu Ende sein würde. Die Gesandtschaft hatte keine Ahnung von diesen Dingen, insbesondere von solchen, die mit Arbeitern in Verbindung standen. Die Aussage des Gesandten u. Rollen vor diesem Ausschuss war charakteristisch für die Zustände, die damals in der Deutschen Gesandtschaft in Haag herrschten. Geradezu leichfertig war das Verhalten der Gesandtschaft in jenen Tagen. Damals konnte ich damit nicht vor die Öffentlichkeit treten, heute aber muß ich das feststellen.

Der Zeuge verliest das Protokoll über die Verhandlungen, die von den deutschen und holländischen Parteigenossen wegen des Abtransports der deutschen Waren aus dem Rotterdamer Hafen geführt wurden. Schon in der zweiten Streikwoche ist der deutschen Gesandtschaft mitgeteilt worden, daß die leichtverderblichen Waren übergeführt werden konnten. Es ist jedoch nichts geschehen. Es wurden falsche Berichte nach Deutschland gegeben. Durch ihre Schuld ist die Beförderung der Lebensmittel verzögert worden. Barmat hat uns bei dieser Gelegenheit einen großen Dienst geleistet. Es wäre daher ungerochtfertigt gewesen, den Mann hinauszumerren.

Es ist erklärlich, daß Barmat über die schlechte Auskunft, die von der deutschen Gesandtschaft in Haag über ihn gegeben worden ist, unterrichtet war. Er konnte mit Recht darüber beschweren, daß die Gesandtschaft behauptet hatte, es gäbe keine Stelle in Amsterdam, die ihn kenne. Barmat hat dann ein Schreiben an den Minister Hermes gerichtet und in ihm dargelegt, daß die holländischen Auskunfterien ihm übereinstimmend gesagt hätten, sie hätten schlechte Zustände über ihn nicht erteilt. Meine Stellung Barmat gegenüber war nicht anders als die zu anderen Geschäftsleuten. Seine Offerten waren zu prüfen, er durfte nicht abgemietet werden, weil er Sozialdemokrat war. Das ist ja auch schon durch die Revisionskommission festgestellt worden, die auf Antrag der Nationalver-

sammlung eingesetzt wurde. Diese Kommission bestand aus Vertretern des Reichstages, des Reichsrates, der Ministerien und des Reichswirtschaftsrates.

Ihm gehörten u. a. die Abgeordneten Schiele und Emminger an. Diese Kommission hat die Geschäftsführung der Reichsstellen bis in alle Einzelheiten geprüft. Es lagen 40 schriftliche Beschwerden und 32 Zeitungsartikel vor. Ich bin nie hinzugezogen worden, weil nichts in Frage kam, was mich betraf. Damals ist schon in der Presse über Barmat geschrieben worden. Das Protokoll der Kommission enthält aber über Barmat nicht ein Wort. Es ist doch geradezu auffällig, daß keiner der dabei beteiligten Herren auf Barmat gekommen ist. Die eingehende Untersuchung, die sich auf die Reichs-, Reichsfleisch- und Reichsgetreidestelle bezog, hat nichts ergeben, was auf Barmat Bezug hätte.

Es sind in der Offenlichkeit eine Reihe von Dingen erwähnt worden, die nicht ganz einwandfrei waren. Es ist doch aber ganz selbstverständlich, daß in einem Betriebe, dessen Umsatz in die Milliarden geht, gewisse Fehlgriffe passieren. Nur ein Start kann daraus dem Betrieb einen Vorwurf machen. Aber gerade über die Geschäftsführung des Herrn Schwann, der im Preussischen Ausschuss eine Rolle gespielt hat, ergibt das Protokoll sehr unangenehme Tatsachen. Bei dem Abschluß eines Geschäftes hat er große Beträge für das Reich veranlaßt. Es lag damals nahe, ihn dafür haftpflichtig zu machen. Um die Standardpresse mit Stoff zu füttern, braucht man nur das Protokoll zu nehmen. Herr Bruhn könnte seine „Wahrheit“ ein Vierteljahr lang damit verbringen. Wohin sollen wir kommen, wenn ich mich nach solchen eingehenden Revisionen immer wieder damit beschäftigen soll? Herr Bruhn hat dann eine Sache vorgebracht, monach ich die Anweisung zur Annullierung eines Geschäftes gegeben haben soll. Ich habe das Aktenzeichen nachgesehen. Die Sache hat mir vorgelegen. Aber es bestand lediglich der Wunsch der betreffenden Reichsstelle, daß ich die Genehmigung zur Annullierung gebe. Wie in allen anderen ähnlichen Fällen habe ich selbstverständlich dann die Genehmigung erteilt. An anderer Stelle ist gesagt worden, entgegen den Wünschen der Reichsstelle hätte ich gebeten, einen Vertrag mit Barmat abzuschließen. Der Zeuge verliest einen Brief, den Britschow am 29. Oktober 1920 an die Reichsstelle gerichtet hat und in dem er erklärt, daß Minister Schmidt lediglich ersucht habe, die Geschäfte mit der Amegima in kaufmännischer und durchaus unbefangener Weise zu behandeln. In einem anderen Briefe von Britschow, der damals an Barmat gerichtet worden ist, heißt es, daß die Reichsstellen auf die Erfüllung eines Vertrages keinen Wert legen; sie seien bereit, der Annullierung zuzustimmen, wenn das Wirtschaftsministerium damit einverstanden sei. Wenn eine Reichsstelle ihre Zustimmung gegeben hätte, so konnte ich keine Gegenrede geben. Jeder ansässige Kaufmann hätte so verfügt, daß, wenn bei den damaligen Verhältnissen ein Lieferant erkrankt wäre, er ihn davon befreit hätte. Barmat hatte ja juristisch ein Recht, das zu verlangen. Das Reichsgericht hat später in der gleichen Weise beschloffen.

Unter keinen Umständen sind Geschäfte abgeschlossen worden, mit denen irgendwie die Sozialdemokratische Partei in Zusammenhang zu bringen wäre. Ich hätte denjenigen, der ein solches Ansuchen an mich gestellt hätte, Hals über Kopf hinausgeworfen.

Ich hätte mich gehütet, in dem Kreise alter Bekannten, von denen ich umgeben war, etwas Derartiges zu unternehmen, ganz abgesehen davon, daß dies gegen mein Empfinden gewesen wäre. Schließlich erkläre ich noch, daß ich weder bei Barmat noch bei irgendeiner seiner Banken ein Konto besaß, daß ich keinerlei Zurechnung von ihm erhalten, daß ich jeden persönlichen Verkehr mit ihm vermieden habe, weil ich grundsätzlich mit Leuten, die an die Reichsstellen lieferten, nicht in Verbindung stehen wollte. Die fortgesetzte Behauptung des Lügenblattes „Der Tag“, daß ich im Hotel Bristol mit Barmat verkehrt habe, ist eine Verleumdung. Ich habe mich niemals weder im Hotel Bristol noch an einer anderen Stelle mit Barmat getroffen. Mein Verhalten war stets so, daß ich es vor meinem Gewissen, vor meiner Partei und vor meiner Stellung verantworten konnte. Mein Knie ist mir außerordentlich bitter geworden. In den Jahren meiner Tätigkeit habe ich mir kaum 14 Tage Ferien nehmen können. Wenn ich am Schluß einer solchen Tätigkeit dauernden Verleumdungen ausgefetzt bin, so werden Sie verstehen, daß ich das Bedürfnis habe, die Dinge endlich klarzustellen.

Abg. Bruhn fragt den Zeugen, wie er das mit der Bemerkung des Standesblattes, die „Wahrheit“ gemeint habe. Schmidt erwidert, daß er über subjektive Empfindungen keine Mitteilungen machen kann. Bruhn erklärt dann schließlich ausdrücklich, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den Abg. Schmidt persönlich zu verächtigen.

Die Sitzung wird um 1/9 Uhr auf Sonnabend vormittag 10 Uhr vertagt.

PETERS-UNION
Fahrrad-Reifen
 Höchste Qualität daher preiswert

Sie erinnern sich

der glänzenden Erfahrungen, die Sie mit unserem VIM anlässlich der großen Gratisverteilung machten. Jede Hausfrau, die einmal den Versuch gemacht hat, bleibt ständige Freundin unseres einzigartigen Universal-Putz- und Scheuermittels!

VIM

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G.

Swiss-Jersey-Union

Neue Kleiderstoffe

Cheviot doppelbreit, reine Wolle	1.95
Popeline doppelbreit, reine Wolle	2.95
Krepp ca. 100 cm br., neuere Farben	4.90
Gabardine 120 cm breit, reine Wolle	5.90
Rips reine Wolle, für elegante Kostüme	8.90
Ottoman 120 cm br., für Kostüme und Mäntel	12.50
Mouliné-Rips 120 cm breit, für Mäntel und Kostüme, Mtr.	11.50
Burbury 140 cm breit, schwere Kostüm- u. Mantelware, Mtr.	14.50
Kammgarn Twill, schwere Kostümware	4.90
Gabardine gestreift, für Kostüme, 120 cm breit	5.90
Rockstoffe 105 cm breit, moderne Karos und Streifen	2.45
Bunte Stoffe für Kasacks (Hamagá) u.	2.45
Kammgarn-Twill 100 cm breit, Nadelstreifen	3.95
Alpaka ca. 100 cm breit, alle Modifarben	6.90
Reinwoll. Schotten aparte Stellungen	4.90
Noppenstoffe 120 cm br., für Kostüme und Mäntel, 4.90	3.75

Großer Seiden-Verkauf

Helvelia-Seide ca. 55 cm breit	3.45
Japon-Seide ca. 90 cm breit, viele Farben, Mtr.	3.75
Eolienne Wolle u. Seide, ca. 100 cm br., viele Farben, Mtr.	6.75
Crépe de Chine ca. 100 cm br., viele Farben, Mtr.	5.90
Paillette reine Seide, groß, Farbentöne	2.90
Crépe Marocain Wolle mit Seide	7.80
Paillette doppelbreit, gute Kleiderware	5.90
Taffel doppelbreit, halbhare Qualität	6.50
Satin große Farbentöne	1.45
Seidensatin in schönen Farben	1.95
Crépe Marocain 100 cm br., f. Kasacke Mtr.	6.90
Ottoman für Hute und Besatzstücke	2.90
Kaschmirseide 100 cm br., aparte Farb.	9.75
Kunstseiden-Trikot ca. 140 cm breit	3.95
Fullerserge 140 cm breit schwarz und farbig	2.75
Damast Jackett u. Mantel-Futter, 140 cm breit, Mtr.	3.95

Neue Waschstoffe

Crepon neue Farben . Mtr.	78 Pl.
Zephir für Sportkleider und Binnens	75 Pl.
Perkal für Blusen u. Oberhemden	85 Pl.
Waschmousseline hohe Muster . Mtr.	1.40, 1.25
Krepp seersierige Druckmuster für sing. Kasacke	Mtr. 1.95
Frotté ca. 100 cm breit, neue Streifen u. Karos, Mtr.	2.25, 1.85
Vollvoile bedruckt, schöne Muster	1.95
Vollvoile ca. 120 cm, Schweizer Qual., Mtr.	1.95
Kleiderripps in allen Farben	Mtr. 2.25
Panama weik, für Sportkleider und Binnens	Mtr. 1.45
Foulardine 100 cm breit, in neuesten Mustern	Mtr. 2.75
Woll-Mousseline solide Muster	Mtr. 2.75
Woll-Mousseline elegante Druckmuster Mtr.	4.00
Crépe Marocain bedruckt ca. 100 cm breit	Mtr. 1.95
Woll-Krepp doppelbreit, bedruckt für sing. Kasacke, Mtr.	5.90
Kleider-Crépe mit Kunstseide, aparte Frühl. ahrenscheit.	4.50

Futterstoffe

Jaconet grau und schwarz Mtr. 60 Pl.
Köper grau und schwarz Mtr. 98 Pl.

Damen-Konfektion

Kleider	Kostüme	Mäntel
Cheviot-Kleider reine Wolle	Sport-Kostüme aus gutem Denagel 24.00	Tuch-Mäntel Jugendl. u. Frauenf. 20.50
Gabard.-Kleider feine Verarbeitung 22.50	Kostüme aus rotwolligem Cheviot	Gabard.-Mäntel alle Frühjahrsfarben 30.50
Rips-Kleider neueste Fassons	Gabard.-Kostüme gute Verarbeitung 40.00	Rips-Mäntel feine Formen
Frauenkleider gute Wolle u. Tress-Garn 20.50	Frauen-Kostüme Twill u. Gabardine 58.00	Burbury-Mäntel weigehalten
Außergewöhnliches Angebot: Kunstseid. Kasacks in allen Farben 8.75, 5.50, 3.75		

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149 Berlin-Nordosten Landsberger Allee 29 Berlin-Moabit Turmstr. Ecke Oststr.

Von Freitag, den 13. März bis Donnerstag, den 19. März

6 billige Verkaufstage

Günstige Kaufgelegenheit

3 Serien Taschentücher gedr. blickt und angestrichelt mit u. ohne Hobbeaum 32 Pl., 22 Pl.

18 Pl.

<p>Künstler-Gardine dreiteilig, Etamine mit Velant 525</p> <p>Damen-Kleider feine Formen, in seidnen Stoffen 3.95</p> <p>Damen-Kleider in Cheviot, diverse Farben 4.95</p> <p>Damen-Kleider in reinwoll. Chev. neue Form 8.75</p> <p>Damen-Kleider in reinwoll. gestreiften Stoffen 13.75</p> <p>Damen-Sportjacken in dunkl. streifen Stoffen 7.90</p> <p>Damen-Mäntel aus covercoat ähnlichen Stoffen 16.75</p> <p>Damen-Mäntel aus Covercoat schwarze Ware 22.75</p> <p>Damen-Mäntel aus gewaschenem Covercoat 3.95</p> <p>Damen-Hüte kleine Glocke, Knasteride 6.95</p> <p>Kleiner Hut kunstvoller Rips mit Strorborte 7.95</p> <p>Liserethut mit Band garniert 7.95</p> <p>Fescher Hut Kopf aus Plott-Schleierband, Band und Schleiße 10.95</p> <p>Liserethut mit breitem Band und Binnens 12.50</p> <p>Flotte Glocke mit Band und Binnens 7.95</p> <p style="font-size: 0.8em;">gediegene engl. Tüllgewebe Bettdecke über 2 Betten</p>	<p>Haarfilz-Hüte f. Herren, moderne Formen u. Farben 5.95</p> <p>Wollfilz-Hüte f. Herren, moderne Formen u. Farben 3.95</p> <p>Farb. Oberhemden 3 Serie 5.95</p> <p>Oberhemd-Ersatz m. Kragen weisse und farbige 28 Pl.</p> <p>Damen-Taghemd mit breiter Spitze 1.20</p> <p>Damen-Taghemd mit Träger 1.65</p> <p>Damen-Beinkleid m. Lang u. Hobbeaum 1.50</p> <p>Damen-Nachthemd marb. ocker 3.95</p> <p style="font-size: 1.2em; font-weight: bold;">38 Pl.</p> <p>mit bunter Kante, feines großes Herr.-Taschentuch</p>	<p>Herr.-Norma.-Hemden 2.45</p> <p>Barchenthemden für Männer gute Qualität 2.65</p> <p>Dam.-Schlüpfer Baumwoll. vrech. Farb. 95 Pl.</p> <p>Sportwesten für Herren und Damen 5.95</p> <p>Damen-Strümpfe seersierig lang Paar 48 Pl.</p> <p>Damen-Strümpfe seersierig lang Paar 95 Pl.</p> <p>Damen-Strümpfe seersierig lang Paar 95 Pl.</p> <p>Herren-Socken für Herren, halbhögig, gute Qualität 38 Pl.</p> <p>Schweißsocken für Herren, halbhögig, gute Qualität 95 Pl.</p> <p>Damen-Schürzen Wiener Form, gestreift u. glatt, 1.95</p> <p style="font-size: 1.2em; font-weight: bold;">48 Pl.</p> <p>Badial mit Hobbeaum u. feiner Kante Dam.-Taschentuch</p>
--	---	---

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestr. 70-71

Store, engl. Tüll
mehr halbhörs Gewebe

375

Veloutine für Blusen, Kasacke und weik un. or. Prote

Scheidemanns Vernehmung.

Die Verteidigung sucht abzulenken.

In der weiteren Vernehmung Scheidemanns fragt der Vorsitzende: Sie schreiben in Ihrem Buch, der Streik der Munitionsarbeiter war notwendig.

Scheidemann: Notwendig im Sinne von unvermeidlich. R. A. Dr. Martin: Sie haben diese Resolution des Parteiausschusses, deren Veröffentlichung von der Regierung verboten war, dann im Reichstag vorgelegt, um sie so in die Öffentlichkeit zu bringen.

Scheidemann: Jawohl, aber das spricht doch nicht gegen mich, sondern gegen die Bornleertheit der damaligen Regierung.

Staatsanwalt Dohmann: War die Partei damit einverstanden, daß die Forderungen der Streikenden durch einen Streik erzwungen werden sollten?

Scheidemann: Nein, sie sollten nur durch Verständigung erreicht werden.

Vors.: Kom die Streikfreiheit nach dem Verbot des Oberbefehlshabers in den Marken noch weiter zusammen?

Scheidemann: Bei allem Respekt vor behördlichen Anordnungen finden uns doch

höher als dieser törichte Befehl des Herrn v. Kessel, die Forderungen des Landes. Wir pfiffen lieber auf diese Befehle, als daß wir die Arbeiter allein herumwurschteln ließen.

Vors.: Ebert soll gesagt haben, der Witz ist für die Koh.

Scheidemann: Das war nicht der Fall. — Ein Beisitzer: Wäre der Streik nicht zusammengebrochen, wenn sich die sozialdemokratischen Führer nimmehr ferngehalten hätten?

Scheidemann: Nein, das größte Unglück wäre entstanden. Heute kann ich es ja ruhig sagen, die Leute planten damals Sabotageakte. Sie wollten die Elektrizitätsversorgung lahm legen. Das alles stand uns vor Augen. Als vaterlandsliebende Männer hätten wir also verbrecherisch gehandelt, wenn wir den Befehlen Kessels Folge geleistet hätten.

Nach Verlesung der parteiamtlichen Darstellung des Verlaufs des Munitionsarbeiterstreiks, die von Scheidemann selbst verfaßt war, wurden seitens der Verteidigung zahlreiche Fragen an den Zeugen gerichtet. Als Rechtsanwalt Dr. Martin u. a. zur Sprache brachte, daß Scheidemann während des Streiks in Moskau vorübergehend verhaftet worden sei, weil er mit Gewalt die Polizeiaufsperrung habe durchbrechen wollen, erklärte der Zeuge Scheidemann sehr erregt, daß es sich dabei um eine längst widerlegte Darstellung handele und daß es eine Niederträchtigkeit sei, derartige Behauptungen noch nach sieben Jahren von neuem aufzustellen.

Generalsstaatsanwalt Storb hat hierzu nach Möglichkeit beratende Fragen, die mit der ganzen Sache selbst nichts zu tun hätten, zu unterlassen. Auf die Frage der Staatsanwaltschaft, ob er als Redner zu den Streikenden für oder gegen den Streik gesprochen haben würde, erklärte der Zeuge, daß er auf alle Fälle versucht haben würde, einen beruhigenden Einfluß auf die Munitionsarbeiter auszuüben. Die weiteren Erörterungen drehten sich dann um die Streikforderungen und um die Frage, welche Forderungen sich die Wehrheitssozialisten zu eigen gemacht hätten.

Hierzu wurde dann ferner auch ein Flugblatt verlesen, das man schwerlich bei dem unabhängigen Reichstagsabgeordneten Dittmann gefunden hätte. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß Scheidemann in einer Rede im Reichstagsauschuß zum Verbot des „Vorwärts“ erklärt habe: „Wir drohen nicht, aber wir warnen!“, erwidert der Zeuge, es sei möglich, daß er das gesagt habe, es handele sich dabei aber um eine gebräuchliche parlamentarische Redewendung. Seitens der Verteidigung wurden dann auch weitere Reden Scheidemanns im Reichstagsauschuß zur Erörterung gebracht, u. a. eine, in der er von der Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit den streikenden Arbeitern Oesterreichs gesprochen haben soll und in der er zum „Vorwärts“ Verbot bemerkt hatte, die Aufhebung dieses Verbots müsse erfolgen, damit nicht die Arbeiterklasse auf den Gedanken komme, daß andere Mittel angewandt werden müßten, um dem Recht zum Siege zu verhelfen. — Scheidemann betonte demgegenüber, daß die Verletzung der Solidarität des deutschen mit dem österreichischen Proletariat geradezu notwendig geworden sei, nachdem diese Solidarität zwischen Wilhelm II. und Karl von Habsburg längst nicht mehr bestanden und der österreichische Außenminister Graf Czernin gegen Deutschland intrigiert habe.

Im übrigen sei es notwendig gewesen, die Regierung unter einen gewissen Druck zu stellen, denn

wäre die Regierung nicht so feige gewesen, so hätte man einen anständigen Frieden bekommen.

Am Schluß der Vormittagsstunde hielt die Verteidigung dem Zeugen dann noch den Brief vor, den der verstorbene Reichspräsident am 22. Juni 1919 an Scheidemann gerichtet und in dem er betont hatte, daß sie beide Schulter an Schulter gegen die Gewalttätigkeiten des alten Regimes gestanden hätten. Scheidemann erklärte hierzu, eine dieser Gewalttäten des alten Regimes sei bekanntlich der Versuch des Staatssekretärs des

Kuswärtigen, a. S. Jago, gewesen, dem ihm mißliebigen tüchtigen Diplomaten

Freiherrn v. Eckardt ein Landesverratsverfahren anzuhängen und ihn ins Irrenhaus zu bringen. Im übrigen habe sich das Original dieses Briefes, das im ersten Prozeß nicht vorhanden gewesen sei, jetzt unter anderen Schriftstücken befinden und könne beigebracht werden.

Nach Verlesung dieses Briefes trat eine zweistündige Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause beantragte die Staatsanwaltschaft die Ladung des Chefredakteurs Stämpfer vom „Vorwärts“

als Zeugen dafür, daß die Darstellung des Generals von Brisinger über die Haltung des „Vorwärts“ im Kriege auf ein Mißverständnis beruhe, ferner, für das damalige Verhältnis zwischen „Vorwärts“ und Parteivorstand, sowie für die Fragen, wer der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels vom 29. Januar 1918 sei. Dann wurde in der Vernehmung Scheidemanns fortgefahren.

Vors.: Sie haben heute vormittag in scharfer Form Werturteile über die frühere Regierung abgegeben. Ich nahm an, daß sich diese nicht auf bestimmte einzelne Persönlichkeiten dieser Regierung bezogen, sondern daß Sie die damaligen Maßnahmen bedauerten.

Scheidemann: Ich bin damit einverstanden. — Auf Befragen des Vorsitzenden schilderte der Zeuge dann, daß ihm die Haltung des verstorbenen Reichspräsidenten zur Frage der Landesverteidigung bekannt sei. Ebert hat sich sehr stark für den Eintritt der SPD in die Regierung des Prinzen Max von Baden eingesetzt. Ich war dagegen, weil wir mit unserem guten Namen nicht in diese Geschichte hineinzugehen brauchten. Aber Ebert drang mit seinem Standpunkt durch, daß gerade in diesem kritischen Augenblick die SPD in die Regierung müsse, um sich nicht später vorwerfen zu lassen, sie habe im Moment der Gefahr für das Land verlagert. Als Demokrat habe ich mich dann gefügt. Ebert wohnte damals einer Berichterstattung über die Lage an der Front bei. Ich weiß, daß er zerstreut und ganz aufgelöst zurückkam und schluchzend berichtete, daß die Lage trostlos sei, und daß man nun erst recht die Pflicht habe, der Regierung zu helfen.

Auf Befragen der Staatsanwaltschaft befuhrte Scheidemann weiter, daß alle zahlenmäßigen Angaben über die Entwicklung des Streiks auf reinen Schätzungen beruhten. Im übrigen hätten nicht nur Sozialdemokraten gestreikt, sondern auch Hirsch-Dunkerische und gelbe Gewerkschaftler, wie sich auch unter den Munitionsarbeitern Angehörige der verschiedensten Berufe befunden hätten, denen man mit der Bezeichnung „Landesverrat“ insgesamt ein bitteres Unrecht zufüge.

Zu längeren Auseinandersetzungen kam es dann zwischen der Verteidigung und dem Zeugen über die Frage des Verhältnisses zwischen dem Parteivorstand und dem „Vorwärts“.

R. A. Dr. Martin: Sie haben am 26. Februar 1918 im Reichstag erklärt, die Sozialdemokratische Partei sei mit der Haltung des „Vorwärts“ im Streik ganz einverstanden gewesen.

Scheidemann: Es handelte sich damals darum, die Redakteure Stämpfer und Kistner, gegen die ein Landesverratsverfahren schwebte, zu decken. Diese Rede würde ich auch heute noch halten.

Hierauf wurde der viel erörterte „Vorwärts“-Artikel vom 29. Januar 1918 „Die Forderungen der Arbeiter“ verlesen. Es wird darin u. a. belundet, daß das, was die streikenden Arbeiter

sehen Endes fast das ganze deutsche Volk wolle.

Die Arbeiter streikten in dem guten Glauben, mit ihren Forderungen dem Lande zu dienen. Sie verlangten die vorbehaltslose Sicherung der Regierung, dem Krieg alsbald ohne Annexion ein Ende bereiten zu wollen. Der Streik werde zu Ende sein, wenn die Wünsche der Volksmehrheit erfüllt seien. Bis dahin handele es sich darum, die Bewegung in geordnete Bahnen zu bringen, um sie einem nützlichen Ziele entgegen zu führen. Von den Arbeitern der Ententestaaten wird in dem Artikel Solidarität verlangt, ohne daß sie deshalb der Landesverteidigung ihrer Länder in den Rücken zu fallen brauchen, ebensowenig, wie das die Absicht der deutschen Rüstungsarbeiter sei. Es gehe letzten Endes um den Frieden der ganzen Welt.

Der Zeuge Scheidemann erklärte zu diesem „Vorwärts“-Artikel, daß er ihn, von einigen Wendungen abgesehen, für ein journalistisches Meisterstück halte und daß er auch die darin aufgestellten Forderungen bis auf einige wenige durchaus billige. Auf die Frage der Verteidigung, ob also die Partei mit der Haltung des „Vorwärts“ einverstanden gewesen sei, erklärte er, daß er nicht die Partei darstelle.

Vors.: Sie haben aber im Reichstag ausdrücklich betont, die Partei sei mit der Politik des „Vorwärts“ einverstanden.

Scheidemann: Das war eine der üblichen parlamentarischen Uebertreibungen.

Ein Zwischenfall.

Im Anschluß hieran kam es zu einem interessanten Zwischenfall. R. A. Dr. Martin richtet an den Zeugen Scheidemann die Frage: Ist es richtig, daß Sie im Oktober 1918 im Einverständnis mit der Partei und Herrn Ebert den Rücktritt des Kaisers gefordert und Ihr Verbleiben in der Regierung von der Erfüllung dieser Forderung abhängig gemacht haben?

Generalsstaatsanwalt Storb: Diese Frage hat mit dem Thema nichts zu tun, und ich bitte, diese Frage abzulehnen.

R. A. Dr. Martin: Die Forderung des Rücktritts des Kaisers mußte die Kampffähigkeit der Truppen auf das empfindlichste schädigen. Es handelt sich hier also nicht um Hochoerrat, sondern auch um Landesverrat.

Generalsstaatsanwalt: Aus den Erklärungen des Angeklagten, soweit er überhaupt in der Lage war, Erklärungen abzugeben, geht das aber nicht hervor.

R. A. Dr. Luelgebrune: Der Nachweis dieses Landesverrats wäre aber für die Beurteilung der erhobenen Vorwürfe sehr wichtig. Im übrigen hat der Angeklagte den Vorwurf des Landesverrats ganz allgemein erhoben, wie das ja auch aus dem ersten Urteil hervorgeht. Infolgedessen sind diese Vorwürfe nicht auf den Januarstreik beschränkt.

Nach weiteren rechtlichen Ausführungen dieses Verteidigers richtet schließlich der Vorsitzende an den Angeklagten Rothardt die Frage: Was wollen Sie denn nun behaupten?

Der Angeklagte erhebt sich zögernd, weiß aber nichts zu erklären und blickt sich schließlich hilflos nach seinen Verteidigern um, die aber abwinken. (Heiterkeit.)

Vors.: Sie brauchen sich nicht zu äußern, wenn Sie nicht wollen.

Angell. (leise): Rein.

R. A. Dr. Luelgebrune: Die Erklärung kann ja auch von der Verteidigung abgegeben werden.

Vors. (ungebürlich): Ich habe hier aber nicht die Verteidigung zu vernehmen, sondern den Angeklagten, er muß doch wohl wissen, worauf er seine Behauptungen stützt.

Generalsstaatsanwalt Storb: Die Verteidigung hat zu Beginn dieses Prozesses erklärt, es handle sich nicht um den Menschen, sondern um den Politiker Ebert. Wenn sich jetzt die Erörterungen auch auf alle diejenigen erstrecken sollen, die damals die Regierung gestützt und die Grundlagen gebildet haben für die jetzige Staatsform, dann würde sich also die Tendenz der Angriffe des Angeklagten gegen die jetzige Staatsform richten. Ich bitte doch dringend, die daraus eventuell entstehenden Folgen zu bedenken.

R. A. Dr. Luelgebrune: Der Herr Staatsanwalt droht uns also mit der Verweisung an den Staatsgerichtshof.

Vors.: „Drohen“ ist hier wohl nicht der richtige Ausdruck, Herr Rechtsanwalt.

Dr. Luelgebrune (sich verbessernd): Er hat uns also diesen Antrag warnend in Aussicht gestellt.

Scheidemann: Zweifellos waren diese Erörterungen von großem Interesse, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß Ebert der letzte wäre, der dafür in Betracht kam.

Darauf formulierte Dr. Martin noch einmal die betreffende Frage, worauf sich das Gericht zurückzog, um über die Zulassung der Frage zu beraten. Generalsstaatsanwalt Storb erklärte noch hierzu, daß er sich weitere Ausführungen zu dieser Frage vorbehalten müsse.

Rückzug der Verteidigung.

Nach ziemlich langer Beratung kehrte der Gerichtshof in den Saal zurück und der Vorsitzende teilte mit, daß die

Verteidigung zunächst um die Abgabe einer Erklärung gebeten habe. Darauf führte R. A. Dr. Luelgebrune aus:

„Die Verteidigung steht auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte den Vorwurf des Landesverrats gegen den Herrn Reichspräsidenten abstrakt erhoben hat, daß infolgedessen dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis nicht beschränkt werden dürfe, daß ihm nicht verwehrt werden darf, irgend einen Tatsachentatbestand hierfür durch seine Verteidiger aufzuführen zu lassen. Zur Aufklärung eines Mißverständnisses muß aber festgestellt werden, daß die vorher gestellte Frage durch eine Aufklärung des Zeugen Scheidemann veranlaßt worden ist. Die Verteidiger wollen aber diese Frage darauf beschränken, ob der Zeuge Scheidemann den Brief vom 21. Oktober 1918, den er in seinem Buche erwähnt hat, an den Prinzen Max von Baden geschrieben hat.“

Vors. zu Scheidemann: Sie waren damals Staatssekretär des Innern?

Scheidemann: Nein, ich war Staatssekretär ohne Portfeuille.

Vors.: Sie haben den Brief an Ihre vorgelegte Behörde, an den Reichsfanzler, geschrieben?

Scheidemann: Jawohl.

„Er“ im Urteil seiner Zeitgenossen

Die Bestätigung dieses Urteils durch unser Angebot:

- | | | |
|---|---|---|
| Herren-Halbschuh, moderne Form in hochfeiner Ausführung 10⁹⁰ | Brauner Herren-Halbschuh, echt Rindbox, eleganter Strahenschuh 13⁵⁰ | Herren-Halbschuh, la Boxkall, braun oder schwarz, Orig.-Good.-Welt, beste Ware 18⁵⁰ |
| Vornehmer Herren-Schnürstiefel, bewährt im Tragen, Orig.-Goodyear-Welt 12⁵⁰ | Brauner Herren-Schnürstiefel, echt Rindbox, Original-Goodyear-Welt 12⁵⁰ | Herren-Schnürstiefel, la Boxkall, beliebter Strahenschuh, Original-Goodyear-Welt 16⁵⁰ |
- Damen-Halbschuhe in Lack, schwarz, braun in reicher Auswahl
- Für das nasse Wetter Damen- und Herrenstiefel mit Zwischensohle



Mensch, ick verhafte Ihnen, wenn Sie mir noch mal auf meine Tack-Schuhe treten. Wissen Sie denn nicht: Conrad Tack-Schuhe sind deutsches National-Eigentum.

Tack & Co. AG. Burg

Ausschneiden! Dies ist Inserat Nr. 1 von einer Serie von 6 Inseraten, die in dieser Zeitung etwa 14 mal erscheinen werden. Jeder Einsender von mindestens 3 dieser Inserate ist berechtigt, an einem neuen Preiswettbewerb teilzunehmen, das gleichzeitig mit Inserat Nr. 6 und in dem neuen Heft unserer Conrad Tack-Diäter, die in unseren Filialen schon jetzt gratis zu haben sind, bekannt gegeben wird.

Aufbewahren!

SW, Friedrichstr. 240/41	W, Schillstraße 16	NW, Turmstraße 41	N, Brunnenstraße 37	N, Friedrichstraße 130	O, Andreasstraße 50	SO, Oranienstraße 2a
W, Potsdamer Straße 50	NW, Beusselstraße 29	NW, Wilsnacker Str. 22	N, Danziger Straße 1	N, Müllerstraße 3	O, Frankfurter Allee 22	SO, Wrangelstraße 49
						C, Spittelmarkt 15
						C, Rosenthaler Straße 14
						Neukölln, Bergstr. 30/31
						Potsdam, Brandenburger Str. 54 / Charlottenburg,
						Wilmersdorfer Str. 122/23

Vorj.: In den Akten befindet sich eine Genehmigung der Reichsregierung für Ihre Aussage, die sich aber anscheinend nur auf Ihre Tätigkeit als Präsident des Staatsministeriums, also auf Ihre Tätigkeit nach der Umwälzung erstreckt.

Scheidemann: Jawohl. Ich habe ja den dringenden Wunsch, hier anzufügen, aber die Genehmigung erstreckt sich nicht so weit.

Vorj.: Dann kann diese Frage heute nicht mehr beantwortet werden.

Dr. Cuelgebrune: Wir stellen dann unsere Frage zurück. Damit war dieser Zwischenfall erledigt.

R. A. Dr. Martin: Ist es richtig, daß der damalige Abgeordnete Ebert am 30. Juli 1914 mit einem Parteigenossen nach der Schweiz gereist ist?

Scheidemann: Ob es der 30. Juli war, weiß ich nicht, es war jedenfalls kurz vor Ausbruch des Krieges.

R. A. Dr. Martin: Ich möchte wissen, welchen Zweck diese Reise verfolgte?

Scheidemann: Das möchte ich auch wissen.

R. A. Dr. Martin: Ist es richtig, daß kurz vor Ausbruch des Krieges der Abgeordnete Müller-Franken nach Paris gefahren ist, um mit den dortigen Parteigenossen über die eventuelle Ablehnung der Kriegskredite zu verhandeln?

Scheidemann: Müller ist nach Paris gefahren, aber nicht, um über die Kriegskredite zu verhandeln, sondern um sich mit unseren französischen Freunden zu beraten, ob nicht irgendwelche Möglichkeiten zur Verhinderung des Krieges vorhanden seien, insbesondere sollte mit Jaurès verhandelt werden, der einen großen Einfluß auf die damalige französische Regierung hatte. Zu der Besprechung ist es aber nicht gekommen, da Jaurès kurz bevor Müller dort eintraf, ermordet wurde.

Hiermit war die Vernehmung des Zeugen Scheidemann vorläufig beendet. Der Zeuge wurde aber noch nicht endgültig entlassen, weil sich die Verteidigung noch weitere Fragen an ihn vorbehielt.

Als letzter Zeuge wurde dann der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei,

Reichskanzler a. D. Hermann Müller-Franken.

pernommen. Der Zeuge betonte einleitend, daß der verstorbene Reichspräsident stets rücksichtslos auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden habe.

Vorj.: Gab es dabei nicht gewisse Einschränkungen, und zwar vielleicht in der Art, daß die Partei oder Herr Ebert nur unter bestimmten Bedingungen sich zum Gedanken der Landesverteidigung bekann?

Zeuge: Nein, wir vertreten den Standpunkt, den auch Bebel in einer Reichstagsrede zur Rüstungsfrage einmal eingenommen hatte. Bebel hatte damals erklärt: „Wenn es jetzt um Weltkrieg kommt, dann geht es um Sein oder Nichtsein Deutschlands.“ Müller-Franken schilderte dann die Verhandlungen des Sozialdemokratischen Parteivorstandes mit den Vertrauensleuten. Der Vorstand sei zuerst der Auffassung gewesen, man lasse am besten die Hände weg von dieser Bewegung. Er habe aber schließlich den Drängen der Obleute nachgegeben. Der Zeuge erwähnte u. a. auch, daß er zusammen mit Hugo Haase als Redner in einer Versammlung der Streikenden im Kleinen Tiergarten in Roßbit bestimmt war, daß er aber infolge des Eingriffs der Polizei nicht mehr habe sprechen können.

Vorj.: Was wollten Sie denn dort den Streikenden sagen?

Zeuge: Soweit ich mich daran noch erinnern kann, wollte ich mich für bessere Ernährungsverhältnisse und für einen baldigen Frieden einsetzen.

Vorj.: Wären Sie auf die Berechtigung des Streiks eingegangen?

Zeuge: Das läßt sich heute beim besten Willen nicht mehr sagen, jedenfalls war die SPD gegen Massenstreiks. Weiter erklärt Müller-Franken, daß er eine Nichtbefolgung der Gefallensbefehle für Wahnsinn gehalten habe würde.

R. A. Dr. Martin: Sie haben die SPD auf der Berner Konferenz vertreten und dort u. a. ausgeführt: Der größte deutsche Massenstreik im Jahre 1918 wollte das Kriegsende herbeiführen, leider mußte er aber nach wenigen Tagen abgebrochen werden, weil die Stunde noch nicht gekommen war.

Zeuge: Ich habe schon in der ersten Instanz betont, daß dieser Bericht eine nicht zureichende Zusammenfassung meiner Rede darstellt. Ich halte es für ausgeschlossen, daß ich das gesagt habe. Uebrigens habe ich in der Zwischenzeit den betreffenden „Vorwärts“-Bericht mit angesehen und habe festgestellt, daß dieser Satz dort nicht enthalten ist.

Zum Schluß kam es noch zu längeren Erörterungen über das Verhältnis zwischen dem Parteivorstand und dem „Vorwärts“. Müller-Franken gab auf Befragen an, daß er selbst einmal als Senior im „Vorwärts“ tätig gewesen sei, weil der Oberbefehlshaber v. Reffel die Überprüfung der „Vorwärts“-Artikel verlangt habe, damit über bestimmte Dinge, wie über Lohnbewegungen in Rüstungsbetrieben nicht berichtet würde. Als Senior, so erklärte Müller, hätte ich so weitgehende Vollmachten, daß ich auch Artikel inhibieren konnte. Im übrigen war das Verhältnis zur Redaktion nicht so eng, daß sich aus einem „Vorwärts“-Artikel schließen ließ, daß nun auch der Vorstand damit einverstanden war. Beispielsweise hatte der „Vorwärts“ in dem Artikel vom 29. Januar 1918 sich die Forderungen der Streikenden viel mehr zu eigen gemacht, als dies bei der Parteileitung der Fall war.

Damit war die Vernehmung Müller-Frankens beendet und die Verhandlung wurde gegen 7 Uhr abends auf Sonnabend 9 1/2 Uhr vertagt.

Zeugenvernehmung im Tschekaprozess. Die Aussagen der Kriminalkommissare.

BS. Leipzig, den 13. März 1925.

Nach der Pause der Zeuge Koppndörfer in seinen Ausführungen auf ein Schreiben des Württembergischen Bezirksleiters der RPD, und auf die von dem Abgeordneten Biedl namens der Berliner Parteizentrale zehn Tage später ergangene Antwort zu sprechen kommt, werden nach einer Debatte zwischen dem Gericht und der Verteidigung diese beiden Schreiben verlesen. In dem ersten Schreiben wird u. a. Klage geführt,

daß sich deutsche Genossen zu schweren Zuchthausstrafen verurteilen lassen mußten, während sich die eigentlichen Drahtzieher schon längst wieder nach Rußland in Sicherheit gebracht haben.

Es wurde dann in die Vernehmung des Kriminalobertkommisars Schwaberer-Stuttgart eingetreten. Die Frage, ob das bei Wenz beschlagnahmte Paket versegelt gewesen sei, verneint der Zeuge. Seines Wissens hätten sich keine Siegel daran befunden. Dieses

Paket (es handelt sich dabei um das Paket mit den Bazillengiftern, Schriftstücken, falschen Pässen und Zetteln mit der Aufschrift „Bund der roten Kisten“) sei dann von Koppndörfer und ihm nach Stuttgart gebracht worden.

Es wurde dann Kriminalkommissar Heller-Berlin gehört, der den schwerverwundeten Kausch im ganzen fünfmal vernommen und am 5. Februar ein abschließendes Protokoll aufgenommen hatte. Der Zeuge gibt hierzu an, daß er die Ermittlungen persönlich geleitet habe. Als er zum erstenmal den Kausch, der ihm bis dahin unbekannt gewesen sei, im Lazaruskrankenhaus besuchte, habe er nur soviel aus ihm herausgehört, daß ein gewisser „Fritj“ und ein gewisser „Peters“ für die Tat in Frage kommen, und daß der letztere zwei Schüsse auf ihn abgegeben habe. Zwischen den beiden Schüssen habe „Peters“ gerufen: „So, du Mas, das ist für Potsdam.“

Vorj.: Kausch soll doch auch gesagt haben, daß die Tat wahr scheinlich von „Albert“ oder „Mayer“, wie er sich auch aus gegeben habe, ausgehe.

Zeuge: Ja, er sagte, daß „Albert“ dahinterstehe. Der Zeuge gibt weiter an, daß er etwa eine Viertelstunde bei dem Schwererwundenen geblieben sei, da die Vernehmung den Kranken doch sehr angegriffen habe. Der Zeuge schildert dann weiter wie er bei seinen Ermittlungen zuerst auf die Bezeichnung „Tscheka“ lief. Ihr sollte nämlich ein Russe namens Peters, gegen den sich nun der Verdacht, das Attentat auf Kausch verübt zu haben, richtete, angeboten haben. Das Bild dieses Mannes sei aber nicht das des Angeklagten Neumann, der sich auch dem Kausch gegenüber „Peters“ genannt habe. Auch bei späteren Vernehmungen habe Kausch bekundet, daß Mayer der Anstifter sei, doch vermochte er auch über ihn keine näheren Angaben zu machen. In dem zusammenfassenden Protokoll vom 15. Februar 1924

legte Kausch aus, daß er früher der Ehrhardt-Brigade angehört habe.

Aus seiner Vergangenheit habe er bei der kommunistischen Partei nie ein Geheimnis gemacht. Bald habe er aber gemerkt, daß man anfing, ihn auf die Finger zu sehen, und eines Tages kam es zu einem Zerwürfnis mit Albert Mayer, weil er keinen Anordnungen nicht Folge geleistet hatte. Bald darauf habe sich ein Stallener an ihn herangemacht, der ihm verdächtig vorkam und der ihm einen Zettel von Mayer überbrachte, durch den dieser mit ihm ein Zusammentreffen auf dem Görlitzer Bahnhof verabredete. Kausch sei aber nicht hingegangen. Eines Tages erhielt er die Aufforderung, sich mit Albert Mayer zu treffen. Durch Mittelstänner sei er zu Mayer gebracht worden, der ihn einem gewissen „Fritj“ vorstellte, von dem er von jetzt an keine Anordnungen erhalten würde. (Dieser Fritj ist der Angeklagte Poegel.) Zwei Tage später traf er wieder mit „Fritj“ zusammen. In einer kleinen Speiseanstalt erschien dann auch ein Mann namens „Peters“. Es wird dann das Zusammentreffen von Neumann, Poegel und Kausch und die bereits bekannten Vorgänge in Siedende sowie die darauf folgenden Ereignisse bis zu dem Attentat auf Kausch geschildert.

Der Angeklagte Neumann stellte hierzu fest, daß die Vorgänge in Siedende sich nicht, wie Kausch angegeben hatte, am 5. sondern am 6. abgepielt hätten und bestreite nach wie vor entschieden, zwischen den beiden Schüssen die Worte „So, du Mas, das ist für Potsdam.“ gebraucht zu haben. Des weiteren sei es unrichtig, daß er den zweiten Schuß abgegeben habe, als Kausch am Boden lag.

Gegen 10 Uhr trat dann der Schluß der heutigen Sitzung ein und die Verhandlung wurde auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

DRESDNER BANK

Zweihundfünfzigste ordentliche Generalversammlung.

Hiermit werden die Aktionäre zur zweihundfünfzigsten ordentlichen Generalversammlung, welche

Donnerstag, 2. April 1925, mittags 12 1/2 Uhr,
im Bankgebäude Dresden, Johannstr. 3 stattfinden wird, eingeladen.

TAGES-ORDNUNG:

1. Vorlage des Jahresberichts mit Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung und den Bemerkungen des Aufsichtsrates hierzu.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverwendung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, welche spätestens am 3. Werktag vor der Generalversammlung ihre Aktien bzw. Anteilscheine oder eine Bescheinigung über die Einlage eines deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt haben. Anteilscheine bei einer der nachverzeichneten Stellen hinterlegt haben:

- bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin sowie ihren übrigen Niederlassungen,
- bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig,
- bei dem Bankhaus L. & E. Wertheimer in Frankfurt a. M.,
- bei dem Bankhaus P. A. Neubauer in Magdeburg und Hamburg,
- bei dem Bankhaus A. Levy in Köln,
- bei dem Bankhaus Siegfried Simon in Köln,
- bei der Dürener Bank in Düren,
- bei dem Bankhaus Simon Hirschland in Essen,
- bei der Eschweiler Bank in Eschweiler,
- bei der Oldenburgischen Landesbank in Oldenburg,
- bei den Herren Proehl & Gutmann in Amsterdam.

Zur Teilnahme sind auch die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien in gleicher Weise bei der Bank des Berliner Kassensvereins hinterlegt haben.

Dresden, den 9. März 1925.

Der Vorstand.
Nathan Gutmann.

Direction der Disconto-Gesellschaft Berlin

Unsere Kommanditisten werden hierdurch auf

Dienstag, den 31. März 1925, nachm. 4 Uhr
zu der diesjährigen ordentlichen Generalversammlung nach unserem hiesigen Geschäftshause, Unter den Linden 33 V, eingeladen.

Verhandlungsgegenstände:

1. Vorlage der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Berichte der Geschäftsinhaber und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1924. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz, die Gewinnverteilung und über die der Verwaltung zu ertheilende Entlastung.
2. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Generalversammlung ist jeder Kommanditist, zur Stimmenabgabe bei den zu fassenden Beschlüssen sind nur diejenigen Kommanditisten berechtigt, deren Anteile mindestens acht Tage vor Berufung der Generalversammlung in Aktienbüchern der Gesellschaft auf ihren Namen eingetragen sind, und welche ihre Anteile — oder Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassensvereins — spätestens am vierten Tage vor der Generalversammlung entweder bei einem Notar oder

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft in Berlin, der Norddeutschen Bank in Hamburg oder dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein A.-G. in Köln, oder bei einer Filiale oder Zweigstelle der vorgenannten Banken an anderen Plätzen

oder bei den sonstigen im Reichsanzeiger Nr. 59 vom 11. März 1925 veröffentlichten Stellen unter Beifügung eines doppelt ausgefertigten, arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses gegen Bescheinigung bis zur Beendigung der Generalversammlung hinterlegen.

Berlin, den 11. März 1925.

Direction der Disconto-Gesellschaft
Die Geschäftsinhaber:
Dr. Salomonson Dr. Russell Urbig Solmssen
Mosler Schlieper Th. Frank Boner

Garderobe

auf denkbar leichteste

Teilzahlung

mit kleinster An- u. Abzahlung bei spielend leichten

Wochen- oder Monatsraten: Anzüge, Ulster, Paletots f. Herren, Burschen u. Kinder

sowie **Manchester-Anzüge u. Regenmäntel**

Konfirmanten-Anzüge! Prima Maßersatz!

Gekauftes wird bei Legitimation mitgegeben
Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit

Cohn im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)

im Norden: Badsiraße 47-48
(5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen)

Man achte genau auf Firma und Hausnummer!

Strumpfwaren u. Trikotagen

in Qualitätsware, große Auswahl zu billigen Preisen, kaufen Sie bei

Erich Schulz
Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 220
a. d. Weichselstraße
Vorzeiger dieses Inserats 5% Rabatt

Zähne o. 2 Markt an Reparatur in 3 Stunden
Stützähne o. Kronen von 3 Markt an
Zahnziehen mit Betäubung.
Schonendes Plombieren von 2 Markt an
Günstige Zahlungsabingung. Garantie.

M. Müller, 17 Ritterstraße 17
an der Prinzenstraße.

Trotzdem es ein billiges Vergnügen ist gibt es nichts vornehmeres als eine Karmitri Zigarette zu rauchen denn auch der raffinierteste und verwöhnteste Kenner muß den Geschmacksinn des Karmitri-Rauchers unbedingt anerkennen

KAR MITRI

ALLGEMEINE 22-27. MARZ



KÖLNER MESSE

MIT SONDERGRUPPE WARMWIRTSCHAFT UND BAUMESSE

TECHNISCHE 22-31. MARZ

90

Abessinier-Pumpen,
Köhren Filter,
Kranzstello,
Prellste grain
Kohlsch & Co.,
Potsdamstr.
Berlin N. 63,
Reichen-
dorter Str. 95.

Mosen-Anders
Beusselsstraße 25

Putz-, Polierlappen
Putzwolle
Schleifertuche
Läden in jeder Menge
abzugeben

Gebr. Holzinger
Neukölln
Tel. A. 11111 4343-4347

Märzenschnee.

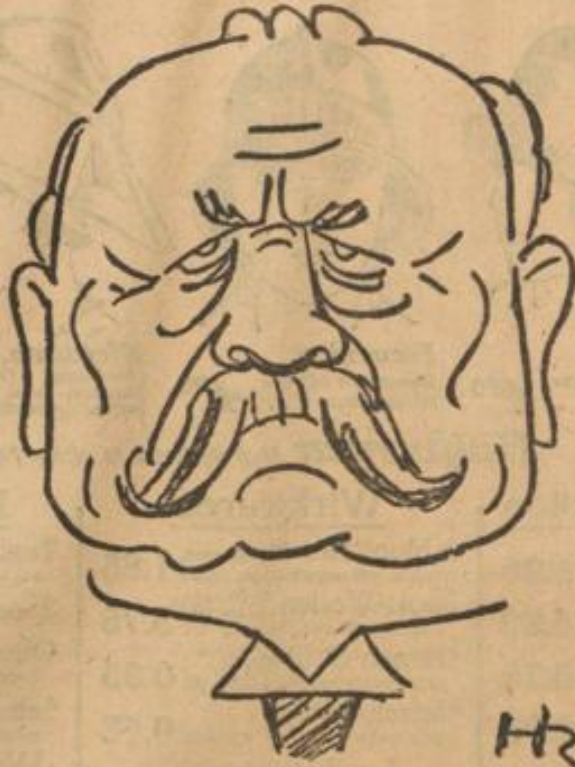
Es ist wieder einmal anders gekommen, als es sich die meisten Leute gedacht hatten. Glaubte man nach dem ausnehmend milden Januar und dem Februarfrühling, nun sei dieser Winter, der kein Winter war, endgültig übermunden, und die allenthalben sprichenden Knospen würden demnächst ihr hellgrünes Frühlingslaub entfalten. Statt dessen loben Schneestürme vom hohen Norden quer durch Europa bis an die Gesteade des Mittelmeeres, und das Quecksilber im Thermometer sinkt immer tiefer unter den Nullpunkt.

Es ist in der Tat nicht gerade häufig, daß nach besonders milden Wintern der März noch einmal einen jähen Rückfall bringt; die Regel ist in unseren Breiten allmähliche Weiterwärmung ohne eigentliche Kälterückfälle, von denen man ja überhaupt nur dann sprechen kann, wenn es sich nicht nur um einen vorübergehenden leichten Schneehauer und leichte Nachfröste, sondern um wirkliche Eisstöße und die Entstehung einer dauerhaften Schneedecke handelt, wie es gegenwärtig der Fall ist. Doch wenn es zu so unliebsamen Ueberrassungen kommt — irgend etwas Ungewöhnliches und Anormales ist ein winterlicher März keinesweges, und wir brauchen ja nur an das vergangene Jahr zu denken, in dem der größte Teil des Monats durchaus winterlich verlaufen ist. Als charakteristischer Uebergangsmoment ist freilich gerade der März in Mitteleuropa den größten Schwankungen ausgesetzt, und während er in bezug auf Schnee und Kälte gelegentlich selbst dem Dezember und Januar nichts nachgibt, — diesmal hat er die beiden ersten Wintermonate darin bereits übertroffen — so kann er sich andererseits gegen sein Ende hin doch bereits völlig sommerlich gebärden. Wenngleich das recht selten ist, so kommen am Märzschluß doch schon Tage mit nicht weniger als 25 Grad Wärme vor, welche Temperatur meteorologisch einen Sommertag charakterisiert. Sogar die erste Märzwoche bringt ja häufig ausgesprochen frühlingswarme Tage mit 16 bis 18, ja 19 und 20 Grad Celsius. Der höhere Sonnenstand am Monatschluß spielt kaum eine Rolle gegenüber der abkühlenden Wirkung kalter Luftzufuhr aus dem hohen Norden, wo der März noch als tiefster Winter zu werten ist. Wenn, wie gegenwärtig, mit dem Vordringen der Polarfront ein mächtiger Kälteeinbruch erfolgt, so bleibt es für die in unseren Breiten herrschende Temperatur völlig unerheblich, ob die Sonne, wie es dem Unterschied zwischen Anfang und Ende des Monats entspricht, um 10 Grad niedriger oder höher am Himmel steht. Denn das Gewölk hält die Sonnenstrahlen von der Erde fern, wie sie ja auch selbst zur Zeit der Sommer Sonnenwende so gut wie gar keine erwärmende Wirkung ausüben, wenn sie bei anhaltendem Regenwetter den Wolkenbüschel nicht zu durchdringen vermögen.

So können wir also, je nachdem, ob die Äquatorialfront oder die Polarfront die Witterung unserer Breiten beherrscht, im März ebensoviel Frühling und Sommer wie tiefsten Winter erleben. Selbst der April ist von winterlichen Kälteeinbrüchen noch keineswegs frei. Im großen und ganzen halten sich im Durchschnitt vieler Jahre beide Extreme die Waage, was aus der nur langsam, aber gleichmäßig aufsteigenden Temperaturkurve des Monats hervorgeht. Ganz trasse Extreme sind sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite selten, und es dauert immer schon eine ganze Reihe von Jahren, bis wir im März entweder strengen Winter oder vollkommenen Sommer erleben, wobei ausdrücklich betont sein mag, daß das, was wir zurzeit erleben, von den eigentlichen, im März möglichen Kälteextremen noch ungewein weit entfernt ist. Wir sind eben in diesem Jahre durch das Ausbleiben des Winters verwöhnt und nehmen es deshalb dem März besonders übel, daß er zu so ungewohntem Grad ein ganz klein wenig von dem Verfaulenen noch nachholt. Da hat es in früheren Jahren schon ganz andere Märzfälle gegeben. Die älteren Leute erinnern da besonders gern immer wieder an den berühmten 16. März 1888, den Tag, an dem Kaiser Wilhelm I. belagert wurde, und an dem nicht nur tiefer Schnee die Straßen von Berlin deckte, sondern auch 10 Grad Kälte herrschten. Die Mitteltemperatur dieses Tages, die 7,1 Grad unter Null betrug, zeigt aber, daß das noch keineswegs der tiefste Märztag war, der beobachtet worden ist; beispielsweise hatte der 1. März 1886 in Berlin ein Tagesmittel von -11,4 Grad Celsius. Auch in den Jahren 1883 und 1953 war der März noch wesentlich kälter als 1888, und ganz ausnehmend kalt war er im Jahre 1845, als in weiten Teilen Mitteleuropas den ganzen Monat hindurch bis zum kalten Frühling anfang eine tiefe Schneedecke lag und vielfach Temperaturen von mehr als 20 Grad Kälte erreicht wurden. Aber wir brauchen nicht einmal soweit in der Witterungsgeschichte zurück zu gehen; man erinnere sich nur des langen und kalten Kriegswinters 1916/17, in dem der ganze Märzmonat vollkommen winterlich war, viel Schnee fiel und sehr strenge Kälte zu verzeichnen war. In jenem Jahre war auch der April noch so kalt, daß am 1. Mai in weiten Teilen des Landes noch nicht die Spur von Vegetation vorhanden war.

So schlimm, das wollen wir hoffen, dürfte es in diesem Jahre auch wohl kaum werden, wenngleich es nicht den Anschein hat, als ob sich die Kälte bald wieder in ihr Geometrisches verkehren werde. Möglicherweise kann sich das winterliche Wetter noch wochenlang hinziehen, und der März von 1925 würde damit weit mehr als den

Reichsjustizminister Dr. Frenken.



Sehr verehrter Doktor Josef Frenken:
Uns verursacht ernstliche Bedenken
Die Gesundheit Frau Justiz.
Denn sie hat Jodelprophetenverlopfung
Ueberzeugen Sie sich durch Besichtigung,
Und es fehlt ihr sonst auch dies und das.

Neulich erst in Magdeburg erkrankte
Sie an einer bösen Sucht und wandte
Nur noch als ein Jammerbild umher.
Ganz verfehlt durch Reaktionsdajillen
Ist sie, und durch schwarzweiße Drillen
Schädigte sie ihre Sehkraft schwer.

Und dann dies Delicium — ich bitte Sie —
Landsverräder sieht auf Schritt und Tritt sie,
Wie ein andre weiße Käuse steht.
Abgestorben, Schein's, ist ihre Nase.
Denn es tanzt darauf die östliche Diebe,
Ohne daß sie eine Falte zieht.

Also, lieber Doktor Josef Frenken,
Sagen Sie uns rund heraus: Wie denken
Sie als Leibarzt dieser hohen Frau?
Glauben Sie, daß noch ein Hoffnungsstrahl ist?
Oder aber — extas letalis?
Uns bedünkt: die Sache steht sehr mau. O. K.

vorhin erwähnten tiefwinterlichen Märzmonaten dem ersten Frühlingamonat einiger Jahre aus neuerer Zeit gleichen, vor allem dem des Jahres 1899, als auf einen noch frühlingshastern Februar und auf einen überhaupt fast völlig frostlosen Winter ein recht ruppiger März folgte, dessen Tage zum Teil kälter waren als irgendwelche Tage des vorangegangenen Winters. Auch die Häufigkeit von Schneefällen ist im März in unseren Breiten noch sehr groß, ebenso groß wie im Dezember, und nur um ein Geringes kleiner als im Januar und Februar, wenn eine zusammenhängende Schneedecke auch seltener ist als während der eigentlichen Wintermonate. Eine Schneedecke von längerer Dauer ist im März in neuerer Zeit auch mehrfach dagewesen, beispielsweise 1917 und 1909. Im letztgenannten Jahr hatte sie in weiten Teilen Mitteleuropas noch wochenlangen Bestand.

Die teuersten Städte. Nach einer Statistik, die in französischen Blättern veröffentlicht wird, ist die teuerste Stadt der Welt Philadelphia. Es werden dann die Städte, in denen das Leben am kostspieligsten ist, in folgender Reihe aufgeführt: Stockholm, Ottawa, Madrid, London, Amsterdam, Rom, Berlin, Oslo, Lissabon, Wien, Brüssel, Paris, Mailand, Prag. Berlin steht also der Teuerung Bestand.

Die Größe der Sterne.

Die Frage nach der Größe der Sterne kann ganz verschieden verstanden werden. Von alters her nennt nämlich der Astronom die am hellsten leuchtenden Sterne die Sterne erster Größe, die minder hellen, Sterne zweiter, dritter usw. Größe, wobei bemerkt sein mag, daß die Sterne dritter Größe, deren es an nördlichen Sternenhimmel 75 gibt (gegen 9 Sterne erster und 30 zweiter Größe), auch bei nicht ganz dunklem Himmel, z. B. wenn der Vollmond scheint, noch gut zu erkennen sind, während die 190 Sterne vierter Größe uns schon als recht schwach erscheinen, die 630 Sterne fünfter Größe, wenigstens in unseiner Gegenden, nur mit einiger Anstrengung einzeln wahrgenommen werden und die etwa 2000 Sterne sechster Größe die Grenze der Sichtbarkeit erreichen. (Außer diesen Sternen sind auch noch viele des südlichen Sternenhimmels sichtbar.) Nun braucht freilich ein Stern erster Größe nicht wirklich groß zu sein, denn seine größere Leuchtkraft kann sich auch auf andere Weise, z. B. durch seine größere Nähe erklären. Aber außer der wirklichen Größe unterscheidet der Astronom auch noch die scheinbare Größe, das ist der Gesichtswinkel, unter dem ein Stern erscheint. Ihn zu messen ist außerordentlich schwierig, weil das helle Licht der Sterne diesen Gesichtswinkel viel größer erscheinen läßt, als er in Wirklichkeit ist. Davon kann sich jeder überzeugen, der sich bei Tage den Reflexionen einer elektrischen Glühbirne ansieht. Er ist so klein, daß man ihn nur aus der Nähe noch wahrnehmen kann. Leuchtet hingegen die Lampe (wenn man so oft hört, sie „brennt“, so ist dieser Ausdruck nicht richtig), dann erscheint die Dicke des Glühfadens vielmals vergrößert, eben weil seine Helligkeit das Auge täuscht. Auch wenn man die Sterne durch ein Fernrohr betrachtet, so fogar, wenn man sie photographiert, läßt sich diese Schwierigkeit nicht überwinden; zwar läßt sich alsdann die scheinbare Größe der Wandelsterne Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn, nicht aber die der Fixsterne messen.

Trotzdem ist auch diese schwierige Aufgabe dem amerikanischen Astronomen Michelson, demselben, aus dessen schon 40 Jahre alten Versuch die Einsteinsche Relativitätstheorie begründet wurde, neuerdings gelungen. Seine Methode hat wenigstens für einige Sterne sichere Ergebnisse geliefert. Beispielsweise wissen wir, daß der helle Stern Betelgeuse, der in dem prächtigen Sternbild des Orion links oben steht, eine scheinbare Größe hat, die von einem 3-Zentimeter von einem Millimeter Durchmesser, der aus 5 Kilometer, d. h. einer Wegstunde Entfernung, betrachtet wird, entspricht. Es ist verständlich, daß selbst unsere modernen Riesenteleskope, die so feinstes leisten, eine unmittelbare Messung dieser Größe nicht gestatten.

Aus dieser scheinbaren Größe läßt sich die wirkliche Größe mit leichter Mühe dann errechnen, wenn die Entfernung des betreffenden Sterns bekannt ist. Nun können wir freilich diese Entfernung nur bei ganz wenigen Sternen, höchstens etwa einigen Duzend mit einiger Sicherheit angeben. Aber glücklicherweise befindet sich unter diesen doch u. a. gerade der eben erwähnte Stern Betelgeuse. Und so können wir auch die wahre Größe dieses Riesens. Er ist so gewaltig, daß sich in dem von ihm eingenommenen Raum die Erde um die Sonne bewegen könnte, wobei er sogar noch ein gutes Stück über die Erdbahn hinausragen würde. Vergleicht man diese Angabe mit der außerordentlichen Kleinheit seiner scheinbaren Größe, so geht daraus wieder hervor, wie ungeheuer weit der Stern von uns entfernt sein muß. Und doch zeigt wieder der Umstand, daß wir seine Entfernung zu messen vermögen, daß er noch einer der nächsten unter den vielen Tausenden von Sternen ist, die uns der nächtliche Sternenhimmel zeigt.

Die ältesten Lebewesen. Als die Ägypter ihren König Tutench-Amun in dem berühmten „Tal des Todes“ bestatteten, grünte auf einer Insel, die wir heute Teneriffa nennen, schon seit vielen Jahrhunderten ein Drachenbaum. Dieser hat die ganze Kulturgeschichte der Menschheit erlebt, hat Weltreiche werden und vergehen sehen und ist ihnen selber unsterblich zu sein. Bis ein furchtbares Unwetter im Jahre 1868 den riesenhastigen, uralten heiligen Baum zu Boden warf. Sein Alter wird von der Wissenschaft auf mindestens 6000 Jahre geschätzt! Selbst die langlebtesten Tiere, wie die Schildkröten, sind nichts im Vergleich zu den Bäumen, die ein so märchenhaftes Alter erreichen können. Die riesigen Mammutbäume Kaliforniens sind auch durch ihr hohes Lebensalter bekannt; die ältesten unter ihnen haben vor mehr als 3000 Jahren zu grünen begonnen. Dasselbe Alter erreichen auch die Eiben, jene düsteren Radelbäume, die auch noch bei uns an verschiedenen Stellen in uralten Exemplaren anzutreffen sind. Eiben, Mammutbäume und Drachenbäume sind die Organismen mit der längsten Lebensdauer. Ohne schließen sich zahlreiche einheimische Bäume an, die auch viele Jahrhunderte überdauern können, wenn sie günstige Lebensbedingungen finden. So kennt man Eichen, die sicher 1000 Jahre grünen, bis sie unter der Last ihrer Jahrhunderte in einem Unwetter zusammenbrechen. Die stolze Bergtanne wird bis 1000 Jahre alt, und die vor allem in südlichen Ländern verbreitete Edelkastanie bringt es auf 700 Jahre. Thorn, Lärche und Fichte grünen ein helles Jahrhundert, wenn der Mensch nicht vorzeitig die Art an sich legt. Die übrigen Bäume fallen schon früher der Vernichtung durch Naturgewalten anheim; am längsten dauert wohl noch die schmale Edelkastanie mit 300 Jahren aus. Pilggen können also ein ungeheuer hohes Alter erreichen und sind darin den Tieren weit überlegen.

Eine Liebesgeschichte.

Nur für Badische und Jünglinge von Arno Wagner.

Der Reisterbayer Fritz Start stand vor seiner Eheheftung und traf sich noch einmal mit seinem Freunde Otto Jüng, um vom Junggesellenleben Abschied zu nehmen. Sie hatten, ganz gegen die Gewohnheit aller berühmten Sportsmenschen, etwas mehr Alkohol zu sich genommen, als nötig war. So kam es, daß Otto an Fritz's Brust sank und schwermütig sagte: „Warum läßt du mich im Stich? Wir waren so treue Freunde und nun kommst du ein Rädel, verdreht dir den Schädel und aus ist's mit den gemeinsam erlebten Stunden goldener Freiheit, die wir in treuer Freundschaft jahrelang erlebten. Du läßt jetzt deinen Freund Trübsal blasen, während du mit deinem Weibchen —“
„Aber Ottochen! Liebes, altes Haus! Du kannst ja immer zu uns kommen, immer bei mir sein und —“
„Ja und als verlassener Dritter wie ein Glorienschein euer Blick vergoldend, vor Reid plagen!“
„hm, das ist ja nicht gerade angenehm für dich. Da bleibt am Ende nichts anderes übrig als —“
„— nun, als —“
„Ja, sagen wir, als — auch zu heiraten!“
„Otto schäme dich, als ob das Danziger Goldwasser, das er gerade trank, gallebitter gemessen sei.“
„Ach, wie lieb und — niederträchtig zugleich! Ich und heiraten? Reue! Gibts nicht!“
„Ach, ich sagte auch mal: der Sport ist meine Braut und jetzt kommt die Ehe und —“
„Du bleibst dem Sport außerdem noch treu. Hoch lebe der Sport, unsere Freundschaft und — na ja, die Ehe auch! Und damit Schluß mit dem Heiratssthemo. Laß uns lustig sein!“
Und sie waren wieder lustig, bis morgens gegen 9 Uhr Otto Jüng erwachte, ihn der schmerzende Kopf zum Bewußtsein brachte, daß Fritz Start, jetzt im Augenblick am Bahnhof eines kleinen Nestes in Mitteldeutschland von einer Ehe für immer mit Beschlag belegt wurde und er deshalb auch nicht mehr länger allein durchs Leben tapeln könne. Rasch steckte er den Kopf in die Waschlöscher und

indem es klarer in seinem Geiste wurde, setzte er eine Heiratsannonce auf. —

In der Expedition der Zeitung stand er unschlüssig am Schalter und suchte in sämtlichen Jacketts, Mantel, Hosens-, Brief- und Westentaschen nach dem Zettel, auf dem er sich das Inserat notiert hatte. Das Gesuchte blieb verschollen. Er wollte ärgerlich werden, da drang eine Stimme vom Schalter an sein Ohr:

„Darf ich Ihnen einen Zettel geben, damit Sie sich das Inserat nochmals anschreiben?“
Otto blickte auf.

Die Dame schaute ihn fragend an.
Er verlor in Betrachtung ihres blonden Haars, ihrer Mawen Augen (dabei denkend: Wo hast du deine himmelblauen Augen her) und wünschte sich nur noch einmal ihre schön klingende Stimme zu hören.

Sie mußte lächeln und brach das Schweigen, indem sie einen Zettel zur Hand nahm: „Vielleicht wollen Sie mir gleich den Text diktieren?“

„Ja, ja, natürlich — oder nein — ich meine: bitte, wenn ich bitten darf, möchte ich sagen und — ja, ich möchte nämlich heiraten!“
Die Inseratannahmerin mußte hell aufschauen.
„Gott! Wie überhast ihr Sachen klingen, dachte der junge Beyer.“
„Darf ich also schreiben?“

„Ja.“
„Dann sagen Sie bitte, welchen Inhalt das Inserat haben soll.“
„Ach, das weiß ich nun selbst nicht. Geben Sie mir einen Rat.“

„O, ich kenne doch nicht Ihren Geschmack, Ihre Ansprüche, Ihre —“

„Wie würden Sie denn beispielsweise eine Heiratsannonce aufgeben?“
„Ach? (Ihre Augen leuchteten begeistert.) Ich würde schreiben: Junger Herr mit ernster Lebensauffassung, am liebsten Sportsmann —“

„Ja, warum am liebsten Sportsmann? Ich bin es doch nicht nur am liebsten, sondern auch ganz bestimmt!“
„Ach, ich glaube, Sie wollten wissen, was ich persönlich für einen Mann wünschte.“

„Fräulein, bitte, bitte, schreiben Sie sofort. Jetzt weiß ich auf einmal, was ich für eine Frau suche.“

Etwas verwundert setzte die junge Dame den Bleistift aufs Papier und Otto diktierte rasch, ohne seines Gegenübers Haar, Augen und Wesen aus seiner Beobachtung fallen zu lassen:

„Junger Sportsmann mit ernster Lebensauffassung, sucht Lebenskameradin, möglichst blond, mit blauen Augen, überhellem Lachen, ungefähr 22 Jahre alt, Angehörige einer Zeitungsexpediton, augenblicklich mein Inserat aufnehmend. Offerten sind sofort mündlich anzugeben.“

Erstaunt sah die Dame den Bleistift fallen, schaute verwundert den ihr ins Gesicht lachenden Sportsmann an und verließ den Schalter, indem sie sich einem älteren Herrn im Bureau zurück:

„Bitte, dieser Herr wünscht von männlichem Personal bedient zu werden!“

Otto wurde blaß und indem er plötzlich den Zettel in der Tasche fühlte, den er vor einer Minute suchte, gab er vorstimmend ein gleichgültiges Inserat auf.
Die Offerten hat er nie abgeholt und Junggeselle ist er heute noch, und wenn er seinen Freund Fritz und dessen junge Frau nächsten Besuch dazu — ja, liebster Vater, nun denken Sie, dann wird er Trübsal blasen und die ganze Geschichte war so nett eingeleitet, um glatt ein Pärchen mehr in die Welt hineinzuschwindeln, aber diesem dämlichen Schriftsteller fiel es im letzten Augenblick noch rasch ein, aus der angehenden Humoreske ein Drama zu machen, und das finden Sie mehr als blaß.

„Na, ich will gern gefällig sein und verraten, daß ich gestern bei der Bahrlagerin war. Die erzählte mir, daß Otto noch heute abend an den Ausgang fürs Personal geht und jene blonde Dame erwartet und sie um Verzeihung wegen seiner Freundschaft bitten wird. Ganz unten am Ende der Straße, wo so eine dunkle Nische am Haus ist, wird sie glücklich lächelnd sagen: „Ach, ich habe mich ja nach einem Liebesleben mit Ihnen gesehnt und doch nur gewartet, daß Sie mich abholen werden, und ich bin gar nicht böse, im Gegenteil, hier gebe ich Ihnen — nein, dir einen Kuß, du Liebster, und nun sind wir richtiggehend verlobt.“

„So, so wird die Geschichte ganz bestimmt ausgehen.“
„Nun sind Sie gewiß zufriedener mit mir, als wenn ich die beiden Herzen für ewig gebrochen hätte, nicht wahr?“

„Übrigens wird es auch so, wenn ich's nicht erzählte, denn die Bahrlagerin hat's gesagt, und die muß es doch wissen!“

